

5674  
ZEITSCHRIFT FÜR

Zeitschriften  
Kard. alle

21. JUNI 1956

Hamburg  
Welt-Wirtschafts-Archiv

# GEO POLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG 6 JUNI 1956

## Selbstbestimmung der Nationen

Wirtschaftsdiktatur nach Jahrlünften

Grundgesetz und Kriegsverbrechen

Das niedersächsische Zonenrandgebiet

Notaufnahmelager

Das Problem des Expressionismus

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSOZIOLOGIE  
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH  
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

## GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 6 · 1956

### INHALT

#### *Volk und Welt*

Bericht des Instituts:	Selbstbestimmung der Nationen — Ausgangspunkt jeder nationalen und internationalen Politik . . . . .	1
Heinrich Härtle:	Wirtschaftsdiktatur nach Jahrfünften — Das weltgeschichtliche Experiment der Plan-Wirtschaft . . . . .	7
Johannes Hauck:	Sind wir der wettbewerblichen Ko-Existenz gewachsen? . . . . .	10
Harald Bodmer:	Weltpolitische Umschau . . . . .	11
Günter Decker und Berichte des Instituts:	Literatur zur internationalen Politik und Verfassung . . . . .	15

#### *Selbstbehauptung und Sicherheit*

Berichte des Instituts:	Bericht zur atomaren Lage . . . . .	17
-------------------------	-------------------------------------	----

#### *Gemeinschaft und Verfassung*

Ernst van Loen:	Krieg und Kriegsverbrechen . . . . .	21
	Grundgesetz und Kriegsverbrechen . . . . .	28

#### *Mensch und Raum*

Werner Neumann:	Vom Widersinn einer Grenze — Am Eisernen Vorhang in Niedersachsen . . . . .	35
Fritz Ackmann:	Gegenüber der Altmark — Zur Geopolitik des Zonengrenzkreises Gifhorn . . . . .	39
Heinz Berg:	Notaufnahmeflager — Begegnung mit den Flüchtlingen aus der Sowjetzone . . . . .	46

#### *Geist und Tat*

Robert Scholz:	Das Problem des Expressionismus — Zur Emil-Nolde-Sonderausstellung auf der Biennale in Venedig . . . . .	51
----------------	--	----

### MITARBEITER

Ackmann, Fritz	Dr., Oberkreisdirektor in Gifhorn
Berg, Heinz	Syndikus, Gifhorn, Hauptstraße 61
Bodmer, Harald	Mitarbeiter von Heft 4/1956 (vgl. daselbst)
Decker, Günter	Dr. der Aufl., Lengerich/Westf., Umlandstraße 18
Härtle, Heinrich	Mitarbeiter von Heft 4/1956 (vgl. daselbst)
Hauck, Johannes	Mitarbeiter von Heft 4/1956 (vgl. daselbst)
Neumann, Werner	Uelzen/Hann., Postfach 131
Scholz, Robert	Mitarbeiter von Heft 4/1956 (vgl. daselbst)

Preis des Einzelheftes: DM 2.30. Vierteljahresbezug: DM 6.50.

Postscheck: Kurt Vowinkel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3



## Selbstbestimmung der Nationen

Ausgangspunkt jeder nationalen und internationalen Politik

Am Pfingstsonntag des Jahres 1919 sprach Karl Christian von Loesch, der verdiente Wortführer im Kampf um das nationale Selbstbestimmungsrecht nach dem Ersten Weltkrieg, auf einer Großkundgebung „Gegen Völkerverknechtung“ im Berliner Lustgarten die prophetischen Worte: „Auch die waffenlosen Völker werden kraft der Macht der großen Zahl und des moralischen Rechts die freie Selbstbestimmung erringen, wenn sie sich nur, wie die Arbeiterschaft aller Länder, fest zusammenschließen.“ In der auf der Kundgebung angenommenen Entschließung heißt es: „Wir fordern das Recht unbeeinflusster Selbstbestimmung für alle vergewaltigten Völker.“<sup>1)</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Selbstbestimmungsrecht insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Minoritätenschutzes proklamiert. Mit der Auflösung der mitteleuropäischen Ordnung, vor allem der Habsburger Donau-Föderation und Abtrennung deutscher Gebiete vom Reich, hatte das Versailler System neue Staaten mit nationalen Minderheiten geschaffen, deren Schutz ein internationales Minoritätenrecht erforderlich machte. Für die Besiegten war der Kampf um dieses Recht sowohl ein Kampf um Selbstbestimmung nach innen als auch ein Kampf gegen „Annexionen und Kontributionen“ (territoriale Lostrennungen und politische Tribute in Form von Zahlungsverpflichtungen laut Dawes- und Youngplan).

Während des Zweiten Weltkrieges warnte der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover diejenigen Kreise in den USA, die auf Weltbeherrschung spekulierten, mit der eindringlichen Feststellung: Auch nach diesem Kriege würden die Nationen weiterhin die legitimen Anknüpfungspunkte einer sinnvollen Weltordnung bleiben.

Dennoch wurde nach dem Zweiten Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht in seinem Bestand bedroht. Im Zeichen der globalen Weltaufspaltung geht es um die Frage: ob das Selbstbestimmungsrecht noch als Voraussetzung einer korporativen Ordnung der Völker anerkannt bleibt oder ob es einem System planetarischer Weltbeherrschung weichen soll, in dem die entmündigten Völker endgültig dem Satellitenschicksal überantwortet werden.

### Wilsons 14 Punkte und die Atlantik-Charta

In den im Januar 1918 von Woodrow Wilson verkündeten 14 Punkten wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker feierlich als Grundlage einer kommenden Friedensordnung proklamiert. Zum zweiten Male wurde es in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 beschworen. Nach beiden Weltkriegen beeilten sich indessen die Sieger, die Gültigkeit des nationalen Selbstbestimmungsrechtes für die Besiegten zu bestreiten und diesen eine Berufung auf das Grundrecht der Selbstbestimmung abzusprechen. Versailles schuf künstliche Nationen, sanktionierte

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Günter Decker, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1955, 435 Seiten mit Dokumenten-Anhang und Sachregister.



Raub und Annexion und verstieß damit gegen das in den 14 Punkten Wilsons anerkannte Selbstbestimmungsrecht. Auch in Potsdam wurden entgegen der Atlantik-Charta Unrecht und Gewalt, Raub und Massendeportation zum Ausgangspunkt einer vermeintlichen Rechtsordnung der Völker erklärt. In Potsdam wurde sogar die Vertreibung nationaler Gruppen und Minderheiten aus ihren angestammten Räumen ausdrücklich gebilligt und befohlen<sup>1)</sup>. Die Besiegten wurden als Rechtssubjekte der Völkerrechtsgemeinschaft gestrichen. Sowohl die 14 Punkte Wilsons als auch die Atlantik-Charta erwiesen sich damit als ein bloßer Fetzen Papier.

Beide Weltkriege haben nicht verhindern können, daß die Völker von einer Welle leidenschaftlichen Widerstandes gegen satellitäre Versklavung erfaßt wurden. Eine gewaltige Bewegung nationaler Selbstbehauptung hat die Menschheit just in dem Augenblick ergriffen, da West und Ost ihr die Weltherrschaft aufzwingen wollen. Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Island, Jordanien, Korea, Libanon, Lybien, Pakistan, Philippinen, Syrien, Sudan, Tunis und Vietnam — zusammen über 600 Millionen Menschen — haben ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft. Ägypten, Persien und China haben das System der Kapitulationen und anderer Formen kolonialer Abhängigkeit abgeschüttelt. Die nationale Selbsthilfe-Bewegung hat auf Cypern, Marokko, Algerien und Japan übergegriffen. Der Aufstand Asiens ist das weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart. Er überschattet den Selbstmord der alten Welt — als Ungewißheit oder als Versprechen einer neuen Weltentwicklung? Die Völker treten den imperialistischen Systemen der Einmischung und Entmündigung entgegen. Die Stunde der äußersten Bedrohung des Selbstbestimmungsrechtes ist zur Stunde des äußersten Aufbruchs der Völker zur Sicherung dieses Rechtes geworden.

Die Voraussage von Loeschs ist eingetreten: Die Völker haben, nur gestützt auf die Macht ihrer Zahl und auf das moralische Recht zur Unabhängigkeit, ihr elementares und nationales Daseinsrecht durchgesetzt in einem Augenblick, da die Weltherrschafts-Aspiranten ihrem Ziele dank Technik und Atombomben greifbar nahe zu sein glaubten und einseitiges Weltrecht proklamieren. Dieses Weltrecht kennt nur noch den einzigen Herren der Erde, die anonyme Macht des Weltkapitals oder die offene Macht einer Weltdiktatur — und den Satellitenstatus für alle Unterworfenen. Im Kampf um die nationale Selbstbestimmung behauptet sich das Völkerrecht gegen die Gefahr seiner Auflösung und Sinnverwandlung in ein solches Weltrecht planetarischer Ausbeutungs- und Unterdrückungssysteme.

---

<sup>1)</sup> Jetzt hat der frühere amerikanische Oberkommissar McCloy den Deutschen zugemutet, ihre Ansprüche auf die früheren deutschen Ostgebiete fallen zu lassen. Begründung: Es sei dem polnischen und tschechischen Volk nahezu unmöglich, aus vollem Herzen eine Zusammenarbeit mit dem Westen zu unterstützen, solange Polen wie Tschechen befürchten müßten, ihre gegenwärtigen Westgrenzen zu verlieren. Die Erklärungen des westdeutschen Außenministers von Brentano in London (Verzicht auf deutsche Ostgebiete gegen Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland) werden durch die Erklärungen McCloy's noch übertroffen. McCloy zufolge soll Deutschland auf seine östlichen Gebiete verzichten, damit die osteuropäischen Satelliten Moskaus geneigter sind, dem System des westlichen Imperialismus beizutreten. 12 Jahre nach der totalen Kapitulation stellt ein derartiges Ansinnen selbst die Verbrechen von Jalta und Potsdam noch in den Schatten.



### Demokratische Selbstbestimmung und Nationalitätsprinzip

Günter Decker gibt in seinem Buch „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ einen umfassenden Überblick über die Geschichte und Entwicklung der modernen Selbsthilfe-Bewegung der Völker. Ausgehend von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und den Ideen der Französischen Revolution von 1789, welche das Selbstbestimmungsrecht zunächst nur als Prinzip demokratischer Selbstbestimmung forderten, zeigt Decker die Entwicklung des Selbstbestimmungsgedankens zum Nationalitätsprinzip auf, das den Grundsatz der demokratischen Selbstbestimmung im 19. Jahrhundert zu einem Recht auf eigene nationale Staatsbildung erweiterte.

Auch die Erweiterung zum Nationalitätsprinzip führte nicht zu einer eindeutigen Begriffsbestimmung dessen, was unter „nationaler Selbstbestimmung“ allein zu verstehen ist. Der Begriff des Nationalen und der Nation wurde nicht vom Begriff des Volkes her, sondern, abstrakt und individualistisch, im Sinne einer bloßen Rechtssubjektivität unterschiedsloser Staatsbürgerlichkeit gefaßt. Die Nation wurde vom Staat, nicht umgekehrt der Staat von der Nation her bestimmt. Gegenstand des Selbstbestimmungsrechtes konnte sogar die Zerschlagung einer geschichtlich gewordenen Nation sein. Ebenso war die Schaffung künstlicher sogenannter Staats-Nationen unter Berufung auf ein staatlich-abstraktes Selbstbestimmungsrecht möglich. So wurde in Versailles 1919/1920 unter Berufung auf das Recht der nationalen Selbstbestimmung die sogenannte tschechoslowakische Staats-Nation geschaffen. Sie schloß eine große deutsche Minderheit ein, der sie praktisch ihr nationales Selbstbestimmungsrecht vorenthielt.

Das Prinzip der rechtlichen Selbstbestimmung einer nationalen Minderheit wurde im Namen einer demokratischen Mehrheit majorisiert. Im Ergebnis wurde damit das nationale Selbstbestimmungsrecht für die unterdrückte Volksgruppe aufgehoben. Dabei galt die Aufhebung sogar als Vollzug des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes. Die Ursache für solchen Mißbrauch des Selbstbestimmungsgedankens lag in der bewußten Nichtbindung des Selbstbestimmungsprinzips an seine volkhaften Voraussetzungen.

Der Westen hat das von ihm stets emphatisch verkündete sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker nach beiden Weltkriegen nur als Aushängeschild benutzt, um die Besiegten in ihrem nationalen Selbstbestimmungsrecht durch den Abstimmungs- und Sanktionsmechanismus überstaatlicher Weltorganisationen auf scheindemokratische Art abwürgen zu können. In der Versailler Periode zwischen den beiden Weltkriegen geschah dies durch das universalistische System der Genfer Liga. Die wirklichen nationalen und internationalen Ordnungsprobleme wurden in ihrer konkreten Raumgebundenheit verkannt und nach den Vorstellungen eines abstrakten, seiner volkhaften und geschichtlichen Bindungen beraubten Völkerrechts durch Mehrheitsbeschlüsse erledigt, wobei Staaten wie etwa Ecuador oder Uruguay gleichberechtigt mitzuentscheiden hatten über die Abtrennung der Saar oder über Fragen der deutschen Minderheiten im Donauraum.

Ebenso wie das raum- und volksgebundene Eigentum durch das Aktienrecht der modernen kapitalistischen Gesellschaft mobilisiert und über die ganze Erde verflüchtigt wird, so wurde im gleichen Maße das raum- und volksgebundene Völkerrecht von seinen Wurzeln abgeschnitten. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Sieger das Selbstbestimmungsrecht vollends ihren imperialistischen Machtvorstellungen untergeordnet.



### Ost und West gegen nationale Selbstbestimmung

Das demokratische nach innen gültige Selbstbestimmungsrecht war seit dem 19. Jahrhundert auf Europa und den Nahen Osten beschränkt. Selbst in dieser Einengung als Prinzip innerer Gestaltung wurde es nicht für alle Völker gültig erklärt. Bis auf den Tag hat die „westliche Welt“ das Selbstbestimmungsrecht nicht als nationales Grundrecht, sondern nur als Methode zur demokratischen Zementierung des Sieger-Status-quo angesehen. Erst recht sah sie darin nicht das Recht auf souveräne Selbstordnung der Völker nach außen. So fand sie in ihrem Anspruch auf Intervention auch keinen Widerspruch zu dem sonst so aufdringlich herausgestellten Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. An die Völker selbst wurde nicht gedacht.

Der bolschewistische Osten hat das Selbstbestimmungsrecht als Propagandaparole gegen das System des westlichen Imperialismus und Kolonialismus betrachtet. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung wurde hier insbesondere als Recht zur Sezession (Lostrennung) und des freien Eintritts in das universale Machtssystem des Kommunismus gedeutet. Das revolutionäre Interesse der kommunistischen Strategie und Taktik bestimmte die leninistische Interpretation des nationalen Selbstbestimmungsrechtes. Im sowjetischen Universalverband dagegen gab es kein nationales Selbstbestimmungsrecht. Jede Geltendmachung dieses Rechtes, etwa im Sinne eines freien Wiederaustritts aus dem Sowjetverband, wie es in der Sowjetverfassung vorgesehen ist, wurde als Akt konterrevolutionären Verbrechens gewertet und unterdrückt.

Weder Westen noch Osten haben eine positive Einstellung zum nationalen Selbstbestimmungsrecht. Als imperialistische Machtssysteme können sie ein solches Grundrecht der Völker auf freiheitliche Selbstbestimmung nach innen und außen nicht anerkennen. Beide verfolgen im letzten anti-nationale Machtziele und führen zur Aufhebung des völkerrechtlichen Souveränitätsbegriffes. Im Ergebnis führen sie sowohl zur Aufhebung der nationalen Selbstbestimmung nach außen wie der freien demokratischen Selbstbestimmung nach innen. Die Charta der Vereinten Nationen nimmt zwar ausdrücklich Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, indessen ohne die Begriffe Volk, Nation und Selbstbestimmung in ihrem Wesen und ihrer rechtlich-raumhaften Zuordnung verbindlich festzulegen.

Genfer Liga wie UNO haben das Mißverständnis um das Selbstbestimmungsrecht noch vergrößert, da beide Institutionen sogar für ihre anti-nationalen Lösungen noch den Begriff einer echten Föderation von Nationen in Beschlag nahmen. Die Genfer Liga nannte sich Société des Nations. Die UNO tritt auf als United Nations. Es handelt sich in beiden Fällen jedoch um universale Weltsysteme, die in Wirklichkeit nichts anderes darstellen als den juristischen Überbau der materialistischen Weltgesellschaft. Volk und Nation werden nicht mehr erfaßt. Sogar der „Staat“ ist hier nurmehr juristischer Zurechnungspunkt für gesellschaftliche Machtkonzentrationen. Daß derartige Staatenkollektive nicht einmal zu echten internationalen Gemeinschaftsbildungen auf kontinentaler oder zwischenkontinentaler Ebene gelangen können, hängt aufs innerste mit ihrer Raum- und Ordnungsfeindlichkeit und ihrem materialistischen, technizistischen, mechanistischen Weltmachtdenken zusammen. Ein von den USA beherrschter UNO-Weltstaat würde sich ebenso nur aus Satelliten als „staatlichen Dependancen“ der kapitalistischen Weltgesellschaft zusammensetzen wie eine von der Sowjetunion beherrschte kommunistische Weltrepublik nur aus Satelliten als „staatlichen Dependancen“ einer „bis zu ihrem Ende entwickelten Demokratie“.



## Fragwürdige Thesen und Vorbehalte

Die Völkerrechtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ist dem nationalen Selbstbestimmungsrecht gegenüber negativ eingestellt. Der englische Völkerrechtler Clyde Eagleton schreibt: „Die Lehrbücher des Völkerrechts erkennen kein juristisches Recht der Selbstbestimmung an, noch kennen sie irgendwelche Maßstäbe, um zu bestimmen, welche Gruppen zur Unabhängigkeit berechtigt sind.“ Anmaßend fordert Eagleton, daß jede nationale Selbsthilfe zur Erlangung der Unabhängigkeit, darunter fallen auch koloniale Selbstbefreiung und jede Hilfeleistung an eine sich befreiende Gruppe, als illegale Handlung zu betrachten sei. „Weiterhin“, sagte Eagleton, „falls und wenn eine Gruppe sich tatsächlich verselbstständigt (established) hat, so haben andere Staaten keine Verpflichtung, sie als rechtmäßige Macht, als souveränen Staat anzuerkennen.“<sup>1)</sup> Derselbe schreibt an einer anderen Stelle: „Die Gemeinschaft der Nationen setzt kein Recht, geboren zu werden, noch ist das Prinzip der Selbstbestimmung soweit begründet, daß es jeder Gruppe, die es beansprucht, ein Recht auf Existenz zuerkennt.“<sup>2)</sup>

Auch in der amerikanischen Völkerrechtswissenschaft wird offen die These vertreten, daß die Charta der Vereinten Nationen kein Grundrecht auf nationale Unabhängigkeit begründe. Das Völkerrecht gehe vielmehr von der Legalisierung des gegenwärtigen status quo aus. Der amerikanische Jurist Hyde wagt sich sogar zu der These vor: „Es läßt sich sagen, daß das Recht eines Staates, sein Leben fortzuführen, im strengen Sinne von der Wirkung seines Verhaltens auf die internationale Gemeinschaft abhängt. Deren Wohlfahrt kann erfordern, die Existenz eines bestimmten Staates nicht zu erhalten; sein Erlöschen kann im allgemeinen Wohl liegen.“<sup>3)</sup> Eine solche These kommt einer Aufforderung zu Krieg und Massenmord gleich. Und zwar an solchen Völkern, deren staatliches „Erlöschen“ als „im allgemeinen Wohl liegend“ erklärt wird durch Mächte, die diesen Völkern das Recht bestreiten, ihr „Leben fortzuführen“, mit der Begründung, daß die „Wirkung ihres Verhaltens auf die internationale Gemeinschaft“ und die „Wohlfahrt“ der anderen erfordere, die „Existenz solcher Staaten nicht zu erhalten“.

Man muß Decker zustimmen, wenn er feststellt, man könne in der Beurteilung des Selbstbestimmungsrechts den Begriff Volk weder vom staatlichen noch vom normativen Tatbestand des jeweiligen status quo her bestimmen. Man müsse vielmehr „auf den Willen zur autonomen nationalen Existenz abstellen“. Das Selbstbestimmungsrecht sei gerade auf die „Änderung des status quo“ gerichtet, und zwar besonders für den Fall, daß „Staat und Nation sich nicht decken und die Staaten von den Völkern nicht als ihre eigenen Staaten akzeptiert werden“. Das Selbstbestimmungsrecht ist für Decker mehr als „ein politisches Prinzip oder eine nur rechtspolitische Forderung“, es ist ein „Grundprinzip der internationalen Ordnung“ überhaupt.

Man muß dem noch hinzufügen, daß das Selbstbestimmungsrecht als Grundprinzip der internationalen Ordnung ein überpositives, auf Naturrecht und Sittengesetz gegründetes unabsetzbares Grundrecht der Völker ist. Es kann weder durch Normen ausgeschlossen werden, noch bedarf es eines konstitutiven völkerrechtlichen Aktes, um erst zu einem völkerrechtlichen Grundsatz erhoben zu werden. Decker ist daher beizupflichten, wenn er feststellt, daß die Doktrin des nationalen

<sup>1)</sup> Foreign Affairs 1954 S. 592 ff. zitiert nach Decker, a. a. O., S. 340.

<sup>2)</sup> Zitiert nach Decker, a. a. O., S. 240.

<sup>3)</sup> Ebd.



Selbstbestimmungsrecht nur noch deklaratorische Bedeutung besitzt. — Auch die Monroe-Doktrin hatte ihre Forderung auf Nichteinmischung Europas in die Verhältnisse des amerikanischen Kontinents als Akt der nationalen Selbstbestimmung verstanden und in Wahrnehmung solchen völkerrechtlichen Grundrechtes erhoben. Inzwischen ist aus dem Nicht-Interventions-Prinzip von damals das Interventionsprinzip der atlantischen Politik geworden. Der Aufhebung des Selbstbestimmungsrechtes durch den globalen Machtanspruch des Westens steht die gleiche Aufhebung durch die sowjetische Weltverfassung würdig zur Seite.

#### Das Recht der Nationen auf Selbsthilfe

Man muß auch darin Decker zustimmen, daß zum Begriff der nationalen Selbstbestimmung das Recht eines jeden Volkes gehört, nicht durch eine fremde Macht regiert zu werden, einen eigenen und einheitlichen Staat zu bilden, seine unabhängige Existenz fortzusetzen und die Form seiner Regierung sowie seiner Staats- und Gesellschaftsverfassung selbst zu bestimmen. Als Ausdruck der nationalen Selbstbestimmung gilt das Recht, „Abhängigkeiten politischer oder wirtschaftlicher Art . . . abzuschütteln, insbesondere das Recht, kolonialisatorische Abhängigkeiten zu beseitigen. Es besteht eine „Rechtspflicht, alles zu unterlassen, was die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes ausschließt, vor allem jede Garantie des status quo“. Insbesondere sind Austreibungen und Zwangsumsiedlungen „moralisch verwerflich und internationale Verbrechen“.

Decker weiß um die zweifelhafte Methode, mit der die Kolonialmächte bisher den unterdrückten Völkern ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung unter dem Vorwand mangelnder „Selbstbestimmungsfähigkeit“ vorzuenthalten pflegten. Er stellt fest, „daß manche der als Mitglieder der Völkerrechtsgemeinschaft anerkannten Staaten, die ein Recht der Entscheidung über die Selbstbestimmungsfähigkeit werdender Nationen in Anspruch nehmen, selbst den geforderten Ansprüchen nicht entsprechen.“ Man muß auch seinen Pessimismus teilen in der Beurteilung der Bereitschaft und des Willens der Vereinten Nationen, das Selbstbestimmungsrecht künftig zur Grundlage ihres Handelns zu machen.

Decker kommt zu dem Schluß: „Die Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts ist daher in erster Linie die Angelegenheit der Nationen selbst . . .“ „Einer das deutsche Selbstbestimmungsrecht erstrebenden Außenpolitik bietet sich mit der internationalen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts die Möglichkeit, mit ihren eigenen Interessen zugleich die Interessen aller der Völker zu vertreten, die, gleich ob im sowjetischen Machtbereich oder im kolonialen Bereich, ihre Freiheit fordern, und damit nicht als Störenfried der internationalen Ordnung, sondern als Anwalt der berechtigten Interessen der um ihre Freiheit ringenden Nationen aufzutreten und zur Verwirklichung von Rechtsansprüchen beizutragen, deren Verweigerung den internationalen Frieden und die Sicherheit der Welt bedroht und von den Völkern auf die Dauer nicht hingenommen wird.“

Nationale Selbstbestimmung und planetarische Machtergreifung schließen einander aus. Nationale Selbstbestimmung ist das Grundprinzip einer freien Weltordnung. Indem der „Westen“ ebenso wie der „Osten“ dieses Prinzip zugunsten planetarischer Herrschaftsansprüche aufgibt, verliert er das Recht, sich als „freie Welt“ zu bezeichnen. In diesem Sinne ist die westliche Welt keine „freie Welt“. Was sie als Freiheit ihrer Welt ausgibt, ist nicht die Freiheit der Völker zur Selbstbestimmung ihres Schicksals, sondern lediglich die Freizügigkeit der internationalen Kapital-Gesellschaft.



## Wirtschaftsdiktatur nach Jahrfünften

### Das weltgeschichtliche Experiment der Plan-Wirtschaft

HEINRICH HARTLE

Der deutsche Generalstab erwartete den siegreichen Abschluß des Ostfeldzuges zum Ende des Jahres 1941. Der englische und der amerikanische Generalstab rechneten nach den Worten von George Marshall mit dem Zusammenbruch der russischen Abwehr zu einem noch früheren Termin. Sie haben sich alle getäuscht. Eine Ursache dieser Fehlrechnung war vor allem die verhängnisvolle Unterschätzung der Fünf-Jahres-Pläne. Die Reaktion der westlichen Publizistik auf die Verkündung des 6. Fünfjahresplans und die Bilanz des 5. Fünfjahresplans zeigt, daß man den Ernst dieser Entwicklung immer noch nicht zureichend erkennt oder nicht erkennen will. Nicht die Worte, die Zahlen waren das interessanteste auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Sie widersprechen so gründlich den westlichen Wunschbildern, daß man sie offensichtlich verdrängen möchte; besonders in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Während der Westen über Möglichkeit und Wirklichkeit einer kollektiven Diktatur geistreiche Spekulationen entwickelt, übersieht man die bedrohlichen Signale der ökonomischen Realität.

1946 wurde die Ankündigung Stalins belächelt, er werde in drei weiteren Fünfjahresplänen einen Produktionsstand erreichen von 50 Mill. t Roheisen, 60 Mill. t Stahl, 500 Mill. t Kohle und 60 Mill. t Erdöl. (Prawda, 10. 2. 46). Nach einem Jahrzehnt zeigt der neue Fünfjahresplan, daß bis zum Ende des 6. Fünfjahresplans, also bis gegen 1960, alle diese Ziele nicht nur erreicht, sondern erheblich übertroffen sein dürften.

Der gegenwärtigen Entwicklung entspricht eine jährliche Produktionssteigerung von 26 Mill. t Kohle, 16 Mrd. kWh Kraftstrom, 6,5 Mill. t Erdöl und 3,5 Mill. t Stahl. Damit hat sich die Sowjetunion trotz Kriegsschäden, Bürokratismus und Fehlleistungen der Kollektivierung in 25 Jahren von einer zweitrangigen europäischen zu einer erstrangigen Weltmacht erhoben, die verbissen auf das Ziel losgeht, die USA wenn nicht im nächsten, dann in den weiteren Fünfjahresplänen zu überholen.

Nach einem Vierteljahrhundert haben die Sowjets die Kinderkrankheiten einer neuen Wirtschaftsmethode überwunden. Die enorme praktische und theoretische Erfahrung eines wirtschaftlichen Generalstabes ermöglichte es, die Anlaufzeit des Fünfjahresplanes, die beim zweiten und dritten 22 bzw. 14 Monate erforderte, im 6. Fünfjahresplan auf einen Monat zu vermindern. Spuren einer Wirtschaftsdemokratie wird man freilich vergeblich suchen. Auch das Budget für das erste Planjahr 1956 wurde vom Obersten Sowjet erörtert und bewilligt, bevor die Richtlinien verkündet waren; der XX. Parteitag hatte nur zu billigen, was für den ersten Jahresabschnitt längst Gesetz und praktische Durchführung geworden war.

Der 6. Fünfjahresplan soll eine jährliche Steigerung der Produktion erreichen bei Kohle von 26 auf 40 Mill. t, bei Kraftstrom von 16 auf 30 Mrd. kWh, bei Erdöl von 6,5 auf 13 Mill. t, bei Stahl von 3,5 auf 4,5 Mill. t. Die Erzielung der



Welt-Suprematie in allen Industriezweigen im nächsten Jahrzehnt ist keine Utopie mehr.

Schon 1955 war erreicht, was Stalin 1946 als Erdöl-Plan erstrebt hatte. Noch 1928 besaß die Sowjetunion weniger als die Hälfte der britischen Energie-Erzeugung; heute ist die englische Produktion bereits um 50% überrundet. Der Anstieg der Stahlerzeugung war noch steiler. „Im Laufe der nächsten fünf Jahre soll sie um mehr als die gesamte gegenwärtige britische Jahresstahl-Produktion gesteigert werden“ („The World Today“ London, März 56).

### Zahlen — mehr als Zahlen!

Diese Entwicklung wurde erzwungen, trotz der ungeheuren Kriegsverluste und Hemmungen von 1941—45. Gegenüber dem 5. Fünfjahresplan ist im sechsten ein Zuwachs vorgesehen für Investitionsbauten um 90%, bei den Produktionsgütern um 80%, den Konsumgütern um 65%. Es bleibt also, wie bisher, bei der „vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie“. Lassen wir die Zahlen im Einzelnen sprechen:

#### Industrieproduktion der UdSSR (nach „Ost-Probleme“)

		1940 Plan- Ergeb.	1950 Plan- Ergeb.	1955 Plan- Ergeb.	1960 Plan- Soll	Zuwachs Plan	1950/55 Ergeb.	Zuwachs 1955/60 Plan
<b>Produktionsgüter</b>								
Kohle	(Mill. t)	166,0	260,0	390,0	593,0	115,0	130,0	230,0
Erdöl	(Mill. t)	31,0	37,8	70,6	135,0	32,2	32,8	64,4
Kraftstrom	(Mrd. kWh)	48,3	90,3	170,0	320,0	74,7	79,7	150,0
Roheisen	(Mill. t)	15,0	19,4	33,3	53,0	14,6	13,9	19,7
Rohstahl	(Mill. t)	18,0	27,3	45,2	68,3	16,7	17,9	23,1
Walzblech	(Mill. t)	13,1	20,8	34,7	52,7	13,2	13,9	18,0
Zement	(Mill. t)	5,8	10,3	22,5	55,0	12,4	12,2	32,5
Min. Dünger	(Mill. t)	2,6	5,1	9,6	19,6	5,2	4,5	10,0
<b>Konsumgüter I</b>								
Baumwollstoffe	(Mill. m)	3 910	3 899	5 904	7 270	2 368	2 005	1 366
Wollstoffe	(Mill. m)	120	155	251	363	116	96	112
Seidenstoffe	(Mill. m)	70	125	526	1 074	448	401	548
Lederschuhe	(Mill. Paar)	205	226	299	455	92	73	156
<b>Konsumgüter II</b>								
Radio- und Fernsehgeräte	(1000 Stck.)	200	1 080	4 000	10 200	3 447	2 920	6 200
Kühlschränke	(1000 Stck.)	—	—	151	635	—	—	484
Nähmaschinen	(1000 Stck.)	170	510	1 610	3 780	2 105	1 100	2 170
Waschmaschinen	(1000 Stck.)	—	—	86	528	—	—	442
Uhren	(1000 Stck.)	2 550	7 600	19 700	33 600	14 400	12 100	13 900
Fahrräder	(1000 Stck.)	270	660	2 875	4 230	2 785	2 215	1 355
<b>Nahrungsmittel</b>								
Getreideprod.	(Mill. t)	119,0	124,5	(133,0)	180,0*	—	9	80*
Fleischwaren**	(1000 t)	1 185,0	1 250,0	2 220,0	3 950,0	1 300	970	1 730
Fisch	(1000 t)	1 300,0	1 700,0	2 675,0	4 200,0	1 490	975	1 525
Zucker	(1000 t)	2 150,0	2 530,0	3 420,0	6 530,0	2 270	890	3 110
Butter	(1000 t)	220,0	320,0	—	—	240	—	—
Pflanzenöle	(1000 t)	725,0	775,0	1 115,0	1 840,0	725	340	725

\* Wahrscheinlich nicht mit früheren Angaben vergleichbar. \*\* Mit Geflügel.



Wenn die Landwirtschaft — wie die Konsumgüter-Industrie — weiterhin zweitrangig behandelt wird, so sind doch auch hier beachtliche Ertrags-Steigerungen eingeplant: Im Vergleich zu 1955 soll sich die Erzeugung bis 1960 auf folgende Prozente erhöhen:

Rohbaumwolle	156
Flachsfaser	135
Zuckerrüben	154
Kartoffeln	185
Gemüse	218
Fleisch	209
Milch	195
Eier	254
Wolle	182

Für die „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik“ allein sollen im 6. Jahrfünft folgende Ziele erreicht werden: Steigerung der Erzeugung bei Roheisen auf das 1,5fache, Eisenerzförderung auf das 1,4fache, Aluminiumproduktion auf das 2,4fache, Kohleförderung auf das 1,5fache, Erdölförderung auf das 2,2fache, Naturgas und Nebenprodukte auf das 5,5fache, Kraftstrom auf das 1,9fache, Wasserkraftwerke auf das 3,9fache, Kunstdünger auf das 1,9fache, Nutzholz auf das 1,4fache, Baumwollstoffe um 16%, Wollstoffe 1,3fach, Leinengewebe 1,8 fach, Seidenstoffe 2fach, Lederschuhe 1,5fach, Zucker 2,6fach, Fischfang 1,5fach. (Laut Prawda vom 15. 1. 56).

#### Wirtschaftsplan und Wirtschaftswunder

Noch nie wurde das Schicksal derart unter den menschlichen Willen gezwungen. Ein einziger Plan bestimmt für hunderte Millionen Menschen ihren gesamten Lebensstandard von Jahrfünft zu Jahrfünft. Man mag diese Gigantomanie bestaunen wie die Pyramiden und dabei nicht vergessen, daß sie — wie diese — die Sklaverei zur Voraussetzung hat. Das nimmt diesen Zahlen aber nichts von ihrem Ernste, und man wird besser tun, sie nicht zu unterschätzen.

Sieht man zugleich die sich zusammenballende Gefahr eines asiatischen Dumpings unter sowjetischer Diktatur, dann könnte demgegenüber das Wirtschaftswunder im El Dorado unserer bundesdeutschen Parvenüs surrealistisch erscheinen. Im Kielwasser einer inneren und äußeren Nachkriegs-Konjunktur rudernd, haben unsere posthumen Kriegsgewinnler erstaunliche Erfolge erzielt. Die Außenhandels- und Produktions-Rekorde sind so gewaltig, daß man leicht das Unterscheidungsvermögen verlieren kann zwischen der großartigen technischen und organisatorischen Leistung von Unternehmer und Arbeiter und den wirtschaftspolitischen Künsten eines auf diesen Wellen schwimmenden Bundesministeriums. Kurze Kälteperioden wie im letzten Winter bringen jedoch schon Massenarbeitslosigkeit, und leichte Konjunkturschwankungen verwirren das Konzept.

Wie aber, wenn einst das sowjetische Weltsystem sich tatsächlich auf einen Abbau der Rüstungen einläßt, weniger Maschinengewehre und mehr Fahrräder, weniger Granaten und mehr Waschmaschinen, weniger Panzer und mehr Autos erzeugen und mit Dumpingpreisen auf alle Märkte der Erde drücken wird? Wenn dann der Sog der Nachkriegskonjunktur endet und England und die USA ihre politische Macht in den Dienst des Kampfes um die Weltmärkte stellen, was soll dann die politisch wehrlose Exportwirtschaft der Bundesrepublik sichern?



## Sind wir der wettbewerblichen Ko-Existenz gewachsen?

In „The Public Philosophie“ bringt der amerikanische Publizist Walter Lippmann seine Sorge zum Ausdruck, daß die Mißwirtschaft und Begehrlichkeit der Massen die amerikanische Außenpolitik manövriernfähig machen und die USA infolgedessen bei den kommenden Auseinandersetzungen um die Weltherrschaft mit Rußland und China auf der Ebene der wettbewerblichen Ko-Existenz unterliegen werden. Die sowjetische Führung könne viel souveräner mit ihren wirtschaftlichen Machtmitteln umgehen und sie dementsprechend viel zweckmäßiger und wirksamer zum Einsatz bringen. Das geistige und politische System des Westens setze die Regierung ständig dem Druck der Wählermassen aus, deren Sinn von Torheit und Genußsucht geleitet würden. Parlament und Regierung gingen deshalb häufig nicht den richtigen, sondern den Weg des geringsten Widerstandes. Dadurch werde der Westen daran gehindert, seine materielle Überlegenheit nutzbar zu machen. Die Tendenz, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen mit Rücksicht auf die steuerzahlenden Wähler das Auslandhilfsprogramm der USA zu kürzen, nennt Lippmann „eine monumentale Idiotie“.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus den Schwierigkeiten geht Lippmann so weit, nicht nur die politischen Führungsmittel der Religion und Philosophie zu empfehlen, sondern liebäugelt sogar mit autoritären Systemen, wo die Regierungsgewalt „wahre Majestät“ habe. Die Ziele des Staates müßten definiert, kritisiert, analysiert und in Begriffe von großen Konzeptionen gefaßt werden. Wenn wir „Schüler in freiheitlicher Demokratie“ von unseren „Lehrmeistern“ solche Töne vernehmen, wird es vielleicht einige bei uns geben, die schadenfroh feststellen, daß man offenbar im klassischen Land der Demokratie selbst nicht mehr an deren Lebensfähigkeit und Zweckmäßigkeit glaubt. Angesichts der unausgelasteten Wirtschaftskapazitäten, des trotz angeblicher Hochkonjunktur ständig vorhandenen Arbeitslosenheeres, Überquellen der landwirtschaftlichen Vorräte und kontingentierter Anbauflächen in den USA muß aber doch zuerst die Frage gestellt werden, ob harte Entschlüsse, Entbehrungen und „nationale Opfer“ überhaupt notwendig sind. Für die Arbeitslosen und die Farmer — um nur zwei augenfällige Beispiele zu nennen — wäre es doch im Gegenteil eine Wohltat ersten Ranges, wenn sie für ein möglichst großzügiges Auslandhilfspro-

gramm arbeiten und liefern dürften. Romano Guardini nennt Politik die Kunst, alle lebendigen Kräfte, die da sind, zu sehen und sie zu verbinden. Man muß der offiziellen Politik des Westens zum Vorwurf machen, daß sie die brachliegenden Wirtschaftskräfte offenbar nicht sieht und daß sie bisher keine Konzeption entwickelt hat, die ungeheuren produktiven Kräfte, die sich aus Arbeitsteilung, Nutzbarmachung von Naturkräften, Automation und Atomenergie ergeben, kontinuierlich miteinander zu verbinden und zum Segen der Allgemeinheit zur vollen Wirksamkeit zu bringen.

Vor lauter Betriebsblindheit übersieht man, daß die Technik uns wohl unabhängiger von der Natur, dafür aber umso abhängiger von der Gesellschaft gemacht hat, und huldigt dem Aberglauben, daß Krisen und Konjunkturen wie unbeeinflussbare Naturereignisse auf uns zukommen. Der arbeitswillige Mensch ist mit Recht unzufrieden darüber, daß er manchmal wochen-, monate- oder jahrelang nicht arbeiten darf oder daß er in ständiger Angst um seinen Arbeitsplatz leben muß. Auch wird dem schaffenden Menschen ein zu hoher Prozentsatz am Arbeitsertrag vorenthalten. Beträgt doch der Kapitalanteil im Preis bei kapitalintensiven Gütern wie z. B. Mietwohnungen, Strom usw. bis zu 74 Prozent. In dieser Aussperrung und Ausbeutung haben das tiefe Unbehagen, die Unzufriedenheit und die ständigen Forderungen des Volkes mit ihre Ursache.

Das Versäumnis, die Konsequenzen zu ziehen, die sich schon aus der ersten technischen Revolution ergaben, hindert den Westen, seine materielle Überlegenheit voll zur Wirksamkeit zu bringen. Die materielle Überlegenheit, von der Lippmann spricht, beruht vor allem auf dem Prinzip der Entscheidungsfreiheit des unternehmerischen Menschen, die ständig ungeahnte schöpferische Kräfte freisetzt, die in ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkung dem System des bürokratischen Zwanges weit überlegen sind. Die hervorragenden Leistungen schöpferischer Einzelpersonlichkeiten müssen aber in einer arbeitsteiligen Wirtschaft sinnvoll und kontinuierlich miteinander verbunden werden, um nicht nur zu einer optimalen Zufriedenheit des Volkes im Sinne einer Verwirklichung seiner ökonomischen Fähigkeiten, sondern auch zu der von Lippmann mit Recht geforderten Wirksamkeit bei der wettbewerblichen Ko-Existenz zu kommen.

Johannes Hauck



## Weltpolitische Umschau

Neutralismus kann nunmehr als ein sicherer und sogar gewinnversprechender Kurs angesehen werden.

*John Foster Dulles am 23. 4. 1956 in einer Rede im Waldorf-Astoria-Hotel in New York.*

### Argentinien

Argentinien hat die Umstellung seiner Außenpolitik auf die interamerikanische Zusammenarbeit im Rahmen der entsprechenden zwischenstaatlichen Organisationen vollzogen. Nach dem Sturz Perons, der nach 1945 eine „dritte Position gegen Kommunismus und Kapitalismus“ einnahm, hat die neue Regierung das „Statut der Organisation der amerikanischen Staaten“ ratifiziert, das auf der Panamerikanischen Konferenz in Bogota im Jahre 1948 beschlossen worden war. Die neue Außenpolitik Argentiniens steht im Banne der „amerikanischen Solidarität“. So ist auch in diesem Teil der „westlichen Hemisphäre“ der amerikanische Gleichklang hergestellt, nachdem er durch den NATO-Pakt bereits in Europa und dank des Bagdad-Paktes und des südostasiatischen Verteidigungssystems selbst im Mittleren und Fernen Osten hergestellt ist.

Durch den Beitritt Argentiniens zur Panamerikanischen Konferenz ist der amerikanische Großraum geschlossen. Da die USA für diesen Raum laut Monroe-Doktrin das Recht auf Einmischung beanspruchen, werden sie eifersüchtig darüber wachen, daß kein Staat aus der Reihe tanzt. Gegebenenfalls wird man nicht zögern, auf direktem oder indirektem Wege, z. B. durch gesteuerte Revolten, die politische Konformität sicherzustellen. Nicht zufällig ist Washington der Sitz der panamerikanischen Organisation, nachdem die USA bereits den Sitz der UNO für sich beansprucht haben. Und nicht ohne Grund erklärte ein argentinischer Politiker anläßlich der Ratifikation der Erklärung von Bogota, jetzt sei „der Kreis der kontinentalen Solidarität endgültig und für immer geschlossen“. Im gleichen Zuge erfolgte die Ratifikation der Erklärung von Caracas von 1954 gegen den Kommunismus, die auf Antrag der USA durch die Mitglieder der Panamerikanischen Konferenz zustande kam. Der damit verbundene neue außenpolitische Kurs (im Sinne Washingtons) wird sich nicht nur auf außenpolitischem Gebiet, sondern auch in der Wirtschaftspolitik widerspiegeln. Argentinische Privatbanken haben von US-

amerikanischen Privatbanken bereits größere Dollarkredite erhalten. Argentinien wird dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für Wiederaufbau beitreten.

Trotz alledem werden im Westen erneut Befürchtungen laut, der „Nationalismus“ werde auch künftig eine Konstante der argentinischen Politik bleiben. Nationalismus sei offenbar ein im Emotionalen begründetes Merkmal der Völker Südamerikas. Dabei sei es gleich, ob dieser sich in diktatorischen Formen oder in Formen relativer Freiheit und Demokratie äußere.

Die öffentliche Meinung Argentiniens fordert indessen ohne Rücksicht auf den Sturz des peronistischen Regimes die Befreiung von jeder Art von „Fremdherrschaft“. Bereits seit Beginn dieses Jahrhunderts führt das argentinische Volk den Kampf gegen das ausländische Kapital und für die Nationalisierung der in ausländischen Händen befindlichen öffentlichen Dienste. Dieser Kampf, so wird berichtet, sei in letzter Zeit trotz des Umsturzes in verschärfter Form wieder aufgelebt.

Bis zum Zweiten Weltkrieg scheiterten alle Bestrebungen, die öffentlichen Dienste aus den Händen der fremden privatkapitalistischen Besitzer in die Hände des argentinischen Staates zu überführen. Nach 1945 verwirklichte Peron, der mit der Parole „Argentinien den Argentinern“ zur Macht gelangt war, dieses alte Ziel. Eisenbahn, Telefon, Gas, Bereiche, die in Deutschland längst in der Hand des Staates oder der kommunalen Selbstverwaltung lagen, wurden verstaatlicht. Nur die großen Elektrizitätsgesellschaften waren noch nicht erfaßt. Sie befanden sich ebenfalls in ausländischen Händen. Nun ist auch der Kampf um die Verstaatlichung dieser Gesellschaften entbrannt.

Infolge des schlechten, heruntergewirtschafteten Zustandes der vom Staate nach 1945 übernommenen privatwirtschaftlichen Unternehmungen ergab sich die Notwendigkeit, den gleichen Betrag, der für die Übernahme der Betriebe aufzuwenden war, für deren Instandsetzung aufzubringen. Dieser



finanziellen Belastung war der Staat, der ein großzügiges Industrialisierungsprogramm aufgenommen hatte und sich einem steigenden Druck von außen gegenüber sah, nicht gewachsen. Das ausländische Kapital hatte sich naturgemäß von privaten Investitionen ferngehalten, die peronistische Wirtschafts- und Außenpolitik bot dem Ausland „keine Gewähr für sichere Anlagen“.

Bezeichnend ist nun, daß das alte Mißtrauen gegen Argentinien auch nach dem Sturz Perons im „Westen“ nicht gewichen ist. Die neue Regierung kann sich der öffentlichen Meinung in der Frage der Nationalisierung der öffentlichen Betriebe sowie der allgemeinen Stimmung gegen die Überfremdung des Landes durch ausländisches Kapital nicht entziehen. Zudem ist das Verhältnis Argentinien zu seinen Nachbarn nach dem Umsturz durch die Tätigkeit peronistischer Kreise belastet, die ihre Propaganda gegen die „provisorische Regierung“ richteten. Ihre Aktionen sollen von Emigrantenkreisen ausgehen, die ihre Tätigkeit vor allem von Paraguay und Chile aus starten.

Wie wenig gefestigt das neue System ist, beweisen nicht zuletzt die Pressemeldungen über die Rücktrittsabsichten des „Vorläufigen Präsidenten“ Aramburu, die sich allerdings nicht bestätigt haben. Immerhin glaubt man im Lande selbst zur weiteren Festigung des Regimes auch der Säuberung der mittleren und unteren Verwaltung nicht entraten zu dürfen. Die Aktionen gegen die kleinen „peronistischen“ Beamten werden dabei sowohl bei den Betroffenen wie den Handelnden mit gleicher Leidenschaft diskutiert. Da alle diese Bemühungen im Schatten der großen Neuorientierung der argentinischen Außenpolitik stattfinden, gewinnt der Sturz Perons rückblickend eine Erklärung, wie sie ihm intime Beobachter bereits zum Zeitpunkt der Revolten gaben. In jedem Falle scheint für die nordamerikanischen Kreditgeber und Investoren der neue Kurs der argentinischen Regierung gewinnversprechender als der bisherige. Womit nichts gegen den Wahrheitsgehalt des Dulles-Wortes gesagt sei.

## Agypten

Die ägyptische Regierung hat eine aus 35 Juristen und 5 Laien bestehende Kommission damit beauftragt, die Gesetzgebung des Landes neu zu ordnen. Alle seit 1875 erlassenen Gesetze werden überprüft und registriert. Die sogenannten unpatriotischen Erlasse der britischen Besatzungsmacht sollen entweder ganz gestrichen oder umgearbeitet werden, so daß sie keinen ausländischen Einfluß mehr verraten. Alle Gesetze und Verordnungen, die eine „ungerechtfertigte Begünstigung“ von Ausländern darstellen, werden kassiert. Die Gesetze, so heißt es, sollen den Interessen des Landes selbst und dem Schutze seiner Bevölkerung dienen.

In Handel und Wirtschaft werden ägyptische Staatsbürger vor Ausländern bevorzugt. Die Tendenz zum Staatssozialismus tritt deutlich hervor. Bei Neugründung von Unternehmen beansprucht der Staat die Aktienmehrheit als Bedingung für die Bewilligung von Betrieben. Alle Inhaber wissenschaftlicher oder technischer Diplome von Hochschulen des In- und Auslandes werden jetzt registriert. Kein Ägypter darf ohne Genehmigung der Behörden eine Stellung bei Ausländern annehmen. Die ägyptische Regierung will für den Fall eines Krieges und im Hinblick auf die fortschreitende Verstaatlichung die notwendigen Kräfte erfassen und auf sie zurückgreifen

können. Zwar ist die Kommunistische Partei nicht verboten, doch wird kommunistische Betätigung strafrechtlich verfolgt. Wer Zugehörigkeit zu ausländischen Organisationen oder solchen, die vom Ausland abhängig sind, verschweigt, wird bestraft. Die Außenpolitik Ägyptens und der arabischen Welt im Mittleren Osten wird — außer durch die Solidarität im Konflikt mit Israel — bestimmt durch den Gegensatz zwischen dem Niltal und den Zweistromländern. Obwohl die arabischen Staaten das panarabische Ziel feierlich betonen, herrschen die nationalen Sonderbestrebungen vor. Ägypten rivalisiert mit dem Irak um den Führungsanspruch in der arabischen Welt, während Syrien, Jordanien, der Libanon und Irak das Idol regionaler Zusammenschlüsse vertreten, wobei jeder den Schwerpunkt solcher Zusammenschlüsse für sich fordert.

Dem Bagdad-Pakt ist bisher nur der Irak beigetreten. Damit hat dieser den Anschluß an die Türkei, Persien, Pakistan und Großbritannien vollzogen. Gleichzeitig wurde das seit 1930 bestehende Schutzbündnis mit Großbritannien aufgehoben. Bis dahin war England für die Verteidigung des Iraks mitverantwortlich. Es hatte das Recht zur Stationierung von Truppen, die inzwischen zurückgezogen worden sind. Die USA, auf deren Betreiben der Bagdad-Pakt geschlos-



sen wurde, sind dem Pakt mit Rücksicht auf die Politik des Obersten Nasser nicht beigetreten. Sie gehören lediglich dem Wirtschaftskomitee des Bagdad-Paktes sowie dem „Komitee zur Bekämpfung subversiver Umtriebe“ an.

Von den Westmächten wird mit besonderem Nachdruck der Beitritt Syriens zum Bagdad-Pakt gefordert. Die geopolitische Lage Syriens — die Bagdad-Bahn führt über syrisches Gebiet, Syrien schneidet den Irak vom Mittelmeerraum ab — erlaube es nicht, so wird in „westlichen“ Kreisen erklärt, daß dieses Land in „antiwestliche Koalitionen“ abgeleitet. Man hat Syrien wissen lassen, daß man in keinem Falle den Landblock zwischen Asien, Europa und Afrika in „feindliche Hände“ fallen lassen und im Ernstfall vor einer Intervention nicht zurückschrecken werde. Auch lasse man keinen sowjetischen Griff nach den Ölquellen dieser Gebiete zu, die für die Versorgung Europas lebenswichtig seien.

Saudi-Arabien hatte den USA einen Luftstützpunkt zur Verfügung gestellt, für den die Frist diesen Sommer (1956) abläuft. Ägypten erklärte sich bereit, im Falle eines sowjetischen Angriffes auf die Türkei oder auf einen der arabischen Staaten die Suezkanalzone wieder durch britische Truppen besetzen zu lassen. Dennoch ist nicht zu verkennen, daß sich der arabischen Welt eine zunehmend „antiwestliche“ Stimmung bemächtigt. Syrien und Jordanien nähern sich immer eindeutiger dem „antiwestlichen“ Kurs der ägyptischen Politik. Die arabischen Völker drängen zu Lösungen eines „nationalen Sozialismus“, wie er in Ägypten unter der Führung des Obersten Nasser Gestalt annimmt.

Nasser unterzeichnete soeben (April 1956) ein Abkommen zwischen Saudi-Arabien und

Ägypten auf der einen und dem Jemen auf der anderen Seite. Das Abkommen sieht eine enge politische und militärische Zusammenarbeit vor und ist dem Abkommen zwischen Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien vom vorigen Jahre nachgebildet. Das neue Bündnis dehnt den Einfluß Nassers längs des Roten Meeres bis an den Golf von Aden aus. Anlässlich der ersten Wiederkehr des Jahrestages der Bandung-Konferenz pries Nasser dieses Treffen „politischer Persönlichkeiten aus Asien und Afrika“ als eine „dynamische Kraft zur Erhaltung des Friedens“. Der ägyptische Propagandaminister erklärte: „Dieses Treffen war die Krönung einer Revolution. Es war die erste Gelegenheit der Asiaten und Afrikaner, der Hälfte aller Erdbewohner, sich als freie Männer zu treffen, um ihre eigenen Angelegenheiten zu besprechen und Kenntnis zu nehmen von den Problemen der großen Welt.“

In der Bundesrepublik verfolgt man die Wandlungen in der arabischen Welt mit Aufmerksamkeit, wobei — angesichts der Nachbarschaft zu Frankreich — die Entwicklungen in Nordafrika im Vordergrund stehen. Die Rücksichtnahme auf den französischen Nachbarn, von dessen Araberpolitik man keineswegs überzeugt ist, kennzeichnet manche Beurteilung der Lage, insbesondere dann, wenn — wie etwa bei der westdeutschen Wochenschau „Blick in die Welt“ — wirtschaftlich-finanzielle Abhängigkeiten die Terminologie bestimmen. Nicht ohne Entsetzen nimmt man hier auch die wütenden Ausschreitungen von Poujadisten gegenüber französischen Staatsbürgern algerischer Herkunft zur Kenntnis, die das seiner steuer- und sozialpolitischen Ziele wegen gewürdigte innenpolitische Element des Poujadismus in seiner obstruktiv reaktionären Tendenz erkennen lassen.

## Japan

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Japan gezwungen, sein Verhältnis zu den übrigen asiatischen Völkern von Grund auf neu zu gestalten. Als größter Industriemacht des ost-asiatischen Großraumes fiel ihm die Hauptrolle der Industrialisierung und Hebung des Lebensstandards der Völker Asiens zu. Japan glaubt, daß es trotz Scheiterns seines hegemonistischen Versuchs im letzten Kriege, eine „großasiatische Wohlstandssphäre“ zu schaffen, auch unter den heutigen Bedingungen möglich ist, ein vertrauensvolles und von Ressentiments befreites Verhältnis zu den übrigen asiatischen Völkern und Staaten zu gewinnen.

Zwar ist die Frage der japanischen Reparationszahlungen bisher noch nicht befriedigend geregelt worden. Dennoch ist zu erwarten, daß von dieser Seite keine unüberwindbaren Hindernisse auftauchen werden, die sich der Normalisierung der Beziehungen Japans zur asiatischen Welt entgegenstellen. Während die Friedensverhandlungen mit Südkorea noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, liegt der Friedensvertrag mit den Sowjets im Entwurf fertig vor. Intensive Wirtschaftsbeziehungen scheinen sich mit China anzubahnen, wobei Japan an der Einfuhr von Wolfram, Eisenerz, Kohle, Soja, Wolle und Fellen



interessiert ist, während China Erzeugnisse der japanischen Industrie benötigt. Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist der japanisch-chinesische Handel noch durch die Sperrlisten der USA behindert. Man hofft in Japan auf Lockerung des amerikanischen Handelsembargos und weist darauf hin, daß eine starre Embargo-Politik China noch mehr als bisher in die wirtschaftliche Abhängigkeit von Moskau treiben müsse.

Zwar glaubt man in Japan, daß sich auch das kommunistische China auf die Dauer niemals einem russischen Übergewicht beugen wird. (Die klägliche Rolle Tschiang Kai-scheks, der das Regime von Formosa auf das chinesische Festland übertragen möchte, wird in diesem Zusammenhang als hoffnungslos bezeichnet.) Auch liegt es im Interesse Japans, daß Formosa von den USA nicht preisgegeben wird. Aber man ist in Tokio der Auffassung, daß die bisherige Politik der USA nicht dazu diene, die Verhältnisse in Ostasien zu festigen. Insbesondere ist man japanischerseits verletzt durch die Ablehnung des japanischen Gesuchs auf Aufnahme in die UNO, wobei allerdings asiatische Staaten im entscheidenden Augenblick dem Antrag Japans ihre Unterstützung versagten.

Ein besonderes Element der innerpolitischen Beunruhigung stellt der Kampf um die „Landesverteidigung“ dar. Die hier auftauchenden Probleme gleichen zum Teil denjenigen, wie sie seit 1950 durch die Forderung der Westalliierten auf deutsche Remilitarisierung die Bundesrepublik bedrängen. In Japan wie in Deutschland wurde die Bevölkerung jahrelang einer diskriminierenden Umerziehungs-Propaganda ausgesetzt, der sich die japanischen Massen in einer dem amerikanischen Remilitarisierungsdrang höchst ungelegenen Weise angepaßt haben. Zudem bestimmt Artikel 9 der Verfassung, die dem japanischen Volke durch die amerikanische Besatzungsmacht auferlegt wurde, daß Japan auf ewige Zeiten waffenlos bleiben soll.

Sozialisten und Liberale lehnen die Remilitarisierung ab. Konservative Kreise erhoffen mit der Wiederbewaffnung eine Chance zur Rückgewinnung der nationalen Unabhängigkeit. Indessen lehnen die Linke wie die Rechte eine Wiederbewaffnung in Form einer satellitären Militarisierung im Dienste der USA-Politik ab. Während die Linke in jeder Form der Remilitarisierung eine amerikanische Machenschaft sieht, glaubt man in Kreisen der japanischen Rechten an die Möglichkeit, durch die nationale Wiederbewaffnung Bewegungsfreiheit gerade gegen die Auftraggeber von außen zu gewinnen.

Inzwischen findet der sogenannte „provisorische“ Aufbau der japanischen Streitkräfte nach amerikanischen Plänen statt. 1960 soll eine Landarmee von 180 000 Mann stehen, eine Flotte von 120 000 Tonnen Wasserverdrängung mit 180 Flugzeugen sowie eine Luftwaffe mit 13 000 Flugzeugen. Die Streitkräfte werden aus Freiwilligen gebildet, die sich auf 2 bis 3 Jahre verpflichten müssen. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in Japan liegen Freiwilligenmeldungen zur Genüge vor. Dem jeder staatlichen offiziellen Aufrüstung entgegenstehenden Artikel 9 der japanischen Verfassung gilt der Kampf der rüstungsbeflissenen „liberal-demokratischen“ Kreise mittels Parlamentsauflösung und anschließender Wahl auf Grund eines geänderten „Wahlgesetzes“.

Während dieses Experiment der japanischen Restauration, das uns stark an Ereignisse und Entwicklungen in Westdeutschland erinnert, vonstatten geht, hungert Japan weiter mit seiner trotz Geburtenbeschränkungs-Propaganda stetig anwachsenden Bevölkerung bei rationiertem Reis und eingeengter Fischversorgung. Seit der willkürlichen Ausweitung der südkoreanischen 3-Meilen-Zone auf 300 Seemeilen (entsprechend der Panama-Erklärung der USA vom Oktober 1939) und seit der Verseuchung der Fischgründe in den Bikini-Gewässern (durch die amerikanischen Atombomben-Versuche) hat Japan einen Ausfall von mehreren hunderttausend Tonnen Fisch jährlich, die Japan dringend braucht. Während das Leben in Japan im Vergleich zu Westdeutschland ungleich teurer ist, die „geistigen“ Berufe mit lächerlichen Durchschnittseinkommen darben, der bisher mögliche Export längst nicht ausreicht, um die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln zu sichern, hungrige Mäuler sich damit trösten müssen, daß sie zwar keinen Reis, aber kostbare Fernsehapparate in hinreichender Menge kaufen könnten, mußten kürzlich die japanischen Radiostationen (Mai 1956) eine Warnung der Wetterwarte Tokio und des japanischen Ministeriums für Sozialfürsorge bekanntgeben, daß radioaktiver Regen über Japan niedergeht. Einer dpa-Meldung zufolge wurde die Verseuchung des Regens auf den britischen Atomversuch bei der Monte-Bello-Inselgruppe am 16. Mai 1956 zurückgeführt. Die Warnung an die Bevölkerung zielte darauf ab, daß der Genuß aller Früchte und Gemüse aus Mitteljapan vermieden werden solle. Der radioaktive Gehalt dieser an sich für Japans Massen dringend notwendigen Güter sei durch den Regen fünfmal höher als es für den menschlichen Genuß für gefahrlos angesehen wird.

## Literatur zur internationalen Politik und Verfassung

J. A. Manusama, *Om Recht en Vrijheid. De strijd om de onafhangelijkheid der Zuid-Molukken.* (Libertas N. V., Utrecht o. J. (1954), 85 S., 2 Karten).

Nur wenige Europäer wissen von dem Ringen der Ambonesen um Freiheit und Unabhängigkeit. Als 1950 Indonesien unter Verletzung der unter Mitwirkung der Vereinten Nationen geschlossenen Verträge aus einer Föderation in einen Einheitsstaat umgewandelt wurde, d. h. von Java her die widerstrebenden Teilstaaten zur Unterwerfung gezwungen wurden, proklamierte der Südmolukkenrat unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht die Unabhängigkeit der Republik der Süd-Molukken. Nach indonesischer Besetzung der Insel Amboina verlegte die Regierung ihren Sitz auf die Insel Ceram, und seitdem wird dort nun schon 6 Jahre hindurch ein erbitterter Guerillakrieg geführt. Währenddessen versuchen die Vertreter der Republik in Europa und den Vereinigten Staaten, die Anerkennung der Regierung durch die Staaten und die Behandlung der Frage durch die Vereinten Nationen zu erreichen. Die Schrift des Verteidigungsministers und Sonderbevollmächtigten der Republik, der unter abenteuerlichen Umständen die Blockade der Inseln durch Indonesien durchbrach, schildert dieses Ringen an Hand zahlreicher Dokumente.

Eberhard Jagemann, *Die raumpolitischen Grundlagen Europas.* (Franz Westphal, Wolfsburg-Scharbeutz 1955, 79 S. mit 70 Karten).

Ein Schüler Albrecht Haushofers stellt in 70 Übersichtskarten mit kurzem Text die geschichtliche Entwicklung Europas dar, ausgehend von der Lage und geographischen Struktur des Kontinents. Dabei sieht Jagemann als entscheidend für die europäische Geschichte den maritim-kontinentalen Gegensatz an, und glaubt: „In der Auseinandersetzung beider Prinzipien erschöpft sich das Geschehen der europäischen und europäisch-asiatischen Geschichte.“ Ausgehend von den „geistigen Grundlagen Europas“ untersucht J. „die Ausstrahlungen des maritimen Kreises“, „die kontinentwärts gerichteten Stöße maritimer Kräfte“ und das „periodische Einsetzen der kontinentalen Gegenströmungen.“ Die gut gezeichneten Karten, nach den vorstehenden Gesichtspunkten angeordnet, geben Anregungen, zeigen aber auch die Grenzen der Behandlung politisch-historischer Probleme von der Geographie her. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Verfasser wenigstens einen

Hinweis auf die offensichtlichen Grenzen seiner Methode gegeben hätte.

Franz Altheim, *Reich gegen Mitternacht. Asiens Weg nach Europa.* (Rowohlt, Hamburg, 1955, 155 S.)

In Rowohlts deutscher Enzyklopädie, einem einigermaßen problematischen Unternehmung soweit ein Urteil nach den ersten Bänden möglich, ist die kleine Arbeit von Altheim, die sich mit den historischen Begegnungen Europas und Asiens am Beispiel der Hunnenwanderungen und des Sassanidenreichs beschäftigt, äußerst anregend. Seidenstraße und Steppenwanderstraße werden dargestellt, geeignet, den historisch-geographischen Horizont auszuweiten. Den Parallelen, die A. zieht, wird man nicht immer zustimmen können.

Günter Decker

Otto von Habsburg: *Probleme des Atomzeitalters.* Tyrolia-Verlag, Innsbruck-Wien-München, 1955, 184 Seiten, 4 Karten.

Der Chef des Hauses Habsburg verbreitet sich über Probleme, die sich aus der militärischen und ökonomischen Verwendung der Kernenergie ergeben. Der Verfasser legt Mängel und Gefahren einer materialistischen Entwicklung des Staates und der Gesellschaft dar und entwickelt sozialethische Grundsätze für eine Politik konservativer Überwindung des Massen- und Atomzeitalters. Der Verf. ist überzeugt, daß von Repräsentanten einer materialistischen Technokratie, gleich ob sie von rechts oder von links kommen, keine Rettung zu erwarten ist. So setzt er seine Hoffnung auf die Erneuerung der abendländischen Intelligenz. Aber konservative Appelle genügen heute nicht mehr, um den Absturz in den Totalitarismus zu stoppen. Die abendländische Intelligenz ist selbst in Auflösung begriffen. Soweit sie nicht durch materielle Abhängigkeit entmündigt ist, fehlt ihr bislang die schöpferische Konzeption einer Neuordnung.

Gartmann: *Stärker als die Technik. Der Mensch in der Zerreißprobe.* Econ-Verlag, Düsseldorf, 1955, 272 Seiten.

Das in flüssigem Stil geschriebene Buch will einen Überblick über den Stand der technischen Entwicklung und die dem Menschen damit gestellten Aufgaben geben. Der Stoff wird in anschaulicher Weise vorgetragen, ohne indessen zu einer tieferen Sicht vorzustoßen.

M. MacDuffie: *Der rote Teppich — 15 000 km durch Sowjetrußland.* Paul-List-Verlag, München, 1955, 313 Seiten.

Ein lesenswerter Bericht des ehemaligen



Leiters der UNRRA-Mission in Weißrußland und der Ukraine. Der Verfasser gibt einen Auszug aus Notizen, die er auf einer dreimonatigen Reise durch die UdSSR aufgezeichnet hat. „Nach dieser zweiten Reise ging es mir genauso wie nach meiner ersten, — ich war beeindruckt von Auftrieb und Leistungen der Sowjets, beunruhigt über die sowjetischen Methoden und Ziele, ich verabscheute den Kommunismus und mochte das russische Volk gern.“ Ein fesselndes Buch.

*Hélène und Pierre Lazareff: Die Stunde Moskaus.* Karl-Rauch-Verlag, Düsseldorf, 1955, 344 Seiten.

Eine Zusammenfassung von Aufzeichnungen des bekannten französischen Journalisten-Ehepaars über eine Reise durch Sowjetrußland. Die Verfasser versuchen ein Bild der Lage Sowjetrußlands nach Stalins Tod zu geben. Wille zur Objektivität und Sorge um die weitere Entwicklung der „russischen Sphinx“ kennzeichnen das einem aktuellen Bedürfnis nach Enthüllung des „roten Geheimnisses“ entgegenkommende Buch.

*Norbert Muhlen: 2x Deutschland.* Verlag für Politik und Wirtschaft, Unna, 1955, 432 Seiten.

Der Verfasser ist Korrespondent amerikanischer Zeitschriften. Das Buch ist der publizistische Niederschlag derer, die es sich noch nicht abgewöhnt haben, der deutschen Entwicklung mit dem erhobenen Zeigefinger der Bankerotter nach 1945 Zensuren zu erteilen. Muhlen arbeitet unbekümmert mit den plakatierten Begriffen einer Propaganda, die vor der Geschichte längst gescheitert ist. Angesichts der militanten Hypertrophie der Mächteblocks sollte dem Schriftsteller die Lust zu pharisäischen Gemeinplätzen vergangen sein. Dem Verfasser ist offenbar noch nicht aufgegangen, daß die Welt in diesem Augenblick nur vor einer Form des Totalitarismus zittert: vor dem Totalitarismus der Kriegsplaner in West und Ost. Man fragt sich, woher Publizisten wie Muhlen noch den Mut nehmen, mit moralisierenden Phrasen in Demokratie zu predigen nach dem Stile der Umerzieher von einst.

*Peter von Zahn: An den Grenzen der Neuen Welt.* Hoffmann und Campe-Verlag, Hamburg 1955, 264 Seiten, 1 Karte.

Der westdeutsche Rundfunkkommentator gibt einen Querschnitt durch die amerikanische Wirklichkeit jenseits der üblichen Klischeevorstellungen. Der Verfasser versucht, die „Grenzsituation“ der amerikanischen Existenz in der Vielfältigkeit ameri-

kanischen Lebens und Lebensstils sichtbar zu machen und die Gründe aufzuzeigen, weshalb die Neue Welt „so und nicht anders“ geworden ist. Ausgehend von den geographischen und geologischen Gegebenheiten, zeigt Peter von Zahn die differenzierte Wirklichkeit der Neuen Welt auf, deren soziologische Struktur sich in einem dauernden Prozeß der Umbildung und Neubildung befindet. Das Buch vermittelt ein Bild des amerikanischen Alltags. Dem kritischen Leser liefert es ergänzende Einsichten zur Beurteilung des „Amerikanismus“ als einer Gefahr für die Eigenständigkeit der abendländischen Entwicklung. Es läßt auch erkennen, daß der konsequente Materialismus der amerikanischen Gesellschaftsform durch die imponderablen „Grenzlinsen“ dieser antagonistischen Wirklichkeit selbst ständig in Frage gestellt und zur Evolution gezwungen wird. Die Gegensätze zwischen Schwarz und Weiß, Nord und Süd, des Klimas, in der Bevölkerungsbewegung durch Unterwanderung von allen Seiten, der Gegensatz zwischen Alt und Jung, Mann und Frau, Reich und Arm, Stadt und Land, zwischen Kleinbürgertum und Großmanagertum schafft auch hier jene Reibungsflächen, die das Tor zu neuen Entwicklungen offen halten.

*Boris Meißner: Rußland, die Westmächte und Deutschland — Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943 bis 1953.* Abhandlungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und Ausländisches Öffentliches Recht der Universität Hamburg, Band 5. H.-Nölke-Verlag, Hamburg, 1954, 372 Seiten, Personen- und Sachregister.

Diese Veröffentlichung ist als Vorarbeit für weitere Untersuchungen gedacht. Sie will vor allem die Probleme erörtern, die mit der Besetzung Mitteldeutschlands, der Annexion der Ostgebiete und einem kommenden Friedensvertrag auftauchen. Verf. hat mit großer Sorgfalt das Material, beginnend mit der Konferenz von Teheran (1943) über die Konferenzen von Jalta und Potsdam (1945) bis zur westeuropäischen Pakt-Politik seit 1953 zusammengetragen. Dauerhafte Friedensordnung in Europa setze „eine Wiederherstellung der gesamten deutschen Einheit voraus, die nur auf Grund eines Interessenausgleichs zwischen Ost und West erhofft werden“ könne. Verf. gelangt zu dem Schluß: „Das Wiedererstehen des ‚Europäischen Konzerts‘ oder das Ausballancieren der europäischen ‚Mitte‘... zwischen der atlantisch-pazifischen und der eurasiatischen Welt erscheinen... als die einzigen beschreibbaren Wege...“

*Berichte des Instituts*

# SELBSTBEHAUPTUNG UND SICHERHEIT

## Bericht zur atomaren Lage

### Friedliche Atomenergie

Wir sind noch nicht soweit, daß die Atomenergie der alles beherrschende Faktor ist. Kohle, Öl und Wasserkraft werden auch weiterhin ihre Rolle spielen. Aber in 25 Jahren werden die Atomkraftwerke mehr elektrische Energie liefern als heute alle anderen Energiequellen. Der Bedarf an elektrischer Energie wird 1980 so groß sein, daß die gesamte heutige Produktion nur etwa den vierten Teil des Gesamtbedarfes decken wird.

Zu dieser Feststellung gelangt eine Studie, die von einer Gruppe amerikanischer Wissenschaftler, Techniker und Industrieller dem US-Kongreß vorgelegt wurde. Darüber berichtet *Werner Kliefoth* in der Zeitschrift *Atomkernenergie*, Heft 3/1956 (S. 106 f.)<sup>1</sup>. Vier Ereignisse kennzeichnen in letzter Zeit die Bedeutung der Atomenergie für die Politik: Die Brüsseler Konferenz der 6 Montan-Union-Staaten am 10./11. Februar 1956, die Tagung des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) in Paris am 28./29. Februar, die Verhandlungen in Washington zur gleichen Zeit zur Gründung einer „Atombank“ und das Angebot Eisenhowers, 20 000 Kilogramm spaltbares Uran 235 an befreundete Länder abzugeben.

Das „politische Problem“ einer friedlichen Zusammenarbeit zur Ausnutzung der Atomenergie liege in der Fähigkeit des Mißtrauens, das noch immer den Ausweg in der Möglichkeit einer kriegerischen Verwendung der Atomenergie sieht. Die Schwierigkeit liege in der Stellung der geplanten Internationalen Atomenergiebehörde zu den Vereinten Nationen. Die USA befürworteten nur lose Beziehungen der neuen Institution zu den UN, während die UdSSR auf eine Unterstellung der „Atombank“ unter den UN-Sicherheitsrat abzielte, um diese in der Fassung ihrer Beschlüsse an das Einstimmigkeitsprinzip zu binden.

Kliefoth weist auf die Tatsache hin, daß sich neue Blockbildungen vorbereiten zwischen den Staaten, die über Atomenergie verfügen (entweder im Besitz eigener Atomindustrie oder uranhaltiger Bodenschätze) und solchen Ländern, die auf jene angewiesen sind. Washington war ein Treffen der zwölf Staaten, die durchweg zu den „Besitzenden“ gehören. (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Belgien, Südafrika, Australien, Tschechoslowakei, Portugal und Indien).

Auf dem Weg über das Atom erhielten die Amerikaner einen starken Einfluß in Europa. Dabei bevorzugten die USA Gruppen von Staaten vor Einzelstaaten. Denn die USA bestünden darauf, diejenigen Einzelstaaten, denen sie Uran überlassen, hinsichtlich der Verwendung des Materials zu überwachen. Europäische Kreise hätten indessen in Paris erklärt, daß eine Abhängigkeit in der Kernbrennstoffversorgung nicht wünschenswert sei und man hier zu echten europäischen Gemeinschaftsaufgaben gelangen müsse. Die USA zögen eine Integration Europas jeder Form der Kooperation zwischen selbständigen europäischen Staaten vor. Kliefoth ist der Auffassung, daß ein Monopol im Rahmen des Euratom in der geplanten Form kaum möglich sei. Man werde am gemeinsamen kleineuropäischen Markt für Atommaterial wie an der gemeinsamen Isotopentrennanlage festhalten.

### Veto gegen Atomdiktatur

Am 18. April 1956 wurde den Mitgliedstaaten der UNO der Entwurf einer Satzung für eine künftige Internationale Atomenergiebehörde zugestellt, der von den zwölf Teilnehmerstaaten der Washingtoner Konferenz angenommen worden war. Der Entwurf soll in einer für Ende September nach New York einberufenen Konferenz endgültig genehmigt werden. Danach bilden die zwölf Teilnehmerstaaten bis zur Begründung und bis zum Inkrafttreten der Behörde eine Vorbereitende Kommission. In der Satzung ist eine neue Weltorganisation größten Ausmaßes vorgesehen. Ziel der neuen Organisation soll sein, den Beitrag der Atomenergie „für Frieden, Gesundheit und Wohlergehen der Welt zu erweitern und durch Kontrollen ihre Nutzbarmachung zur Verfolgung militärischer Zwecke, soweit sie dazu fähig ist, zu verhindern“.

Bei der friedlichen Entwicklung und Anwendung der Atomenergie soll die Behörde als Vermittler für die Lieferung von spaltbarem Material und von Apparaten dienen. Wissenschaftliche Forschung und Austausch von Informationen sowie Annahme von Grundsätzen und Vorrichtungen zum Schutz der Gesundheit sollen ebenfalls zu den Funktio-

<sup>1</sup> *Atomkernenergie — Zeitschrift für die Anwendung der Kernenergie im Wissenschaft, Technik und Wirtschaft*, Verlag Karl Thieme KG., München, 1. Jhg., Einzelheft 3,50 DM, halbj. 18,— DM.



nen der Behörde gehören. Die Verbindung zur UNO soll hergestellt werden durch die Generalversammlung der UNO und durch die Allgemeine Konferenz der Behörde, die von der UNO als autonome internationale Organisation — in aktiver Beziehung zu den Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen — anerkannt wird. Die Behörde ihrerseits soll die Verantwortung der UNO für Frieden und Sicherheit in der Welt anerkennen und der UNO zur Berichterstattung über ihre Tätigkeit verpflichtet sein.

Es sind „Inspektionsbeamte“ in der neuen Behörde wie im Gebiet der durch die Behörde versorgten Staaten für die Durchführung aller Operationen vorgesehen, die eine militärische Nutzbarmachung der Atomenergie verhindern und deren friedliche Nutzbarmachung kontrollieren sollen. Frage: ob die Kontrolle auch auf die Atomkräfte selbst ausgedehnt wird? Sonst würde die Behörde eine moderne „Heilige Allianz“ der Atomkräfte gegen die Nichtbesitzenden darstellen, und die modernen „Atomriecher“ könnten sich als schlimmere Interventionisten erweisen als die berüchtigten „Demagogenriecher“ Metternichs von anno dazumal. Wer kontrolliert die Kontrollleure, um zu verhindern, daß sie als Instrumente eines neuen Weltmachtssystems wirken? In einer Zeit, die angesichts des steigenden Energiebedarfs der Menschheit gebieterisch die Umstellung der Energiewirtschaft auf Atomkraft erfordert? Eine militärisch befestigte Wirtschaftsdiktatur kann unerträglicher sein als offen-politische Diktatur.

Es ist zu befürchten, daß die neuen „Kontrollleure“ ihr globales Überwachungsrecht nicht gegen die Atombesitzer selbst, sondern nur in deren Auftrag gegen alle anderen ausüben werden. Eine internationale Kontrolle der friedlichen Anwendung der Atomenergie setzt die ausdrückliche Unterwerfung der Atomkräfte unter diese Kontrolle voraus.

Unter dem Vorwand, die friedliche Nutzbarmachung der Atomenergie sichern zu wollen, wird gegenwärtig der Versuch zur Errichtung einer Weltmacht der Atombesitzer unternommen, dem die freien Völker von vornherein mit einem entschiedenen Veto entgegenzutreten müssen. Entweder wird die Kontrolle allgemein, ohne Vorbehalt, vor allem gegen die Atombesitzer selbst durchgeführt, oder die wissenschaftliche Entwicklung auf dem Gebiete der Atomenergie muß frei bleiben. In diesem Falle müßte sich durch die vollatomare Umstellung der Energieverhältnisse der Zwang zur Selbstbeschränkung der Staaten im

Sinne einer friedlichen Anwendung der Atomenergie und des Verzichts auf militärische Nutzbarmachung von selber herstellen. Jeder Versuch, ein System globaler Atomrüstung und Atomkriegsverhütung durch Garantie der Atomenergieverwendung auf friedliche Weise auf der Grundlage einer terroristischen Weltmacht der atomgerüsteten Mächte selber zu errichten, muß abgelehnt werden. Zwang zur positiven Anwendung und Verzicht auf negative Anwendung erlauben weder einseitige Kontrollen noch einseitige Unterwerfung noch einseitige Herrschaftstitel im Namen des Atoms. Das Atomzeitalter fordert vielmehr die Kontrolle der Atombesitzer durch die von ihnen in ihrem Bestande bedrohte vor allem auch nicht-atombesitzende Menschheit.

### Atommonopol und politische Hegemonie

Über die Gefahr einer politischen Hegemoniebildung durch Ausnutzung des militärischen und wirtschaftlichen Atommonopols berichtet Prof. Georg Erler vom Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen<sup>1)</sup>. Jedes Atommonopol müsse zu wirtschaftlichen und politischen Monopolen führen. Es könne alle anderen Staaten von der Nutzung ausschließen oder diese nur zu diktierten Bedingungen zugänglich machen. Nachdem das Einzelmonopol der USA durch die UdSSR, Großbritannien, Kanada und Belgien gebrochen ist, bestehe die Gefahr von Gruppenmonopolen. Diese könnten sich darin zeigen, daß alle atomenergiebesitzenden Mächte auf Grund einer internationalen Vereinbarung oder durch eine internationale Institution den Nichtbesitzern gegenüber die Monopolstellung ihrer Gruppe gemeinsam ausnutzen. Solange nur die USA und die Sowjetunion zur Abgabe von Kernbrennstoffen in der Lage sind, könnten sich Gruppenmonopole dadurch bilden, daß beide Mächte gegenüber den ihnen politisch nahestehenden Staatengruppen ein Lieferungsmonopol ausüben. Das bestehe, solange nicht auch andere Mächte über ihren Eigenbedarf hinaus Kernbrennstoffe erzeugen und an andere Länder abgeben könnten. Damit sei die Möglichkeit zu politischen Hegemoniebildungen gegeben.

Das Angebot der Belieferung mit Kernbrennstoffmaterial oder Androhung der Ausschlößung aus dem Kundenkreis könne — über die Bedeutung der militärischen Verwendung von Atommaterial hinaus — ein erstrangiges Instrument zur Knüpfung und

<sup>1)</sup> Vgl. *Atomkernenergie*, a. a. O., Heft 3/1956, S. 109 ff.

Festigung hegemonial geleiteter Bündnis-systeme sein, das erst zu bestehen aufhöre, wenn die Nichtbesitzerstaaten auch über Angebote von anderer Seite verfügten und dadurch wirtschaftlich und politisch die Freiheit zu elastischem Stellungswechsel erhielten. Hinter den zaghaften Versuchen einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Atomenergieverwendung stehe der Drang nach wirtschaftlicher Monopolstellung und politischer Hegemonie.

Im Hinblick auf diese Bestrebungen und Befürchtungen meint Erler, die schnelle Entwicklung der Atomforschung und -technik werde Möglichkeiten einseitiger Machtausübung schon nach relativ kurzer Zeit durch Bereitstellung weiterer Ausgangsstoffe und Rationalisierung der Verfahren ausräumen. Die neuentdeckte Atomenergie habe ihren Vätern nur für eine kurze Zeit eine militärisch-politisch-wirtschaftliche Machtstellung als einmaliges Ausnahmegeschenk verliehen.

Zum Problem der gesteuerten thermodynamischen Reaktionen berichtet Prof. *Hans Thirring*, Wien, vom Standpunkt des Physikers aus scheine die Verwirklichung kontrollierter thermonuklearer Reaktionen heute in einer fernen Zukunft zu liegen als die Wasserstoffbombe im Jahre 1945. (a. a. O. S. 89 f.) Beim heutigen Stande unserer Kenntnisse sei nicht abzusehen, wie man einen Mechanismus finden könne, der thermonukleare Aufbaureaktionen bei Temperaturen von 108 Grad kontrollieren könne, die zur Aufrechterhaltung solcher Reaktionen notwendig seien. Bevor nicht neue, unvorhergesehene Tatsachen — etwa nach Art der Uranspaltung — entdeckt würden, bestehe wenig Hoffnung, den kontrollierten Ablauf thermonuklearer Reaktionen zu verwirklichen.

### Gewaltlose Politik im Atomzeitalter

„An der Schwelle des Atomzeitalters“ stellt Prof. *Max Born*, Bad Pyrmont, (a. a. O. S. 96) fest, daß der „Gedanke der gewaltlosen Politik“ gegenwärtig bei den Naturforschern größeren Widerhall findet als in anderen sozialen Gruppen. Born erklärt: „Wir glauben, daß ein Krieg zwischen Großmächten eine Unmöglichkeit geworden ist oder wenigstens in naher Zukunft werden wird. Denn er bedeutet die Wahrscheinlichkeit allgemeiner Vernichtung, nicht nur der Kämpfenden, sondern auch der Neutralen. Er ist nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern Wahnsinn... Es scheint, daß diese Lage den führenden Staatsmännern durchaus bewußt ist.

Man sucht Verhandlungen aus Furcht vor dem Ungeheuerlichen, das ein bewaffneter Konflikt auslösen könnte. Aber Furcht ist eine schlechte Grundlage für Verständigung und Lösung von Konflikten.“

Ist es denkbar, fragt Born, daß der Angstfrieden, dem wir vielleicht zunächst zusteuern, durch etwas Besseres, Zuverlässigeres ersetzt werden kann? „Sollte man etwa an Stelle der radikalen Forderung, auf Krieg zu verzichten, lieber versuchen, die Anwendung der neuen Vernichtungswaffen durch internationale Abmachungen zu unterbinden? Mir und meinen Freunden scheint diese Idee unausführbar, und zwar aus folgender Betrachtung: Die Erzeugung von Energie durch Kernreaktionen für friedliche Zwecke wird bereits überall aufgenommen und vervollkommen. Ein System der Überwachung, das die Herstellung von Zerstörungsmitteln verhindert, kann nur funktionieren, solange Frieden herrscht. Bricht aber ein Krieg zwischen größeren Mächten aus, der zunächst mit „konventionellen“ Waffen geführt wird, so hört die Überwachung auf. Wird ein Volk, das in Bedrängnis gerät, jedoch glaubt, sich durch Atombomben retten zu können, auf das letzte Mittel verzichten, selbst auf die Gefahr hin, daß es selber dabei aufs schwerste leidet?“

Was nun diese „konventionellen“ Waffen anbetreffe, so sei es „schwer verständlich, warum diesen nicht dasselbe Grauen, dieselbe Ablehnung begegnet, die sich heute gegen die Atombomben richtet. Sie sind ja schon lange nicht mehr ehrliche Kampfmittel zwischen Soldaten, sondern wahllose Zerstörungsmittel. Vom moralischen Standpunkt gesehen liegt die entscheidende Wendung der Kriegführung zur modernen Barbarei im Begriff des totalen Krieges. Auch ohne Atomwaffen ist die Aussicht auf gewöhnliche Bomben, auf chemische und bakteriologische Gifte grauenhaft genug. Verbote der Atomwaffen allein sind weder sachlich noch moralisch gerechtfertigt. Nur durch den Verzicht auf kriegerische Gewaltanwendung überhaupt ist die Menschheit zu retten. Heute hat die Angst einen solchen prekären Friedenszustand tatsächlich erzeugt. Es kommt darauf an, ihn zu stabilisieren durch Besinnung auf die sittlichen Grundsätze, die das Zusammenleben der Menschen ermöglichen.“

### 300 Wasserstoffbomben

Der verantwortungsbewußten Aufforderung zum Verzicht auf kriegerische Gewaltanwendung überhaupt steht auf der anderen Seite die Vorbereitung des atomaren Ver-



brechenskrieges und dessen Verharmlosung durch die propagandistischen Handlanger gegenüber. Wesentliche Tatsachen zur atomaren Lage erfährt man — im Gegensatz zu den einschlägigen Äußerungen westdeutscher Pseudomilitärs — zum Beispiel aus einer Reuter-Meldung vom 17. April 1956. Dieser zufolge erklärte der Leiter des amerikanischen Amtes für Zivilverteidigung, Peterson, vor einem Komitee des Repräsentantenhauses, die Entwicklung der Kernwaffen habe heute ein Stadium erreicht, daß der „Schatten der vollständigen Zerstörung“ über der Menschheit liege. Man habe Waffen von einer solchen Zerstörungskraft erfunden, daß man den Punkt erreicht habe, da „ein thermonuklearer Krieg den Selbstmord bedeuten“ würde. Es sei nicht nötig, die Verwendung des interkontinentalen Geschosses abzuwarten, um sich ein Bild davon zu machen, welche Gebiete des Landes von den Waffen betroffen würden. Peterson erklärte, 300 Wasserstoffbomben mit einer Explosionskraft von je 10 Millionen Tonnen traditionellen Sprengstoffs könnten bei einer entsprechenden Verwendung ein Gebiet von 60 000 Quadratmeilen vollständig vernichten. Zum Vergleich zog Peterson die 5 Stadtteile von New York City (etwas größer als 300 Quadratmeilen) und das Stadtgebiet von Los Angeles (etwas kleiner als 500 Quadratmeilen) heran.

### Vorspiel im Pazifik

Genau am Sonntag, dem 21. Mai 1956, zum Feste der Ausgießung des Heiligen Geistes, explodierte um 18.15 Uhr mitteleuropäischer Zeit die erste, von einem Flugzeug aus einer Höhe von etwa 17 000 m abgeworfene amerikanische Wasserstoffbombe. Noch 65 km vom Orte des Geschehens entfernt sei an Gesicht und Händen plötzlich Hitze zu spüren gewesen. Bis zu einer Entfernung von 25 km hätte es Verbrennungen gegeben. Für diese Aktion des offenen Wahnsinns hatte man ein Gebiet von der Größe Deutschlands, Frankreichs und Italiens zur Sperrzone erklärt. Bei dem Tatort handelt es sich um die kleine Pazifik-Insel Namu im Eniwetok-Atoll (in der Nähe vom Bikini-Atoll, das durch ein früheres Verbrechen ähnlicher Güte berühmt geworden ist). Die Bombe explodierte in einer Höhe von etwa 3000 m über der Insel. Sie sei die „Antwort Washingtons“ gewesen „auf die Mitteilung Chruschtschows während seines Staatsbesuches in Großbritannien, daß die Sowjetunion schon eine transportable Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht habe“. Wenn die Atom-Giganten sich künf-

tig in der Sprache von derartigen Explosionsvorgängen unterhalten wollen, wird der diplomatische Verkehr eine spürbare Entlastung erfahren.

Der Ort, an dem das Atomverbrechen zu Pfingsten verübt wurde, befindet sich etwa 4000 km von Tokio entfernt, nahe genug der japanischen Hauptstadt, um mitten in einem Gebiet reicher Fischgründe zu liegen, die für Japans Bevölkerung Lebensgrundlage bedeuten. Seit den Vergiftungen in der Bikini-Zone fallen diese Fischgründe für Japan aus.

Wie soll ein normal denkendes Hirn auf derartigen Widersinn reagieren? Haben wir in der abendländischen Welt noch ein Organ für die Stimme der Vernunft? Leben und handeln wir noch unter dem Gesetz des gesunden Menschenverstandes, wenn wir zu derartigen Abscheulichkeiten nur mit der Phrase Stellung nehmen, es habe sich um eine „Antwort“ gehandelt? Wenn ein Machthaber des Kreml durch Äußerungen wie die in London die sogenannte freie Welt zu einem derartigen Verbrechen herausfordern kann, was wird dann morgen mit dem Hinweis, es habe sich um eine „Antwort“ gehandelt, alles gerechtfertigt werden?

### Freie Welt?

Das „unirdische Licht in der Nacht des Pazifik“ — wie sich eine große westdeutsche Zeitung ausdrückt, womit sie das Verbrechen in eine gewisse Nähe zur Ausgießung des Heiligen Geistes rückt — dieses „unirdische Licht“ offenbart die Dämonie desjenigen Untermenschentums, das hier das Gesetz des Handelns auf weite Strecken an sich gerissen hat, Freiheit und Würde des Menschen untergräbt und jeder christlich-abendländischen Überlieferung Hohn spottet. Die „freie Welt“, wenn das Verbrechen im Pazifik ihr Signum ist, verdient diesen Namen nicht. Es gibt kein menschliches Wesen, das die Last der Verantwortung für derartige Experimente mit Atomwaffen übernehmen könnte, weder der Pilot, der die Unglücksmaschine steuerte, noch der Befehlshaber, der das Manöver anordnete. Es gibt keinen Bombenauslöser, der das Verbrechen tragen könnte, kein Land, das sich freisprechen könnte von Schuld, wenn das in seinem Namen geschah. Die Ausgeburt der Hölle selbst, muß das „unirdische Licht des Pazifik“ die wahre Physiognomie der sogenannten westlichen Welt schließlich auch demjenigen offenbar werden lassen, der bisher noch an das kleinere Übel zu glauben geneigt war und der in seiner „Furcht vor dem Satan“ sich unter die Fittiche Beelzebubs begab.

## Krieg und Kriegsverbrechen

ERNST VAN LOEN

### Der militärische und der rechtliche Kriegsbegriff

Nach Clausewitz ist der Krieg ein Akt militärischer Gewaltanwendung, um den Gegner durch Brechung seines Widerstandes zur „Erfüllung unseres Willens“ zu zwingen. Der Gegner ist die feindliche Streitmacht, nicht das feindliche Volk als sogenanntes erweitertes Potential. Brechung des Widerstandes bedeutet die Brechung des Widerstandes bewaffneter Streitkräfte. Der in militärischer Form geführte Krieg erstrebt die Besetzung des feindlichen Gebietes nach Niederwerfung der gegnerischen Streitmacht.

In solcher Form und Zielsetzung galt der Krieg im Sinne von Clausewitz als „Fortsetzung der Politik mit anderen (gewaltsamen) Mitteln“. Der Sieg setzte das Überleben, die physische Existenz des besiegten Volkes voraus. Nur so war und ist der Primat des Politischen gegen jeden Versuch einer Erklärung des Krieges und der Kriegführung zum Selbstzweck gesichert. Ein Krieg, dessen Ziel die Gesamtvernichtung eines Volkes, oder dessen Planung das Risiko einer solchen Gesamtvernichtung von vornherein bejaht und einbezieht, ist kein Krieg im militärischen Sinne des Begriffes. Strategischer Massenmord hat alle Merkmale des Krieges eingebüßt. Physische Bestandsvernichtung des Gegners ist kein soldatisches Messen der bewaffneten Kräfte, sondern eine Form gegenseitigen Hin-schlachtens der Völker.

Dem militärischen Kriegsbegriff entsprach bisher der rechtliche Kriegsbegriff. Danach galt als Krieg jede „militärische Aktion organisierter Armeen gegen ebenso- solche organisierte Armeen auf der Gegenseite“ (Carl Schmitt). Ein Krieg im Rechtssinne, d. h. ein in rechtlicher Form und Beschränkung unter zivilisierten Völkerrechtssubjekten geführter Krieg lag nur vor, insoweit die militärische Entscheidung in einem offenen Messen der Kräfte zwischen bewaffneten Streitkräften gesucht wurde.

In der Epoche des gehegten und human geführten Krieges, die seit dem Ende der mittelalterlichen Religions- und Bürgerkriege bis zum Zweiten Weltkrieg dauerte, stimmten militärischer und rechtlicher Kriegsbegriff überein. Bis zum Ersten Weltkrieg war das freie Recht zur Kriegführung im Sinne des klassischen Völkerrechts anerkannt. Als solches war es an den völkerrechtlichen Souveränitätsbegriff gebunden. Grundsätzlich wurde den Staaten das *jus belli* als Ausfluß ihrer Souveränität zuerkannt, jedoch nicht ohne rechtliche und sittliche Begrenzung. Die Schranken wurden durch das Kriegsrecht gezogen. Sie ergaben sich teils aus Gewohnheitsrecht, teils aus den Bestimmungen der beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907, aus den späteren Genfer Konventionen zum Schutze der Zivilbevölkerung und dem Abkommen über das Verbot von Gas- waffen und bakteriologischen Kampfmitteln, bis zum völkerrechtlichen Verbot von Angriffshandlungen schlechthin.

Als wichtigster Schutz galt der Grundsatz der Reziprozität (Gegenseitigkeit unter den Beteiligten). Auch im Falle eines verbotenen Angriffskrieges blieben



beide Seiten an die Kriegsregeln gebunden. Außerdem bestimmte die Präambel der Haager Landkriegsordnung, daß Gewohnheitsrecht und Vertragsrecht „durch die allgemeinen Gesetze der Menschlichkeit, die von den Nationen anerkannt sind“, sinngemäß zu ergänzen seien. Das Kriebsrecht verbot die Anwendung grausamer und unmenschliche Leiden verursachender Kriegsmittel (Dum-Dum-Geschosse, vergiftete Kampfmittel), Beschießung unverteidigter offener Ortschaften. Handlungen, welche gegen diese Bestimmungen verstießen, galten als Verletzungen des Völkerrechts. Es wurde unterschieden zwischen verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Handlungen. Als verbrecherische Handlungen galten gemeine Verbrechen, z. B. Mord gegen Angehörige der feindlichen Streitkräfte oder der feindlichen Zivilbevölkerung. Als völkerrechtswidrig galten solche Handlungen, die von militärischen Führungsorganen befohlen bzw. in Ausführung solcher Befehle begangen wurden. Auch nach den Militärgesetzen der zivilisierten Staaten waren verbrecherische Befehle unter Strafe gestellt.

Eine Überprüfung des totalen Krieges an Hand der in der Haager Landkriegsordnung von 1907 niedergelegten Kriegsregeln und der späteren Genfer Konventionen zum Schutze der Zivilbevölkerung bleibt einer eingehenden völkerrechtlichen Untersuchung vorbehalten.

### Kriegsverbrechen und internationales Sittengesetz

Erstmalig Anklage wegen begangener Kriegsverbrechen unter den Beteiligten eines Krieges erfolgte am Ende des Ersten Weltkrieges. Bis dahin war es üblich, daß die Beteiligten an einem Kriege sich im Friedensvertrag wegen begangener Verstöße gegen die Kriegsregeln gegenseitig Amnestie gewährten. Amnestieklauseln wurden im Westfälischen Frieden, auf dem Wiener Kongreß und noch im deutsch-französischen Krieg von 1871 vereinbart. Ein Bruch mit dieser Tradition erfolgte in dem Augenblick, als der klassische dem diskriminierenden Kriegsbegriff geopfert wurde. Die Wende trat ein am Ende des Ersten Weltkrieges mit der Forderung der alliierten und assoziierten Mächte nach Bestrafung des deutschen Besiegten<sup>1)</sup>.

In einer Sitzung des britischen Kriegskabinetts vom 28. November 1918 hielt Lord Birkenhead in Anwesenheit von Lloyd George jene Rede, welche die Grundlage der Regelung des Kriegsverbrechensproblems im Versailler Vertrag bildete. Lord Birkenhead erklärte u. a. folgendes: „Es ist ein für alle Mal notwendig, ein Exempel dahingehend zu statuieren, daß Mißerfolg nicht das einzige Risiko ist, das ein Mann zu fürchten hat, der im Augenblick in irgendeinem Lande despotische Macht besitzt und die furchtbare Entscheidung zwischen Krieg und Frieden trifft. Wenn jemals wieder diese Entscheidung in einem heikel ausballancierten Gleichgewicht der Entscheidung eines Einzelnen ausgeliefert sein sollte, dann sollten wir den Herrscher, der über den Krieg entscheidet, wissen lassen, daß er unter ganz anderen Gefahren mit seiner persönlichen Sicherheit spielt . . . Wir sollten, wie mir gegenwärtig scheint, das Risiko übernehmen, zu erklären, daß in diesem Streit wir, die Alliierten, die wir uns auf die allgemeinen Prinzipien des Sittengesetzes stützen, unsere eigenen Rechtsmaßstäbe anwenden und das Urteilsverfahren unseren eigenen Gerichten anvertrauen.“<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden Wilhelm Grewe, „Nürnberg als Rechtsfrage“, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1947.

<sup>2)</sup> Zitiert bei Grewe, a. a. O., S. 34 f.

In Artikel 227 des Versailler Vertrages wurde der Tatbestand, für den die Auslieferung des deutschen Kaisers verlangt wurde, wie folgt formuliert: „Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage . . . . Der Gerichtshof urteilt auf Grund der erhabensten Grundsätze der internationalen Politik; Richtschnur ist für ihn, den feierlichen Verpflichtungen und internationalen Verbindlichkeiten ebenso wie dem internationalen Sittengesetz Achtung zu verschaffen. Es steht ihm zu, die Strafe zu bestimmen, deren Verhängung er für angemessen erachtet“. <sup>1)</sup>

Danach wäre das Versailler Siegergericht in der Lage gewesen, den deutschen Kaiser — entsprechend der späteren Nürnberger Siegerjustiz — zum Tode durch den Strang zu verurteilen. Als Anklagetatbestand wurde im einzelnen angeführt:

„Das barbarische und unerbittliche System von Geiseln und Massendeportationen, die Entfernung der jungen Mädchen aus Lille, die ihren Familien entrisen und dem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, die systematische Verwüstung ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, der uneingeschränkte U-Bootkrieg, das unmenschliche Im-Stich-Lassen der Opfer auf hoher See sowie die Taten gegen die Nichtkämpfenden . . .“

In diesem Zusammenhang soll nicht die Frage berührt werden, ob die Versailler Siegermächte überhaupt berechtigt waren, derartige Anklagen wegen Kriegsverbrechen zu erheben. Ebenso wenig soll hier die Frage der ungerechten Siegerjustiz untersucht werden. Entscheidend dagegen ist die Tatsache, daß die Alliierten damals das internationale Sittengesetz als moralische und rechtliche Grundlage öffentlicher Anklagen an sich anerkannt haben. Damit haben sie formell das internationale Sittengesetz auch gegen sich selbst als bindend anerkannt. Gleichzeitig haben sie die Haager Kriegsregeln als geltendes Kriegsrecht betrachtet und inhumane Kriegführung zum Kriegsverbrechen erklärt. Insbesondere haben sie den Tatbestand bewaffneter Kampfführung gegen Nicht-Kämpfende (Zivilbevölkerung) als Kriegsverbrechen gebrandmarkt und die Aufhebung der Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten durch eine militärische Kriegführung unter Strafe gestellt bzw. öffentliche Anklageerhebung in solchem Falle gefordert.

In der Note der Alliierten an die deutsche Friedensdelegation vom 16. Juni 1919 wird der Krieg als „ein vorsätzlich gegen das Leben und die Freiheiten Europas ersonnenes Verbrechen“ bezeichnet <sup>2)</sup>. Damit wurde der Krieg als solcher zum Verbrechen erklärt. Das wilhelminische Kaiserreich war weder ein faschistisches, noch ein totalitäres Regime. Dennoch wurde bereits damals der Begriff eines „Verbrechens gegen den Frieden“ formuliert.

<sup>1)</sup> Zitiert bei Grewe, a. a. O., S. 36. Bezeichnend ist der rechtlich fragwürdige Vorbehalt der britischen Regierung, die Kriegsschuldfrage nicht in die Anklage wegen Kriegsverbrechen einzubeziehen. Birkenhead erklärte: „Wir wünschen nicht einer peinlich genauen Prüfung der Geschichte der europäischen Politik der letzten zwanzig Jahre gegenübergestellt zu werden!“

<sup>2)</sup> Grewe, a. a. O., S. 37. Die von Präsident Roosevelt in seiner Rede vom Juli 1941 verkündeten 4 Freiheiten — Freiheit von Not, von Furcht, des Gewissens und der Meinungsäußerung — wurden in die am 19. August 1941 verkündete Atlantik-Charte nur zur Hälfte und zwar im Hinblick auf die „Freiheit des Gewissens“ und der „Meinungsäußerung“ aufgenommen. Von „Freiheit von Not“ und „Freiheit von Furcht“ war nicht mehr die Rede.



### Nürnberger Siegerjustiz und Kriegsverbrecherfrage

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff des Kriegsverbrechens unter neuen Gesichtspunkten gefaßt. Angesichts der Überführung des klassischen Kombattantenkrieges in den totalen Vernichtungskrieg — Einsatz der strategischen Luftwaffe sowie Eröffnung des Atomzeitalters — verzichteten die Siegermächte auf feierliche Anrufung des internationalen Sittengesetzes. Das Londoner Abkommen vom 8. August 1945, das die Grundlage für das Nürnberger Siegertribunal schuf, führte aber die Kriegsverbrechensformulierung des Versailler Vertrages im einzelnen weiter fort.

Art. 6 des Statuts unterschied drei Straftatbestände: 1. Kriegsverbrechen im engeren Sinne, 2. Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit, 3. Verbrechen gegen den Frieden. Als Kriegsverbrechen im engeren Sinne galten nach Art. 6b u. a.: Verletzungen des Kriegsrechtes und der Kriegsbräuche. Es heißt: „Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung . . . der Zivilbevölkerung, . . . Ermordung . . . von Kriegsgefangenen, . . . Raub öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten und Dörfern, oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung . . .“

Laut Art. 6c des Statuts galt als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“: „Ermordung, Ausrottung, Versklavung . . . der Zivilbevölkerung, vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen“. Der Begriff des „Menschlichkeitsverbrechens“ galt als strafrechtliche Generalklausel, um auch diejenigen Handlungen zu erfassen, die in den Haager und Genfer Konventionen und den völkerrechtlichen Lehrbüchern noch nicht als Straftatbestände vorgesehen waren. Dabei dachte man vor allem an die Erfassung des Tatbestandes der Verfolgung und Ausrottung politischer Gegner.

Nach Art. 6a wurde als „Verbrechen gegen den Frieden“ bezeichnet: „Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen oder Zusicherungen oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen“. Weiter heißt es: „Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer, die an der Fassung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Begehung einer der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendwelchen Personen in Ausführung eines solchen Planes begangen worden sind.“

Art. 8 des Statuts bestimmte: „Die Tatsache, daß ein Angeklagter auf Befehl seiner Regierung oder seines Vorgesetzten handelte, schließt seine Schuld nicht aus . . .“ Damit wurde die Berufung auf sogenannten „Befehlsnotstand“ ausgeschlossen.

Das Statut und das auf ihm basierende Nürnberger Tribunal hatte die Strafnormen der neuen Verbrechenstatbestände einseitig gegen die Besiegten erlassen. Der Gesamtfall des Krieges und seiner Barbarei auf allen Seiten wurde durch sie nicht erfaßt. Das Kriegsverbrechensproblem wurde halbiert, wobei die Sieger als Richter in eigener Sache auftraten. In Anknüpfung an die Lehre vom gerechten Krieg betrachteten sie sich als Sieger eines heiligen und gerechten Krieges gegen einen verbrecherischen Gegner, dem jede Berufung auf Bestimmungen des Kriegrechts abgesprochen wurde.

Dieses Abkommen wurde zwei Tage nach dem Abwurf der ersten Massenmordbombe auf Japan und damit unmittelbar nach Eröffnung des Atomzeitalters von den Alliierten in London unterzeichnet. Die einseitige Anwendung der neuen Normen widersprach dem Grundsatz der „Gleichheit vor dem Gesetz“. Dieser Grundsatz führt im Völkerrecht zur Allgemeingültigkeit völkerrechtlicher Verbrechenornen für alle Beteiligten eines Krieges. Der tatsächlichen und militärischen Unteilbarkeit der Barbarei im Kriege entspricht die rechtliche und moralische Unteilbarkeit der Kriegsverbrechensfrage.

Bis zum endgültigen Übergang des klassischen Krieges in den totalen Krieg im Zweiten Weltkrieg durfte unterstellt werden, daß der militärische und rechtliche Tatbestand des „echten“ Krieges vorlag und die Mächte selbst die Absicht hatten, einen begrenzten, „humanen“ Krieg miteinander zu führen. Des weiteren durfte unterstellt werden, daß die Beteiligten die Gültigkeit der internationalen Vereinbarungen und Normen des Kriegsrechts auch für sich als verbindlich anerkannten. Insofern Fragen des Kriegsverbrechens aufgeworfen wurden, handelte es sich um Handlungen, die gegen die von allen Seiten anerkannten Regeln und Normen des Kriegsrechts begangen worden waren.

Inzwischen ist die Lage grundlegend verändert. Die sogenannten kriegführenden Mächte wollen von vornherein keinen Krieg im klassischen Sinne miteinander führen. Die im Frieden bereits vertretene Konzeption des strategischen Massenmords stellt eine Absage an den Krieg selbst dar. Man will das Massaker unter dem Vorwand und mit dem vollen Anspruch einer sogenannten kriegführenden Partei begehen. Solchen Fall hatte das bisherige Völkerrecht nicht vorgesehen. Es konnte ihn auch nicht voraussehen, da die Anerkennung des klassischen Kombattantenkrieges die selbstverständliche Grundlage jeder völkerrechtlichen Hegung des Krieges und damit auch Grundlage jeder Beurteilung der gegen die Regeln verstoßenden Handlungen bzw. Parteien war.

Mit der Kriegsverbrechensfrage ist das Völkerrecht heute in seine Bestandsprobe geraten. Im Zeitalter organisierten Massenmords ist die Anwendung der Kriegsverbrechensbegriffe auf den Fall des gewollt-perversen Nicht-Krieges der Modellfall für jede weitere Gültigkeit eines Völkerrechts. Glaubt man, mit der Nürnberger Rechtsprechung dieser Erkenntnis Rechnung getragen zu haben, so ist man im Irrtum. Nürnberg ließ die Tatsache außer acht, daß das Problem nach allen Seiten gesehen werden muß. Die Strategie des Massenmords ist Kriegsverbrechen aller sogenannten Kriegführenden von heute, sie hat die Form des gehegten und humanen Krieges absorbiert. Ein unabhängiges Gericht hätte am Ende des Zweiten Weltkrieges bereits dieser Tatsache Rechnung tragen müssen, wenn man schon die Barbarei des totalen Krieges vor die Schranken eines Weltgerichts ziehen und sich gegenseitig keine Generalamnestie erteilen wollte. Indem Londoner Statut und Nürnberger Tribunal den Zusammenhang von moderner Kriegführung und Kriegsverbrechen leugneten, wurde die Frage nach Kriegsverbrechen objektiv falsch gestellt und objektiv falsch beantwortet.

Die Geschichte hat noch am Tage der Unterzeichnung des Londoner Statuts einen feierlichen Protest gegen das atomare Kriegsverbrechen derjenigen zu verzeichnen, die die Londoner Ergebnisse in Nürnberg einseitig handhabten. Die japanische Regierung ließ am 8. August 1945, da die Unterzeichner-Staaten in London gerade ihre Unterschrift unter das Dokument zur Begehung der Rechtschändung von Nürnberg setzen ließen, über den japanischen Rundfunk er-



klären: Es sei die Auffassung der offiziellen Kreise Japans, „daß die Verwendung der Atombombe eine Verletzung des Völkerrechts darstellt“. In dieser Erklärung wurde auf Art. 22 der Haager Konvention verwiesen, der Angriffe gegen offene Städte verbietet.

Im Augenblick der Auflösung des klassischen und humanen Kriegsbegriffes wurde das Völkerrecht durch den geschichtlichen Protest des ersten Opfers im Atomzeitalter in seiner Substanz gerettet. Während die totalitären Sieger das Recht in eine Blanco-Vollmacht für sich selbst umfälschten, hat die Stimme des japanischen Volkes den Maßstab für Recht und Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit behauptet und feierlich den Anspruch der Menschheit auf unbestrittene Geltung des internationalen Sittengesetzes auch im Zeitalter strategischen Massenmords aufrechterhalten.

### Volksmord als kollektive Massenvernichtung

Im Genozide-Abkommen von 1950 hat die UNO den Tatbestand des Volksmords in einer von der Kriegsverbrechensfrage isolierten Form neu aufgegriffen und zum Gegenstand einer besonderen internationalen Vereinbarung gemacht. Zwar war Massenmord an Zivilisten bereits durch den generellen Straftatbestand des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ nach Art. 6 des Londoner Statuts zum Kriegsverbrechen erklärt worden. Auch nach dem Kriegerecht galt Massenmord an Zivilisten eindeutig als Kriegsverbrechen. Nunmehr wurde der Volksmord (genocidium) in Krieg und Frieden zum Völkerrechtsverbrechen erklärt. Man wollte an Stelle des zusammengebrochenen Systems des Minderheitenschutzes der Genfer Liga einen elementaren Schutz für nationale Minderheiten schaffen, da der Zweite Weltkrieg zur nationalen Ausrottung ganzer Volksgruppen geführt hatte.

Das Abkommen will die physische Existenz des Einzelnen und sozialer Gesamtheiten in Form eines ausdrücklichen Ausrottungsverbots völkerrechtlich sichern. Die UNO-Vollversammlung hatte am 9. Dezember 1948 den Mitgliedsstaaten die Ratifikation eines „Entwurfes über das Verbrechen des Volksmords“ vorgeschlagen. Laut Präambel und Art. 1 des Abkommens ist Volksmord zum Völkerrechtsverbrechen erklärt. Art. 2 definiert den Volksmord als „Handlung, begangen in der Absicht, völlig oder teilweise eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche zu vernichten, indem ihre Mitglieder getötet oder ihnen ernsthafter körperlicher Schaden zugefügt wird oder dadurch, daß der Gruppe Lebensbedingungen auferlegt werden, die absichtlich darauf berechnet sind, ihre physische Zerstörung als Ganzes oder teilweise herbeizuführen“.

Nach Art. 3 des Abkommens wird unter Strafe gestellt: „Volksmord, Verschwörung zum Volksmord, direkte oder öffentliche Aufreizung zum Volksmord, Versuch des Volksmords, Teilnahme am Volksmord.“ Nach Art. 4 werden bestraft: „Alle Täter, unabhängig davon, ob sie verantwortliche Herrscher, öffentliche Beamte oder private Bürger sind. Bestraft soll werden entweder durch ein zuständiges Gericht des Staates, auf dessen Gebiet die Tat begangen wurde, oder durch einen internationalen Gerichtshof, der zur Zeit noch nicht existiert.“

Über ein Verbot der Ausrottung nationaler Minderheiten hinaus zielt das Genozide-Abkommen auf den Tatbestand kollektiver Massenvernichtung, insofern als der Fall der Ausrottung einer nationalen Minderheit nur eine der Mög-

lichkeiten des Massenmordes an Menschen, Gruppen und Völkern darstellt. Das Abkommen will die physische Existenz des Menschen völkerrechtlich unter Schutz stellen. Man hielt einen solchen Schutz offenbar für notwendig und man tat gut daran. Die Mächte, die den totalen Krieg vorbereiten, gefährden das Recht auf physische Existenz schlechthin. Nach der Absage dieser Mächte an jedes Kriegsrecht ist es zur Einbeziehung aller Nichtkombattanten in das Massaker gekommen. Der Mensch steht vor der Aufgabe des elementarsten Selbstschutzes. Das Genozide-Abkommen bietet ihm völkerrechtlich die Grundlage seiner individuellen und nationalen Notwehr gegen den Massenmord.

### Die Krise der Jurisprudenz

Der Rechtspositivismus leugnet die praktische Bedeutung des Genozide-Abkommens. Er geht davon aus, daß die Regierungen selbst den Befehl zum Begehen der Verbrechen erteilen und sich dabei Generalabsolution gewähren. Das Abkommen sei wirkungslos, „da diese Delikte nur von einem internationalen Gerichtshof oder einer siegreichen Macht wirksam verfolgt werden können“. Einerseits wird auf das „Strafrecht der zivilisierten Nationen“ verwiesen, das solche Handlungen längst unter Strafe stelle, andererseits wird vor der Macht des Faktischen kapituliert. Indessen stellt das „Strafrecht der zivilisierten Nationen“ das gemeine Verbrechen eines Massenmords im Falle eines totalen Krieges eben nicht mehr unter Strafe. Umgekehrt ist es gerade angesichts der nach Mündigkeit verlangenden Völker Aufgabe der internationalen Politik, ein System wirksamen Schutzes gegenüber Volksmord und Ausrottung zu entwickeln.

Die Fakten einer Zeit, die den Massenmord zur Norm eines als Krieg mißverstandenen Massakers erklärt, besitzen keine normative Kraft, wie sie uns auch nicht zur Kapitulation vor der Bedrohung der menschlichen Existenz verleiten dürfen. Die Wissenschaft steht vor der Wahl, den zur „Legalisierung“ des Massenmord-Verbrechens führenden Rechtspositivismus zu überwinden oder zum Instrument der Barbarei abzugleiten, womit der Legalitätsbegriff selbst kriminalisiert würde. Der totale Krieg macht weder Halt vor Minderheiten, noch vor anderen Gruppen oder Völkern. Er schreitet zur Vernichtung aller fort. Mag die Jurisprudenz auch kapitulieren. Die Völker haben die Pflicht, Planer und Vollstrecker des Massenmords unter öffentliche Anklage zu stellen wegen der Verletzung des internationalen Sittengesetzes, des Kriegsrechts, des Völkerrechts und der Bedrohung und Vernichtung alles menschlichen Daseins.

Bisher hat erst die Hälfte der UNO-Mitgliedstaaten das Genozide-Abkommen ratifiziert. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien haben die Ratifizierung bis heute verweigert. Der amerikanische Senat verhinderte die Ratifikation mit der Begründung, die Konvention greife „in die inneren amerikanischen Angelegenheiten ein“. Wenn damit der Standpunkt vertreten wird, daß Volks- und Massenmord jedem Staat als innere Angelegenheit vorbehalten bleiben müsse, geht die Menschheit in der Tat herrlichen Zeiten entgegen.



## Grundgesetz und Kriegsverbrechen

Die Überführung des Krieges in das offene Massaker (genocid) zwingt zur Überprüfung der Rechtslage des Staatsbürgers gegenüber einem möglichen vom Staate und seinen Organen befohlenen Kriegsverbrechen. Als Verfassungsnormen, welche diese Fragen klären, sind mehrere Artikel des Grundgesetzes anzusehen. Nachdem die Präambel des Grundgesetzes aussagt, daß das deutsche Volk „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ beschlossen hat, sich diese Verfassung zu geben, bestimmt Art. 1 Abs. 1 dieser Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Art. 1 Abs. 2: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Art. 1 Abs. 3: „Die nachfolgenden Grundrechte (Anm. der Red.: bis einschließlich Art 19) binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“.

Art. 25 bestimmt: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteile des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Art. 26 Abs. 1: „Handlungen, die geeignet sind und die in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Art. 2 Abs. 2 bestimmt: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.“

Art. 4 Abs. 1: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Art. 4 Abs. 3: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Gesetz.“

Art. 5 Abs. 1 bestimmt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten... Eine Zensur findet nicht statt.“ Art. 5 Abs. 2: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze... und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

Art. 19 Abs. 2 bestimmt: „In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“ Art. 19 Abs. 4:

„Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.“

Im Folgenden wenden wir die hier angeführten Normen auf den Fall der Planung, Vorbereitung und Vollstreckung strategischen Massenmords an.

### Völkerrecht als Bundesrecht

Art. 25 erklärt die allgemeinen Regeln des Völkerrechts als Bestandteil des Bundesverfassungsrechts. Zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehört die Anerkennung des internationalen Sittengesetzes, der Menschenrechte sowie der Grundbegriffe und Normen des Strafrechts aller zivilisierten Nationen (siehe auch Präambel der Haager Landkriegsordnung). Zu den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gehört vor allem auch die Vorstellung und der Begriff des in humanen und sittlichen Grenzen geführten und auf die Auseinandersetzung zwischen bewaffneten Streitkräften beschränkten „echten“ Krieges. Der unter Aufhebung der Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten geführte totale Krieg widerspricht den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts. Er widerspricht daher auch nach Art. 25 der Bundesverfassung. Daraus folgt, für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung, die Rechtspflicht zur Führung eines nur in sittlichen und humanen Grenzen gehaltenen Krieges. Kann ein solcher Krieg im Zeitalter des strategischen Massenmords und der kollektiven Bestandsvernichtung der Völker nicht mehr geführt werden, so entfällt damit das Recht zur Führung eines Krieges überhaupt.

Nach Art. 25 Satz 2 gehen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts den staatlichen Gesetzen vor. Sie können daher auch nicht durch andere Normen der Verfassung, auf die man sich etwa beruft, von ihrer unmittelbaren Geltung für den einzelnen Staatsbürger ausgeschlossen werden. Die Verfassung erlaubt nur eine einheitliche Interpretation. Auch eine Änderung des Art. 25 könnte den Vorrang der völkerrechtlichen Regeln gegenüber bestehenden bundesstaatlichen Gesetzen nicht beseitigen. Jede solche Änderung würde die Verfassung in ihrem Grunde aufheben, da Art. 25 (allgemeine Völkerrechtsregeln) in Verbindung mit Art. 1 Abs. 2 (Anerkennung der Menschenrechte) sowie in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2 (Unantastbarkeit der Grundrechte in ihrem Wesensgehalt) den sitt-

lichen Grundgehalt der Verfassung bestimmt.

Art. 25 begründet das Recht und die Pflicht des Staates wie des Staatsbürgers zur Nichtbegehung von Kriegsverbrechen. D. h. es besteht kein staatliches Recht zur Begehung von Kriegsverbrechen ebenso wie der Staat dem Staatsbürger keine Pflicht zur Befolgung von Befehlen auferlegen kann, welche direkt oder indirekt die Planung, Vorbereitung und Vollstreckung von Kriegsverbrechen im Sinne der übereinstimmenden Strafrechtsnormen aller zivilisierten Nationen und ihrer Rechtsformen von Täterschaft und Teilnahme zum Gegenstand haben.

### Schutz der Grundrechte

Nach Art. 19 Abs. 4 steht jedem Staatsbürger der Rechtsweg und, soweit keine andere Zuständigkeit begründet ist, der ordentliche Rechtsweg offen, wenn „jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird.“ Dieses Verfassungsgrundrecht des Staatsbürgers darf nach Art. 19 Abs. 2 „in keinem Falle ... in seinem Wesensgehalt angetastet werden“, d. h. also auch nicht durch allgemeine Bundesgesetze. Dieses grundlegende Recht des Staatsbürgers ist doppelt gesichert durch Art. 1 Abs. 3, der generell bestimmt, daß die Grundrechte (bis Art. 19 einschl.) „Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht binden“.

Art. 19 Abs. 4 gibt jedem Staatsbürger den Rechtsweg frei, wenn er sich durch die öffentliche Gewalt in diesen seinen geschützten Rechten verletzt fühlt. Darunter fallen nicht nur Verletzungen seiner Grundrechte aus Art. 1 bis 19, sondern alle Fälle einer Verletzung der durch die Verfassung geschützten Rechte des Staatsbürgers durch die öffentliche Gewalt. Mithin auch eine Verletzung derjenigen Rechte, die dem Staatsbürger nach Art. 25 Satz 1 und 2 zustehen. Die Geltendmachung der hier „unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes erzeugten Rechte und Pflichten“, welche sich aus der verfassungsmäßigen Integration der allgemeinen Völkerrechtsregeln mit absolutem Vorrang vor allen übrigen Bundesgesetzen ergeben, ist ebenfalls durch Art. 19 Abs. 4 als in seinem Kern unabsetzbares und unbeschränkbares Grundrecht des Staatsbürgers garantiert. (Art. 25/Art. 1 Abs. 1, 2, 3).

Aus all dem folgt: völkerrechtswidrige Gesetze und Befehle des Staates und seiner Organe sind verfassungswidrig. Sie sind für den Einzelnen ohne rechtliche Verbindlichkeit und daher als illegale und in sich nich-

tige Akte der öffentlichen Gewalt anzusehen. Der Staatsbürger hat nach Art. 25 nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, völkerrechtswidrige Bundesbefehle zu verweigern. Der Gehorsam gegenüber den mit Vorrang anerkannten allgemeinen Regeln des Völkerrechts geht nach Art. 25 dem Gehorsam gegenüber dem Bundesgesetzgeber vor. In der Geltendmachung und Verteidigung dieser Rechte und Pflichten kann sich der Staatsbürger unmittelbar auf Grund der Verfassung auf diese allgemeinen Völkerrechtsregeln berufen. Ihm stehen darin Art. 19 Abs. 2 und 4 in vollem Umfang zur Seite.

### Recht auf physische Existenz, Würde und Menschenrechte

Art. 2 Abs. 2 Satz 1 gewährt dem Staatsbürger das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dieses Grundrecht darf in seinem Kern ebenfalls nach Art. 19 Abs. 2 nicht angetastet werden. Zwar darf der Staat nach Art. 2 Abs. 2 Satz 3 auch in dieses Grundrecht auf Grund eines Gesetzes eingreifen, etwa durch die Normen des Strafgesetzes. Aber auch diese Normen dürfen wiederum dem Sinn und Wortlaut der Verfassung selbst nicht widersprechen. Staatlicher Befehl zur aktiven Teilnahme am Massenfremdmord bzw. zur passiven Hinnahme wechselseitigen Massenselbstmords ist nicht als ein erlaubter Eingriff des Staates nach Art. 2 Abs. 2 Satz 3 „auf Grund eines Gesetzes“ in das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit anzusehen.

Nach Art. 1 Abs. 1 ist die Würde des Menschen unantastbar. „Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ ist es, die Menschenwürde „zu achten und zu schützen“. Strategie des Massenmords verletzt sowohl das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wie auf Achtung und Schutz der Menschenwürde durch die staatliche Gewalt. Die Menschenwürde des Soldaten würde im Falle des strategischen Massenmords verletzt, indem der Staat dem Soldaten unmittelbar oder mittelbar die Rolle des Massenvernichters zumutet. Das Volk in seiner Gesamtheit, das zur Führung eines totalen Massenvernichtungskrieges gezwungen wird, wird in seiner Menschenwürde verletzt.

Es könnte dahingestellt bleiben, ob nach Art. 1 Abs. 1 eine Verletzung der Menschenwürde (Soldaten wie Zivilisten) nur im Hinblick auf die Menschenwürde der eigenen Staatsbürger oder auch auf die Menschenwürde schlechthin, mithin auch diejenige des Feindes gemeint ist. Nach Art. 1



Abs. 2 (Bekennnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft) muß man aber zu der Auffassung gelangen, daß die Verfassung die Menschenwürde schlechthin schützen will. In diesem Falle verletzt sogar befohlener Massenmord des Staates an einem Gegner die Menschenwürde des eigenen Volkes. Eine unmittelbare Verletzung der Menschenwürde des Staatsbürgers ist daher gegeben a) durch die Zumutung aktiven Vollzuges oder Mitvollzuges von Massenfremdmord und b) durch die Zumutung passiver Hinnahme des wechselseitigen Massenselbstmordes. Mittelbare Verletzung der Menschenwürde des Volkes ist in jedem Falle gegeben, da auch der Massenfremdmord mit der Würde eines Volkes nicht vereinbar ist.

Art. 1 ist in dem Sinne auszulegen, daß der Staat die Pflicht hat zum Nichtantasten der Menschenwürde der Angehörigen auch der anderen Völker, also auch des Gegners im Kriege, durch Einhaltung der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts. Die Verpflichtung des Staates zur Beachtung des internationalen Sittengesetzes nach Art. 25 schließt notwendig die Beachtung der Unterscheidung von Kombattanten (Soldaten) und Nichtkombattanten (Zivilisten) ein. Zwingt der Staat seinen Bürgern menschenunwürdige Handlungen auf, die gegen das internationale Sittengesetz verstoßen, so verstößt der Staat selbst gegen die Menschenwürde gemäß Art. 25 Abs. 1. Glaubt der Staat im Zeitalter der strategischen Massenvernichtung auf eine inhumane und barbarische Kriegführung im Sinne der kollektiven Bestandsvernichtung und damit auf die Verletzung der Menschenwürde nicht verzichten zu können, so folgt aus Art. 1, in Verbindung mit Art. 25, daß der Staat zum Widersacher seiner eigenen Verfassung wird und sich selbst unter Anklage stellt. M. a. W.: Durch den totalen Krieg hebt der Staat die sittliche Substanz seiner eigenen Verfassung auf.

#### **Das Grundrecht der sittlichen Entscheidungsfreiheit**

Nach Art. 4 Abs. 1 ist „die Freiheit... des Gewissens... unverletzlich“. Auch dieses Grundrecht darf „in seinem Wesensgehalt“ nach Art. 19 Abs. 2 durch kein Bundesgesetz angetastet werden. Jeder Angriff auf die Substanz dieses Grundrechtes ist ein Angriff auf die Verfassung selbst und damit verfassungswidrig. Daraus folgt, daß Art. 4 Abs. 1 auch Umfang und Inhalt des Art. 4

Abs. 3 (Kriegsdienstverweigerung) bestimmt.

Nach dem Wortlaut von Art. 4 Abs. 1 ist die Freiheit der Oberbegriff für alle Formen, Äußerungen und Motive der als unverletzlich erklärten sittlichen und geistigen Grundhaltungen des Staatsbürgers. Es ist ausdrücklich die Rede von der Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Der Wortlaut bestimmt, daß alle diese Formen geistiger und sittlicher Entscheidung des Staatsbürgers frei sein sollen und zwar sans condition, bedingungslos. Damit erkennt die Verfassung den sittlichen Freiheitsbegriff als oberste Instanz für die Bestimmung aller Gewissensentscheidungen an.

Art. 4 ist primär eine Bestimmung zugunsten der sittlichen und geistigen Freiheit. Der Staat will nicht nur das Gewissen als oberste sittliche Instanz anerkennen, sondern er betont die Freiheit des Gewissens. Er will damit jede Beschränkung der sittlichen Freiheit ausschließen. Andernfalls hätte es genügt, im Wortlaut nur das Gewissen als solches zu erwähnen. Obwohl auch eine solche Definition nur im Sinne einer Anerkennung des „freien“ Gewissens auszulegen wäre, ist doch bedeutsam, daß der Gesetzgeber zu einer Tautologie (Freiheit und Gewissen) greift, um damit die Unbedingtheit zu kennzeichnen, mit der er dieses fundamentale sittliche Grundrecht des Staatsbürgers anerkennen und garantieren will. Der Begriff Freiheit des Gewissens enthält eine Tautologie. Ein unfreies, geknebeltes Gewissen ist keine sittliche Instanz. Das Wesen des Gewissens besteht gerade in der Freiheit. Wer sie nicht als oberste Instanz im Staate anerkennt, will sie durch eine andere Instanz ersetzen, etwa durch eine Autorität, die die Gewissensfrage der Einzelnen an sich zieht und damit das Gewissen selbst als sittliche Instanz zerstört. Eine solche Auffassung des Gewissens würde der Menschenwürde (Art. 1) widersprechen und darf dem Verfassungsgesetzgeber nicht unterstellt werden. Das Gewissen ist frei. Dies ist der „Wesensgehalt“ des Art. 4 Abs. 1, der nach Art. 19 Abs. 2 nicht „angetastet“ werden darf und zu dessen Schutz dem Staatsbürger Art. 19 Abs. 4 zur Seite steht.

Es besteht kein Nachprüfungsrecht des Staates über die freie Gewissensentscheidung seiner Staatsbürger. Vielmehr hat der Staat den gewissensmäßigen Vollzug der sittlichen Entscheidungsfreiheit seiner Bürger zu garantieren und zu schützen. Dabei bleibt dem

Einzelnen überlassen, über Inhalt und Form dieser Entscheidung selbst zu bestimmen. Nach Art. 4 Abs. 1 kann er diese sowohl glaubensmäßig-religiös wie weltanschaulich-ethisch vollziehen.

### Verbot des staatlichen Gewissenszwanges

Art. 4 Abs. 1 bestimmt den verfassungsrechtlichen Geltungsbereich von Art. 4 Abs. 3. Darin heißt es: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Die Verfassung enthält kein positives Bekenntnis zum Kriegsdienst. Sie nimmt nur in der negativen Form des Gewissensschutzes im Falle von Kriegsdienstverweigerung zu der Frage Stellung. Es heißt nicht: Jeder Staatsbürger kann zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen bzw. aufgefordert werden, es sei denn er verweigere den Kriegsdienst aus Gewissensgründen. In solchem Falle wäre die Kriegsdienstverweigerung ein Akt ausdrücklicher Exemption (Ausnahme) der Gewissensbedrängten von einer allgemein durch die Verfassung zugrundegelegten Kriegsdienstpflcht. Es läge dann ein Ausnahmerecht vor, dem die Regel der allgemeinen Kriegsdienstpflcht aller Staatsbürger gegenüberstünde. In dieser Weise hat die Verfassung weder die Frage der Kriegsdienstpflcht noch diejenige der Kriegsdienstverweigerung regeln wollen.

Ausdrücklich geht die Verfassung nicht von der Annahme einer allgemeinen Wehrpflicht aus, sondern nimmt zum Wehrproblem überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt des Schutzes eines Grundrechtes auf Kriegsdienstverweigerung Stellung. Der Verfassungsgesetzgeber gebraucht in diesem Zusammenhang sogar offen den Begriff des Gewissenszwanges: „Niemand darf gegen sein Gewissen... gezwungen werden“. Nicht in einem objektiv neutralen Sinne ist von Aufforderung oder sogar von Befehl, sondern ausdrücklich von Zwang und „gegen das Gewissen“ die Rede. Die Verfassung sieht Kriegsdienst gegen das Gewissen selbst in moralischer Mißbilligung als Zwang an. Sie gibt damit ein ausdrücklich negatives Urteil über den Gewissenszwang ab, und dieses Werturteil steht in einem Artikel, der die Freiheit des Gewissens zur Grundlage der ganzen Verfassung erklärt. Die Verfassung erlaubt daher nicht nur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, sondern billigt diese ausdrücklich und mißbilligt zugleich jeden Versuch, solchen Zwang auszuüben. Die Verfassung erteilt den Befehl an jede öffentliche Gewalt, nicht nur solchen Gewissenszwang zu

unterlassen, sondern rechtfertigt jeden Staatsbürger, der sich solchem Zwang auf Grund seines Gewissens widersetzt.

Verbot staatlichen Gewissenszwanges heißt für den Staat: Verbot jeder Nötigung des Staatsbürgers, gegen sein Gewissen zu handeln. Gemeint ist der negative Gewissenszwang des Staates gegen den Staatsbürger (und nicht etwa der positive Gewissenszwang des Staatsbürgers gegen den Staat). Art. 4 Abs. 3 Satz 2, besagt: „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“. Jedes Bundesgesetz, das die Frage der Kriegsdienstverweigerung regelt, darf daher nur das „Nähere“ der ausdrücklichen Verdammung jeden Gewissenszwanges nach Art. 4 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Art. 25 und Art. 1 regeln. Das „Nähere“ bezieht das Nächste, das heißt den Wortlaut des Artikels der Gewissensfreiheit und sonst nichts. Das Nähere der Kriegsdienstverweigerung kann sich nicht beziehen auf eine in der Verfassung selbst nicht anerkannte allgemeine Wehrpflicht oder einen Kriegsdienst, demgegenüber die Kriegsdienstverweigerung dann als Ausnahmerecht erscheinen könnte. Jede solche Unterstellung widerspricht dem ausdrücklichen Zusatz, daß das vorgesehene Bundesgesetz, welches die Kriegsdienstverweigerung des näheren regeln soll, nur das Nähere des Artikels 4 Abs. 3 Satz 1 selbst regeln soll. Ein solches Bundesgesetz darf daher nichts anderes regeln, vor allem den Gewissensschutz des Kriegsdienstverweigerers in keinem anderen Sinne festlegen, als im Sinne des Art. 4 Abs. 3 unzweideutig zum Ausdruck kommt. Außerdem setzt Art. 19 Abs. 2 eine absolute Schranke für jeden Versuch einer Antastung des Kriegsdienstverweigerungsrechtes in seinem „Wesensgehalt“. „In keinem Falle“ darf die verfassungsmäßige Garantie der Kriegsdienstverweigerung in Frage gestellt werden. Auch kein verfassungsänderndes Gesetz könnte sie beseitigen, ohne die Verfassung selbst in ihrem Kern aufzuheben. Jedem Staatsbürger, der sich durch eine dem Art. 19 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 und 1 widersprechende Regelung der Kriegsdienstverweigerung „durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt“ fühlt, steht Art. 19 Abs. 4 zur Seite.

### „Kriegsdienst mit der Waffe“

Darüberhinaus wirft das Problem der Kriegsdienstverweigerung im Zeitalter strategischen Massenmords eine rechtliche Problematik auf, auf die bei der Erörterung dieser Frage bisher noch kaum hingewiesen ist. Art. 4 Abs. 3 spricht ausdrücklich und



unmißverständlich von der Verweigerung des „Kriegsdienstes“. In einem anderen Zusammenhang ist in Art. 26 Abs. 2 die Rede von „zur Kriegführung bestimmten Waffen“. In beiden Fällen wird auf einen Kriegsbegriff bezug genommen. Nach der Überführung des Krieges in das offene Massaker der Bestandsvernichtung kann dem Verfassungsgesetzgeber keine Definition von Kriegsdienst und Kriegführung in der Verfassung sowie die weitere Definition der Waffe ohne eindeutige völkerrechtliche Klärung der Tatbestände unterstellt werden. Der Begriff des Kriegsdienstes mit der Waffe ist nicht in einem voraussetzungslosen, faktischen, außerrechtlichen und außermoralischen Sinne als Bezeichnung für jeden Tatbestand äußerer Gewaltanwendung eines Staates gegen andere Staaten anzusehen. Die Verfassung hat alle von ihr verfaßten Tatbestände in einem rechtlichen und nicht nur faktischen Sinne geregelt. Alle Verfassungsartikel sind echte normative Tatbestände. Die Anführung der Menschenrechte sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts beweist, daß der Verfassungsgesetzgeber sittliche und rechtliche Prinzipien, Vorstellungen und Normen zur Grundlage jeder Interpretation seiner normativen Regelungen machen wollte und gemacht hat.

Jede Auslegung dessen, was unter Kriegsdienst mit der Waffe zu verstehen ist, muß daher im Sinne eines „Kriegsdienstes mit Kriegswaffen“ erfolgen. Eine Definition dessen, was hier unter Krieg und Waffen verstanden wird, kann nur unter Berücksichtigung von Art. 25 erfolgen, der die allgemeinen Regeln des Völkerrechts und damit auch den Rechtsbegriff des gehegten Krieges zum unmittelbaren Bestandteil des Bundesverfassungsrechts erklärt.

Im Zeitalter der totalen Strategie ist der Begriff der Kriegswaffe in Frage gestellt. Der totale Wandel des Krieges hat zu einer ebenso totalen Wandlung des Begriffes der Waffe geführt. Umgekehrt hat die totale Auflösung des Begriffes der Kriegswaffe erst die Auflösung des Kriegsbegriffes herbeigeführt. Die Kriminalisierung des Krieges zum offenen Massenmord hat sich parallel vollzogen mit der Kriminalisierung der Kriegswaffe zum kollektiven Vernichtungsmittel.

Kollektive Vernichtungsmittel sind keine Waffen im kriegsrechtlichen Sinne. Ebenso ist der Gesamtvorgang des kriminalisierten Krieges kein Tatbestand eines Krieges im völkerrechtlichen Sinne mehr. Kollektive Vernichtungsmittel sind Instrumente gemeinen Massenmords. Der kriminalisierte Krieg

ist offenes Massaker. Artikel 25 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 2 bezieht diese unerhörte neue Rechtslage in vollem Umfang und voller Auswirkung in den rechtlichen Geltungsbereich ein. Damit wird das Kriegsverbrechensproblem unmittelbar zu einem Verfassungsproblem für den Staat wie für jeden Einzelnen im Staate.

Als Kriegsdienst mit der Waffe kann nur gelten „Dienst an und in einem Kriege“. Verweigerung von Kriegsdienst mit der Waffe nach Art. 4 Abs. 3 im Falle des totalen Massakers ist daher im strengen juristischen Sinne gar nicht mehr möglich. Da mit dem modernen Massaker kein Fall des Krieges im rechtlichen Sinne vorliegt, kann auch nicht von einer Verweigerung des Dienstes an einem Kriege mit Waffen die Rede sein. Insofern als nur noch der Tatbestand des kriminalisierten Krieges, d. i. des Massenmord-Verbrechens vorliegt, kann Dienst bzw. Dienstverweigerung gegenüber einem solchen Tatbestand nur als Teilnahme an einem Verbrechen oder Verweigerung eines Verbrechens betrachtet werden.

Auch eine Teilnahme mit sogenannten herkömmlichen oder „klassischen“ Waffen am Vollzug eines totalitären Gesamtverbrechens wird zur Teilnahme an einem einheitlichen Verbrechenstatbestand. Der Tatbestand echter Kriegsdienstverweigerung liegt mithin gar nicht vor, wenn der Staatsbürger die Teilnahme an der Begehung eines strategischen Gesamtverbrechens verweigert. Kriegsdienst im Sinne der Verfassung ist Dienst an einem echten Krieg, d. h. an einem nach Art. 25 und Art. 1 nur zwischen bewaffneten Streitkräften geführten Krieg. Die Verfassung selbst hat die Form eines solchen Dienstes — Dienstverpflichtung oder freie Dienstinahme — nicht geregelt. Aber sogar in ihrer negativen Behandlung des Kriegsdienstproblems in Gestalt der Festlegung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung legt sie sich fest auf einen ausschließlich zwischen bewaffneten Streitkräften geführten Krieg im herkömmlichen Sinne.

Im Falle von Kriegsdienstverweigerung erhebt sich demnach zunächst die Frage, ob ein Krieg im Sinne des Grundgesetzes vorliegt oder nicht. Falls der Staat dem Einzelnen eine allgemeine Kriegsdienstpflicht auferlegen will, obliegt ihm die Beweispflicht in Bezug auf das Vorliegen eines echten Kriegs-Tatbestandes. Der Staat hat die Beweispflicht für die Gewissensmäßigkeit einer von ihm in Anspruch genommenen Kriegsdienstverpflichtung der Staatsbürger, soweit eine objektive Klärung der Gewissensfrage durch den Staat nach Art. 4

Abs. 1 überhaupt möglich ist. In jedem Falle ist es möglich, öffentlich festzustellen, zu beweisen und von jedermann zu überprüfen, ob Planung und Vollstreckung dessen, wofür der Dienst des Staatsbürgers in Anspruch genommen werden soll, dem Krieg im Rechtssinne entspricht. Im Falle des strategischen Massenmords — wie er heute einzig und unwiderleglich zur Diskussion steht — ist dies von vornherein ausgeschlossen.

Art. 4 Abs. 3 gewährt dem Einzelnen Rechtsschutz im Falle der Verweigerung von Kriegsdienst, d. h. unter Vorliegen des echten Kriegstatbestandes. Im Zeitalter strategischen Massenmords verpflichtet er darüberhinaus den Staat, das Vorliegen eines echten Krieges darzulegen, zu sichern und damit die objektive Gewissensmäßigkeit seiner Aufforderung zum Kriegsdienst darzutun. Es besteht keine verfassungsrechtlich begründete Vermutung, daß Entscheidungen des Staates in diesen militärischen wie in anderen Fragen rechtens sind, so daß dem Staatsbürger die Beweislast zufiele, die Rechts- und Sittenwidrigkeit staatlicher Maßnahmen zu beweisen. Dem widerspricht nicht, daß der Staatsbürger die Gewissensgründe seiner Verweigerung gegenüber einer von ihm, dem Staatsbürger als rechts- und sittenwidrig erkannten Dienstforderung darzulegen hat. Es verbleibt dem Staatsbürger in jedem Falle grundsätzlich das Recht der souveränen Gewissensentscheidung und der Verweigerung von Kriegsdienst oder Pseudo-Kriegsdienst laut Art. 4 Abs. 3 vorbehalten.

### Kriegsdienst und Kriegsverbrechen

Der Staat kann keine Dienstverpflichtung im Namen einer allgemeinen Kriegsdienstpflicht begründen, deren Rahmen er in einem außerrechtlichen und außermoralischen Sinne, ja sogar als Forderung zum offenen Dienst am Massenmord bestimmt. Dem Staat sind durch die Verfassung objektive Grenzen gesetzt, deren Einhaltung der Staatsbürger nach Artikel 19 Abs. 4 verlangen kann. Der Begriff der Dienstleistung setzt ein auf Recht und Sitte begründetes Verhältnis von Staat und Staatsbürgern voraus. Eine Dienstleistung in einem vom Staat geführten Krieg kann nicht außerhalb eines solchen Verhältnisses gedacht und vertreten werden.

Wenn der Staatsbürger den Kriegsdienst mit der Waffe bereits im Falle eines rechtlich und sittlich gehegten Krieges aus Gewissensgründen verweigern darf, so darf er ihn um so mehr verweigern, wenn der Tatbestand des „Kriegsdienstes mit der

Waffe“ rechtlich nicht einmal vorliegt wie im Falle des Massenmords und irgendeiner Form der Teilnahme des Einzelnen an einem solchen Verbrechen. Der Staat darf vom Staatsbürger gar keine Dienstleistung fordern, deren Erfüllung dem Sinn und Wortlaut der Verfassung widersprechen würde. Glaubt der Staat dennoch auf die Erfüllung objektiv verbrecherischer Dienstleistungen bestehen zu müssen, so hat der Staatsbürger nach Art. 25 in Verbindung mit Art. 1, Art. 2 und Art. 4 die Pflicht, solche „Dienstleistungen“ zu verweigern. Im weiteren muß festgehalten werden, daß jede Form der Teilnahme an kollektiver Massenvernichtung völkerrechts- und verfassungswidrig ist. Es handelt sich hier um den Tatbestand von Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen. Die integrale Teilnahme am einheitlichen Gesamtverbrechen des strategischen Massenmords ist nicht auf unmittelbare Dienstleistung an den kollektiven Vernichtungsmitteln begrenzt, etwa auf die Bedienung von Atomgeschützen, Atombombern usw. Sie beschränkt sich ebensowenig auf den Kreis derer, welche den Einsatz solcher Vernichtungsmittel im Einzelfall befehlen und militärisch und politisch verantworten zu können glauben. Im modernen totalitären Massaker liegt ein komplexer Verbrechenstatbestand vor, sobald die kollektiven Vernichtungsmittel mit eingeplant sind, d. h. wenn die Gesamtplanung des Massakers auch nur auf die Möglichkeit des Einsatzes solcher Mittel berechnet ist.

Bereits mit der Einplanung der Möglichkeit des Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln wird der Krieg als völkerrechtlicher Begriff aufgegeben. Der Krieg selbst tritt als Vorgang der Gewalt außerhalb des Völkerrechts und jeder Menschlichkeit. Selbstverständlich werden verschiedene Formen der Teilnahme auch in einem solchen Falle unterschieden. Indessen ist jeder für das Maß seiner Anteilnahme und Schuld persönlich verantwortlich. Eine Exkulpation (Schuldausschließung) kann nicht erfolgen, weil die Verfassung jedem Staatsbürger nach Art. 4 Abs. 3 den bedingungslosen Gewissensschutz einer Verweigerung des Kriegsdienstes gewährleistet und dies sowohl für den Fall einer „echten“ Kriegsdienstverweigerung wie um so mehr einer (implicite) mit eingeschlossenen Kriegsverbrechensverweigerung, zu der der Staatsbürger nach Art. 25 in Verbindung mit Art. 1 und Art. 2 unbedingt verpflichtet ist.

Die Kriegsverbrechensverweigerung ist ein Fall qualifizierter Kriegsdienstverweigerung. Im Zeitalter des strategischen Mas-



senmords ist sie die einzige Form, in der die Kriegsdienstverweigerung noch zur Debatte steht. Wenn man nach bisheriger Auffassung unterscheidet zwischen Verweigerung von Gewaltanwendung überhaupt (abstrakter Pazifismus) und Verweigerung von Gewaltanwendung unter bestimmten äußeren Bedingungen (etwa ABC-Krieg), so ist festzustellen, daß jede solche Unterscheidung im Zeitalter des strategischen Massenmords entfällt. Sie kann daher auch nicht die Grundlage einer Regelung des Kriegsdienstverweigerungsproblems sein.

Jede Forderung nach einem sogenannten situationslosen Gewissen bedeutet einen Totalangriff auf das Gewissen und die Freiheit der sittlichen Entscheidung nach Art. 4 Abs. 1. Das situationslose Gewissen wäre kein Gewissen mehr, sondern eine Perversion. Aus dem Ort der sittlichen Entscheidungsfreiheit würde der Tummelplatz nihilistischer Anwendungen. Gewissensfreiheit kann sich nur äußern in der Entscheidung über einen konkret vorliegenden Tatbestand (Situation).

Wenn der Krieg selbst zum Verbrechens-tatbestand (crime essential) wird, so muß jede Kriegsdienstverweigerung notwendig zum Akt der Verweigerung von Kriegsverbrechen werden. Selbst wenn die Verfassung keinen ausdrücklichen Gewissenschutz der Kriegsdienstverweigerer vorsähe, müßte das Recht zur Kriegsverbrechensverweigerung aus Art. 25/1/2 in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4 gefolgert werden. Jeder Krieg, der als strategischer Massenmord anzusehen ist und auf Grund einer allgemeinen Kriegsdienstpflicht geführt wird, wäre sowohl ein Verstoß gegen Wortlaut und Sinn der Verfassung wie eine Beseitigung ihrer Grundlagen. Damit würde der Staat seiner Qualität als Rechtsstaat und als Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft (Völkerrechtssubjektivität) verlustig gehen. Es läge mit ihm ein Staatsstreich gegen die freiheitliche und menschenwürdige Grundordnung des Staates selbst vor.

Keine Beschränkung des „Kriegsdienstverweigerungsrechtes“ durch ein allgemeines Bundesgesetz kann die verfassungsrechtliche Lage des Staatsbürgers ändern. Jeder Staatsbürger wäre berechtigt nach Art. 19 Abs. 4, die öffentliche Gewalt wegen Verletzung dieses Grundrechtes zu verklagen. Nach Art. 26 sind „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Der Ar-

tikel will jeden Akt der Friedensstörung verdammen, nicht nur den Angriffskrieg selbst. Insofern in der Planung und Vorbereitung kollektiver Bestandsvernichtung von Völkern unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kalten Krieges ein solcher Tatbestand verbotener Friedensstörung zu erblicken wäre, würde ebenfalls jedem Staatsbürger nach Art. 19 Abs. 4 der ordentliche Rechtsweg offen stehen. Er könnte sowohl klagen auf Feststellung, ob ein solcher Akt der Friedensstörung durch bestimmte, von ihm gekennzeichnete Tatbestände gegeben ist, wie auf Beseitigung solcher Friedensstörung durch den Staat.

### Teilnahme am Kalten Krieg verfassungswidrig

Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, daß bereits die Teilnahme an militärischen Paktsystemen, wie den Atomblöcken in Ost und West, den Frieden der Welt stört, weil die Strategie vorbedachten Massenmords sich bereits im Frieden — als dem sogenannten Kalten Krieg — als eine Terrorisierung, Lähmung und Zersetzung der friedliebenden Völker auswirkt. Verängstigung, Furchterweckung, Lähmung als Dauermethode politischer und militärischer Machtbehauptung in der Welt stört den Frieden und ist wesentlich auf Friedensstörung und Kriegsvorbereitung ausgerichtet. Die psychologische Kriegführung im Kalten Krieg ist der Inbegriff von Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Daher ist auch Teilnahme an der psychologischen Kriegführung im Kalten Krieg verfassungswidrig und nach Art. 26 „unter Strafe zu stellen“. Insofern Staatsbürger von derartiger Friedensstörung betroffen sind, stehen Ihnen die Rechte aus Art. 19 Abs. 4 zur Seite.

Insbesondere aber muß der Tatbestand von Art. 26 als gegeben angesehen werden, wenn Konzeptionen einer präventiven Strategie im Frieden vertreten werden. Politiker und Strategen die solche Konzeption öffentlich propagieren, müssen nach Art. 26 unter Anklage gestellt und bestraft werden. Unterläßt der Staat diese Pflicht, so ist der Staatsbürger berechtigt, den Staat auf Erfüllung dieser Pflicht zu verklagen, da er durch das Unterlassen des Staates in seinen Rechten nach Art. 1/Art. 2 und Art. 25 in Verbindung mit Art. 26 verletzt wird.

(Die Untersuchung wird fortgesetzt mit dem Thema: Militärgesetze und Kriegsverbrechen.)

## Vom Widersinn einer Grenze

Am Eisernen Vorhang in Niedersachsen

WERNER NEUMANN

Als die Rote Armee 1945 bis an die Elbe und bis unmittelbar vor Kassel, also tief in das Herz der abendländischen Kulturwelt vorstieß, da entstand der Eiserne Vorhang. Befestigte Straßensperren, zerstörte Brücken, demontierte Schienenstränge, quer durchgeteilte Dörfer, zerrissene Ackerfluren sind seine unmenschlichen Merkmale. Viele Ausländer, die diese Zonengrenze erlebten, haben erklärt, daß es in ganz Westeuropa keine derartig befestigte und bedrohliche Grenzziehung gibt wie hier mitten durch ein altes Kulturreich, um Menschen gleichen Blutes, gleicher Sprache und gleicher Herkunft voneinander zu trennen.

Der Eiserne Vorhang hat durch deutsches Gebiet eine Gesamtlänge von 1329 km. Davon ist etwa ein Drittel mit Stacheldraht befestigt, oft als unüberwindlicher Zaun oder an den Straßen mit spanischen Reitern versehen, auch mit Fußangeln und regelrechten Drahtverhauen. In 10 Meter Breite wird die Grenze ständig neu umgepflügt.

Insbesondere Niedersachsen, das mit 548 km Zonengrenze an dieser Abschnürung mit über 40% Gesamtlänge beteiligt ist, hat durch diesen Widersinn schwerwiegende Einbußen erlitten. Die Verkehrsadern sind abgeschnitten, die überwiegend durch den Mittelstand getragene Wirtschaft in Form von Kleinindustrien und Handwerksbetrieben mußte einschneidende Verluste hinnehmen.

### Mitten auf der Elbe

Von Lübeck bis zum Bayerischen Wald zieht sich diese bedrohliche Linie, beginnend an der Ostsee, quer durch den Ratzeburger See zur Elbe bei Lauenburg hinüberführend; die Mitte dieses großen Stromes, einer der Hauptlebensadern Deutschlands, ist die Grenze. Die Fischer und die Kahnschiffer können ein Lied von den häufig unvorhergesehenen Schikanen singen, denen sie durch die Volkspolizei ausgesetzt sind. Die Fähren über die Elbe sind seit Jahren außer Betrieb. Einstmals blühende kleine Elbhäfen wie Bleckede oder Hitzacker, Städtchen mit 4000 bis 6000 Einwohner, haben ihre Wirtschaftsquellen verloren. Verrostet sind die Hafenanlagen, die Kräne. Die kleinen Werften haben kaum noch Arbeitsmöglichkeiten. Auf der anderen Seite der Elbe werden jedoch mit Hochdruck Schiffe, sogar seegehende Küstenfahrzeuge gebaut.

In dieser Trostlosigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, gerade in den kleinen Elbe-Städten, ist die kulturelle Leistung der nun schon seit Jahren stattfindenden „sommerlichen Musiktage“ in Hitzacker ein leuchtendes Zeichen für den ungebrochenen Willen der Menschen hier, Freiheit und Würde zu behaupten.

Die Verkehrsverbindungen über die gewaltigen Elbe-Brücken sind abgerissen. Eisenbahn- und Straßenbrücken sind gesprengt, Polizeiiboote auf beiden Seiten sichern die Interessen des Verkehrs. Wo, wie im Kreise Lüchow/Dannen-



berg, der Eiserne Vorhang über die Elbe herüberspringt und weit ins flache Land und in die südliche Lüneburger Heide hineinreicht, da sind die Folgen dieses willkürlichen Gewaltaktes besonders empfindlich für die überwiegend auf dem Agrarsektor tätige Bevölkerung der kleinen Ackerbürgerstädte und Dörfer zu spüren.

Das Städtchen Bergen a. d. Dumme, durch das früher als Lebensader die Reichsstraße 71 verlief, ist in schwerste wirtschaftliche Not geraten. Von rund 1400 Einwohnern leben mehr als 400, also fast ein Drittel von kleinen Renten oder Unterhaltshilfe. Rund 220 Personen erhalten Wohlfahrts- oder Arbeitslosenunterstützung. So wie dieses Verhältnis geradezu erschreckend den Gegensatz der wirtschaftlichen Situation im Zonenrandgebiet gegenüber dem durch das sogenannte „deutsche Wunder“ gekennzeichneten Lebensstandard in den westlichen Gebieten der Bundesrepublik zeigt, ist es ein Maßstab für viele andere Gemeinden entlang des Eisernen Vorhangs.

### Quer durch die Dörfer

Im Kreis Gifhorn ist der östliche Rand dieses überwiegend agrarischen Gebietes durch 60 km Zonengrenze gekennzeichnet. Die Straßen zu den drüben liegenden, wirtschaftlich eng mit dem angrenzenden westlichen Gebiet verflochtenen Gemeinden sind zugewachsen, an der toten Zone aufgerissen und verdrahtet. Auf dem unmittelbar an der Zonengrenze liegenden Bahnhof des kleinen Dörfchens Hanum ist Volkspolizei stationiert. Die drüben noch verkehrenden Züge müssen hier umkehren, weil die Verbindung gewaltsam zerschnitten wurde. Die Vopos passen streng auf, daß keiner der wenigen Reisenden an der jetzigen Endstation etwa den auf westdeutschem Gebiet arbeitenden Bauern zuwinkt oder sich ihnen nähert. Wachtürme überschatten das Land. Die Vopostreifen sind neben ihren schweren Maschinenpistolen teilweise mit Funksprechgeräten und Hunden ausgerüstet. Ein Gespräch mit einem Vopo im Dienst ist so gut wie unmöglich. Wenn er, nachdem er sich zunächst scheu umgesehen hat, ob auch kein Kommissar in der Nähe ist, wirklich einmal zum Reden bereit ist, dann kann man schon nach wenigen Sätzen seine gegen „Kapitalismus“ und „Kriegstreiberregierung“ gerichtete, offensichtlich von ihm als Überzeugung angesehene Auffassung erkennen.

Besonders einschneidend und kraß tritt der Widersinn dieser Grenzziehung zu Tage in einer Doppelgemeinde, in der der eine Teil von dem anderen durch einen Bretterzaun, durch eine Barriere und durch Stacheldraht getrennt ist. Hüben herrscht geschäftiges Leben, Schützenfeste und Erntedankfeiern sind hier Ausdruck echten Frohsinns. Drüben herrscht öde Leere. Die Häuser an der Grenze sind zerstört und verlassen. In einer Hausruine hockt ein Vopo als Wachposten, um jedes Leben auf der westlichen Seite zu registrieren und im täglichen Meldebericht zu beschreiben. Wenn hier oder an anderen Stellen der Grenzziehung einmal die Kraftwagen von ausländischen Besuchern auftauchen, so merkt man sofort auf der anderen Seite das Anlaufen der Nachrichtenmaschine. Überall tauchen die Bewacher auf, oft wird mit Ferngläsern die Wagennummer festgestellt und die Zahl der sich für die Grenze Interessierenden registriert.

Die Menschen, die früher in den angrenzenden Dörfern in Wohlstand und wirtschaftlicher Blüte ihre Heimat hatten, sind längst in das Innere der „Deutschen Demokratischen Republik“ umgesiedelt. Nur wenige Ortsfremde durften dort bleiben, um das Soll und die Normleistung der „landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft“ zu erfüllen. Von jener 5 km langen Zonengrenzstraße zwi-



Die Zonengrenze im niedersächsischen Raum

schen zwei westdeutschen Dörfern, die vor wenigen Jahren deshalb gebaut werden mußte, weil die beiden Dörfer sonst durch den Stacheldraht von ihrem Zugang nach Westen abgeschlossen worden wären, sieht man drüben alte, unmoderne Trecker aus der Vorkriegszeit, während bei uns moderne Landmaschinen mit bunten Anstrichen, Vielfachgeräte neuester Bauart, Mähdrescher und dergleichen dem Bauern die Arbeit erleichtern helfen. Vor allem ist aber hier ganz besonders durch die Tatsache des 10-Meter-Streifens, der ständig neu gepflügt wird, verdeutlicht, wie sehr man drüben auch den Abstand zu unserer Arbeits- und Wirtschaftsweise halten möchte. Kein Deutscher von drüben darf diesen Todesstreifen betreten, es sei denn, er setzt sich einer Lebensgefahr aus. Das gesprochene Wort herüber bedeutet unter Umständen lange Haft und schwere Strafe.

#### Verbindung nach drüben

Die Bewohner von jenseits in den Dörfern, die von dem Eisernen Vorhang etwa 2 bis 3 km entfernt liegen und die zum Teil noch Bindungen familiärer oder freundschaftlicher Art zu den diesseits liegenden Dörfern haben, können nicht einfach das Fahrrad nehmen und in fünf Minuten in die Tür ihrer Freunde treten.



Sie müssen vielmehr, wenn sie überhaupt eine Reisegenehmigung erhalten, zunächst weit nach Osten fahren, dann den Interzonenverkehr über Magdeburg und Helmstedt benutzen, um alsdann im Westen noch lange Bahn- oder Autobusstrecken zurückzulegen. Was früher in einem Fußweg von 15 Minuten erreichbar war, bedarf heute einer Bahnfahrt von rund 120 km.

Die öffentliche Nachrichtenverbindung ist — ähnlich wie bei den Verkehrsverbindungen auf Schiene und Straße — restlos abgeschnitten. Telefondrähte und Starkstromleitungen sind zerstört. Die Zufuhr elektrischen Stroms aus dem mitteldeutschen Raum, der große Teile des Heidegebietes mit Energie versorgte, ist beseitigt. Im Braunschweiger Kohlenrevier sind die über die Grenze hinausgehenden Stollen bis auf 700 m Tiefe zugemauert. Hüben liegt die Kohle, drüben liegt das Kraftwerk, beide, so sehr sie auch aufeinander angewiesen sind, können nicht mehr zueinander kommen, so daß auf westlichem Gebiet ein neues Kraftwerk entstehen mußte.

Der Wald, in dessen Dunkel die Zonengrenze, wenn sie nicht verdrahtet ist, häufig verschwimmt, muß seine Bäume dazu hergeben, um die Gefahr zu kennzeichnen. Die weiße Farbe an den Bäumen bedeutet West, die rote Farbe Ost, Zeichen dieses furchtbaren Widersinns einer von politischer Unvernunft getragenen Trennung.

Verschärft wurden die Überwachungsmaßnahmen im Mai 1952, als schlagartig eine Befestigung und überspitzte Kontrolle von drüben einsetzte. Während vorher in den Dörfern auf der Westseite beim Erntetanz häufig noch ein „Tanz für die Volkspolizei“ eingelegt wurde und auf diese Weise doch wenigstens noch eine menschliche Verbindung da war, hat man 1952 jede Verbindung nach hier auf das strengste verboten und mit schwersten Strafen belegt.

Die „westliche“ Auffassung, daß das Zonenrandgebiet aus der Sicht der hier herrschenden Lebensweise stark gemacht und zu einem blühenden Garten gestaltet werden soll, hat sich bis heute nicht genügend durchsetzen können. Die fast ausschließlich aus Mittel- und Kleinbetrieben bestehenden Wirtschaftsunternehmen haben nach wie vor unter dem Verlust des Hinterlandes schwer zu leiden. Hier helfen Kredite oder Frachterleichterungen nur sehr bedingt.

Die Viehmärkte in den Kleinstädten, die dem Wirtschaftsgefüge und dem Wohlstand der Geschäftsleute in reichem Maße dienlich waren, haben ihre Bedeutung verloren. Die jetzt auf der Ostseite liegenden Dörfer, die häufig ihren Absatz auf jene Orte konzentrierten, sind unerreichbar. Nahrungsmittelfabriken gingen durch die Vernichtung der Einzugsquellen ein, die leerstehenden Fabrikhallen verfielen oder wurden zu Flüchtlingswohnungen umgebaut, Arbeitsplätze wurden in großer Zahl beseitigt, und Not und Verzweiflung waren für viele Gewerbetreibende, insbesondere aber für die über dem Durchschnitt liegende Zahl der hier angesiedelten Heimatvertriebenen ständige Begleiter.

Solange dieser Draht Deutsche voneinander trennt und solange mit Brutalität und Gewalt das Sehnen jener 18 Millionen nach Wiedervereinigung und einem Leben in Freiheit nicht erfüllt ist, solange wird diese Grenze ein Unruheherd und das Grenzland ein Land in Notstand bleiben. Mögen die Verantwortlichen der Welt erkennen, daß die Freiheit als ein von Gott gegebenes Recht den Menschen nicht vorenthalten werden darf. Mögen wir alle aber die Erkenntnis gewinnen, daß neben uns Brüder und Schwestern in Not, Angst und Bedrängnis leben, für die einzutreten allen heilige Verpflichtung sein muß.

## Gegenüber der Altmark

Zur Geopolitik des Zonengrenzkreises Gifhorn

FRITZ ACKMANN

Der Landkreis Gifhorn ist der südlichste Kreis im Regierungsbezirk Lüneburg des Landes Niedersachsen. Er ist mit einer Fläche von 1612 qkm derzeit der größte Kreis der Bundesrepublik.

### „Grenzfunktionen“

Die Altmark und Braunschweig-Lüneburg gehörten schon seit dem Reichsabschied zu Trier und Köln von 1512, der die Kurfürstentümer in die Kreiseinteilung einbezog, zum Niederländischen Reichskreis. Über die dynastische Grenze, die bis 1866 hier die Königreiche Preußen und Hannover schied, äußerte sich Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ — für einen Legitimisten einigermaßen revolutionär — wie folgt: „Ich habe stets den Eindruck des Unnatürlichen von der Tatsache gehabt, daß die Grenze, welche den niedersächsischen Altmärker bei Salzwedel von den kurbraunschweigischen Niedersachsen bei Lüchow, in Moor und Heide dem Auge unerkennbar, trennt, doch den zu beiden Seiten plattdeutsch redenden Niedersachsen an zwei verschiedene, einander unter Umständen feindliche völkerrechtliche Gebilde verweisen will, deren eines von Berlin, und das andere früher von London, später von Hannover regiert wurde, das eine Auge rechts nach Osten, das andere Auge links nach Westen bereit stand, und daß friedliche und gleichartige, im Connubium verkehrende Bauern, dieser Gegend, der eine für welfisch-habsburgische, der andere für hohenzollernsche Interessen aufeinander schießen sollten.“ Dieser Satz klingt heute einigermaßen prophetisch. Bismarck beabsichtigte 1866, diese Grenze zu beseitigen und die hannoverschen Stammlande zwischen Weser und Elbe mit dem alten Niedersächsischen Lande Magdeburg zu einer preußischen Provinz Niedersachsen zusammenzufassen. Ein Plan, der s. Zt. an dem begreiflichen Widerstande der Hannoveraner scheiterte.

Heute macht das Fehlen des „kleinen Grenzverkehrs“ sogar die Nutzung und Bewirtschaftung des diesseits und jenseits im Zonenraum belegenen Eigentums unmöglich und führt bei kleinen Betriebsgrößen zur Existenzgefährdung und Vernichtung. Die ostzonale Grenzmarkierung durch Wundstreifen, Kahlschläge in Waldstücken, Draht- und Plankenzäune enthüllt den uns wesensfremden Charakter eines Machtwillens und die Form einer Machtausübung, die abstößt und abstoßen soll. Ernst Jünger hat die historischen Wurzeln solcher Bilder im „Gordischen Knoten“ treffend charakterisiert. Eine breite Zone jenseits des Eisernen Vorhangs ist von der angesessenen bäuerlichen Bevölkerung zwangsweise geräumt. Jedem Beschauer deutlich erkennbar liegt unmittelbar an der Grenze das völlig verlassene Dorf Böckwitz, dessen langsam zerfallende Gehöfte den geradezu gespenstischen Eindruck einer Kulisse des kalten Bürgerkrieges hervorrufen.

Dennoch kann von einer Demoralisierung der niedersächsischen Grenzbevölkerung durchaus keine Rede sein. Obwohl die Stadt Wittingen und der Marktflecken Brome ein gut Teil ihres landwirtschaftlichen Hinterlandes verloren haben, sind weder Handels- noch Gewerbebetriebe abgewandert, ebensowenig, wie aus diesem Grunde etwa Bauern ihre angestammte Scholle aufgegeben hätten. Auch die nach 1945 zahlreich eingeströmten Flüchtlinge sind in dem verhältnismäßig dünn besiedelten Gebiet mit guten industriellen Arbeitsmöglichkeiten zum



ganz überwiegenden Teile dort sesshaft geworden. Im Gegensatz zu den meisten typischen Flüchtlingskreisen hat der Kreis heute bereits einen erheblichen jährlichen Wanderungsgewinn zu verzeichnen.

Die schlagartige Bevölkerungszunahme löste allerdings eine Fülle öffentlicher Folgekosten aus, die von einem Landkreis ohne wesentliche eigene Steuerkraft nicht bewältigt werden kann. Mit dem Anlauf der regionalen Förderungsprogramme für das Zonenrandgebiet ist ein Anfang gemacht, dieser Probleme Herr zu werden.

### „Verkehrswege“

Drei Großverkehrswege West-Ost: Die Autobahn Köln-Berlin, der Schifffahrtsweg Rhein-Elbe-Berlin (Mittellandkanal) und die Eisenbahnstrecke Köln-Berlin verlaufen durch den Südtel des Kreises zwischen Gifhorn und Braunschweig.

Am 15. 7. 1954 erfolgte die Wiedereröffnung der D-Zuglinie Köln-Hannover-Obisfelde-Magdeburg. Sie nimmt jedoch keinen direkten Verkehr nach Berlin auf, sondern wird lediglich als Entlastungsstrecke für die Linie Hannover-Braunschweig-Helmstedt betrieben. Die Abfertigung der Fahrgäste erfolgt im stehenden Zuge auf dem Bahnhof Wolfsburg oder auf der Fahrt zwischen Wolfsburg-Hannover.

Der Kraftverkehr der Autobahn passiert die Zonengrenze an der Grenzkontrollstelle Helmstedt-Autobahn, der ihre wechselvollen Nachkriegsschicksale zu einer Art europäischer Berühmtheit verholfen haben. Der Schiffsverkehr auf dem Mittellandkanal verläßt das Hoheitsgebiet des Bundes an der Grenzkontrollstelle (Wasser) in Rügen. Über diesen Schifffahrtsweg geht die Tonnage im Verkehr nach Westberlin, der Ost-Westzonenverkehr in beiden Richtungen und der Elbe-Transitverkehr via Schnakenburg nach Hamburg oder via Magdeburg. Im Jahre 1955 durchfuhren den Grenzkontrollpunkt Rügen rund 10000 Fahrzeuge mit etwa 2,3 Millionen Tonnen.

Die durch die Zonengrenze geschaffenen Engpässe auf Schienen, Wasserwegen und Straßen lenkten den Verkehr hier wie im Bundesgebiet zwangsläufig in die Nord-Südrichtung. Da bei wachsender Beanspruchung der vorhandene Bestand keineswegs ausreichte, erwachsen bereits vorhandene ältere Verkehrsplanungen zu neuer Aktualität. Der Ausbau der Bundesstraße 4 Flensburg-Kiel-Braunschweig, die den Kreis in Nord-Südrichtung aufschließt und heute einen wesentlichen Zubringerverkehr zur Autobahn Braunschweig aufnimmt, ist in Angriff genommen. Der Landkreis selbst war gezwungen, sein rd. 300 km langes Landstraßennetz in Nord-Südachse neu zu orientieren.

Der Ausbau der Nebenbahn Braunschweig-Uelzen, ggfs. die Schaffung einer neuen Linie Wolfsburg-Wittingen, befindet sich noch im Stadium der Vorplanung, deren Verwirklichung davon abhängt, in welchem Tempo es möglich ist, die Elektrifizierung der parallel verlaufenden Nord-Südstrecken voranzutreiben. Die von dem Eisenbahnknotenpunkt Obisfelde hart an der Zonengrenze abgeschnittenen Bahnlinien Wittingen-Rügen-Braunschweig-Velpke konnten behelfsmäßig an die Bahnhöfe Wolfsburg und Vorsfelde angeschlossen werden.

Von besonderem Interesse ist die Planung des Nord-Südkanals, der die Elbemündungshäfen Hamburg und Lübeck mit dem mitteleuropäischen Wasserstraßennetz für das 1000-Tonnen-Schiff jederzeit befahrbar verbinden soll. Die Trasse der Planung durchquert den Kreis Gifhorn in Nord-Südrichtung, um unweit Fallersleben in das Unterwasser der Südfelder Schleuse einzumünden. Dieser

(Bildteil in Verantwortung der Schriftleitung)



*Symbol des Widersinns: Grenzschilder mitten in Deutschland.*



*Frucht des Widersinns: Drahtverhau längs durch Europa. Das Ergebnis „unheiliger“ Allianz und Symbol des Kalten Krieges: Der Eiserne Vorhang.*





Vorbildlicher Schulneubau im Zonenrandgebiet. Mit öffentlichen Mitteln erstellt. (Volks-  
schule II in Uelzen). Foto: Cekade



Symbole des praktischen Materialismus auch im Zonenrandgebiet. Mit öffentlichen Mitteln  
erstellt (Kreisverwaltungsgebäude in Uelzen). Foto: Lagerbauer & Co.

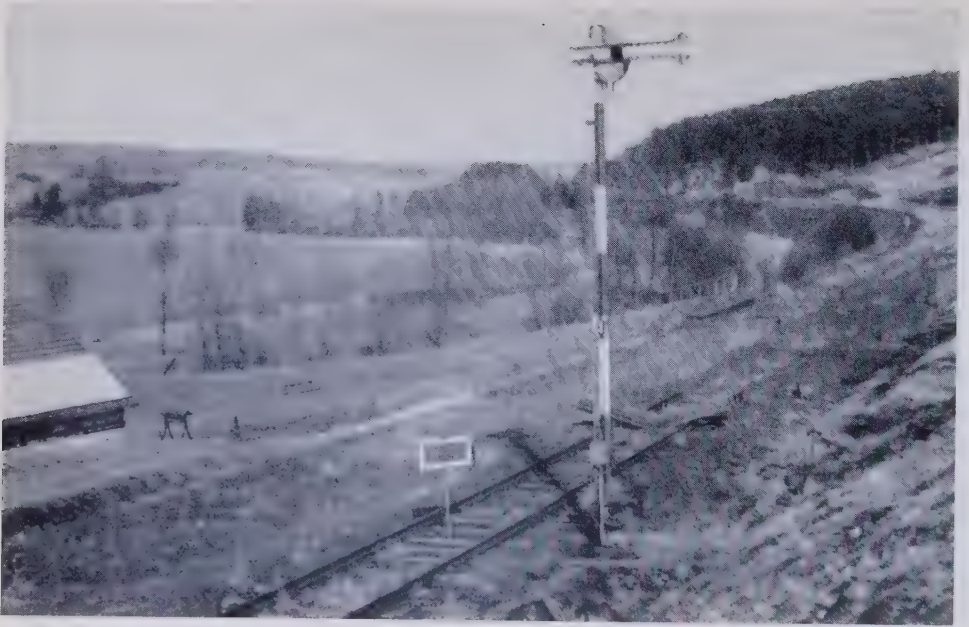


*Vom Widersinn der Grenzziehung:  
Der Eiserne Vorhang als Bretterzaun quer durch eine Doppelgemeinde.*



*Blick über den Bretterzaun:  
Hausruine für Vopo-Posten im „Niemandland“ mitten im alten Dorf.*





*Zerschnittene Verbindungen nach Mitteldeutschland.*



*Am Ende der Flucht aus Mitteldeutschland: Das Notaufnahmelager.  
(Einfahrt zum Lager Uelzen-Bohldamm)*

Plan eines Elbe-Seitenkanals steht in Konkurrenz zu dem Vorschlag einer großzügigen Elbekanalisation durch Einbau von Staustufen. Neben den technischen und wirtschaftlichen Problemen, um die eine lebhaft diskussion noch im Gange ist, wird dieses Kanalprojekt sehr zu Unrecht in der Debatte mit einer politischen Hypothek belastet, so als bedeute diese Planung eine Anerkennung der Zonengrenze als Dauerzustand. Demgegenüber wird vom Kanalbauverein darauf hingewiesen, daß es sich hier lediglich um eine Jahrzehnte alte Planung handelt, die gegenüber dem Hansakanalprojekt eine zweckmäßige und rentable Alternativlösung darstellt. Das Hansakanalprojekt sieht eine Schiffsverkehrsstraße vor, die aus dem Ruhrgebiet kommend die Weser queren und zur Elbe bei Hamburg führen soll. Zweifellos würde die Verwirklichung des Nord-Südkanalvorhabens auch örtlich die Erschließung der im Krise Gifhorn vorhandenen reichen Bodenschätze an Erdöl und Eisenerzen von großer Bedeutung sein.

#### „Wasser- und Energiewirtschaft“

Durch den Landkreis Gifhorn zieht sich die Wasserscheide zwischen Elbe und Weser. Während der längs der Zonengrenze verlaufende Ohrefluß dem Einzugsgebiet der Elbe zugehört, führt die den Kreis in ost-westlicher Richtung durchziehende Aller mit ihren Nebengewässern Oker und Ise zur Weser westwärts. Gerade im Grenzgebiet sind die Vorflutverhältnisse infolge des geringen Gefälles außerordentlich ungünstig und bereiten seit Jahrhunderten der Erschließung des sogenannten Drömlings ungewöhnliche Schwierigkeiten.

Indessen regelten die damals angrenzenden Länder Hannover, Braunschweig und Preußen bereits im Jahre 1859 durch Staatsvertrag die Abführung der bis dahin wild überschlagenden Hochwässer in Ohre und Aller. Bei der Schaffung des Mittellandkanals wurde diese Schiffsverkehrsstraße an dieser Stelle als Hochwasserentlasten zum Zwecke der Landeskultur dienstbar gemacht. Aus diesem Grunde wurde 1934 zum Zwecke einer wasserwirtschaftlichen Großplanung für eine Flußlänge von 115 km mit einem Niederschlagsgebiet von 1700 qkm der Aller-Ohre-Verband gegründet, derzeit der größte Verband dieser Art des Reichsgebietes. Bei Grafhorst durchschneidet die Zonengrenze das Urstromtal der Aller und das Verbandsgebiet und verhindert die weitere Fortführung einer großräumigen Planung und Wasserbewirtschaftung in einem überaus gefährdeten Flußtal. Der für die in der Bundesrepublik verbliebene Strecke der Aller von Grafhorst bis Müden nach dem Kriege gegründete Aller-Ohre-Verband West sieht sich leistungsmäßig außerstande, die ihm verbliebenen Aufgaben aus eigener Kraft zu meistern und hofft aus diesem Grunde auf eine weitere Unterstützung durch das regionale Förderungsprogramm, die zur Stunde leider noch aussteht.

Der Raum Gifhorn ist der Ferngasversorgung über die Ferngas-AG. Salzgitter angeschlossen. Die Versorgung mit elektrischer Energie erfolgte aus dem Raume Magdeburg-Halle, bis im Mai 1952 der Strombezug buchstäblich über Nacht ohne Vorankündigung abgeschnitten wurde. Die Umschaltung auf die westdeutsche Verbundwirtschaft konnte, wenn auch unter erheblichen Opfern, reibungslos und kurzfristig vollzogen werden. Die Stammfirma der im Kreise belegenen stromverteilenden Überlandzentrale wurde in Halle enteignet und in die staatseigene Wirtschaftsorganisation überführt. Die Fülle der sich in solchen Fällen ergebenden und derzeit unlösbaren Probleme des neu entstandenen Interlokalrechts sind von Dölle, Wolff und Vogel bereits 1948 in der Festschrift für Leo Raape eingehend und aufschlußreich behandelt.



## Notaufnahmелager

Begegnung mit den Flüchtlingen aus der Sowjetzone

HEINZ BERG

Als nach Beendigung der Kampfhandlungen im Mai 1945 Deutschland unter die Besatzungsmächte aufgeteilt wurde, da befanden sich im mitteldeutschen Raum, dem im Sommer 1945 von der Sowjetunion besetzten Gebiet, rund 20 Millionen Deutsche. In den dem polnischen Staat zur Verwaltung überlassenen und von ihm praktisch annektierten Provinzen hinter der Oder und Neiße waren noch Hunderttausende Deutscher zurückgeblieben. Sie waren der Rest jener 18 Millionen, von denen nur 12 Millionen Mittel- oder Westdeutschland erreichten. Ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung war entweder beim Einmarsch der Roten Armee umgekommen oder wurde zu Zwangsarbeiten im Osten bis weit nach Sibirien hin eingesetzt. Alte und Kranke wurden teilweise von den sowjetrussischen oder polnischen Behörden zurückgeschickt, da sie als Arbeitskräfte unbrauchbar waren und nur eine Belastung darstellten. So begannen die Elendsströme von Ost nach West im Herbst 1945 erneut zu fließen. Sie haben bis heute nicht aufgehört.

Auf Grund einer Anordnung der damaligen britischen Militärregierung wurde am 1. Oktober 1945 das Flüchtlingsdurchgangslager Uelzen-Bohldamm eingerichtet. Es sollte die aus den Vertreibungsgebieten kommenden Flüchtlinge oder, wie die seitens der Vertreiberstaaten angewandte Bezeichnung lautete, „Umsiedler“ aufnehmen, registrieren, ärztlich untersuchen und betreuen und alsdann in die einzelnen Wohngemeinden weiterleiten.

Auf einem früheren Sportplatz entstanden primitive Zelte ohne jeglichen Komfort, in denen 8000 Personen untergebracht werden konnten. Damals gab es weder Betten noch Matratzen, kaum war das nötige Lagerstroh zu beschaffen. Kälte, Regen und Schnee machten den Aufenthalt im Lager zu einer Qual.

Vom Frühjahr 1946 bis zum Herbst 1947 war das Lager Uelzen in die sogenannte Aktion „Schwalbe“ eingeschaltet. In dieser Zeit wurden ca. 800 000 Heimatvertriebene, die aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße ausgewiesen worden waren, durchgeschleust. In drei Schichten wurden manchmal wochenlang hintereinander täglich 6000 Flüchtlinge aufgenommen und sofort weitergeleitet. Es war ein Strom des Elends, des körperlichen und geistigen Verfalls. Diese Menschen besaßen buchstäblich nichts mehr. Sie hatten zumeist nur noch Lumpen am Leibe und waren körperlich bis zur Auszehrung unterernährt. In den Güterzügen, in denen sie wie das Vieh transportiert worden waren, befanden sich oft Sterbende und Tote.

Nachdem diese sogenannte „Umsiedlungsaktion“ ausgelaufen war, setzten die Züge der Flüchtlinge aus Dänemark ein. Jene Menschen, die im Frühjahr 1945 über die Ostsee nach Dänemark geflohen und dort in Lagern interniert worden waren, wurden nunmehr in Westdeutschland angesiedelt. Bis zum September 1947 sind hierbei im Lager Uelzen ca. 25 000 Flüchtlinge erfaßt worden.

Gleichzeitig begann der Strom der illegalen Zuwanderer aus Mitteldeutschland, also dem von den Sowjets besetzten Gebiet Deutschlands, zu fließen. Diese Personen wandten sich, auf ihrem Wege nach dem „Goldenen Westen“, zum großen Teil nach Niedersachsen.

Es sind bis heute (Mai 1956) im Lager Uelzen seit dem Herbst 1945 rund 3,8 Millionen Flüchtlinge und Zuwanderer registriert worden, davon haben ca. 2 Millionen das Lager aufgesucht. Die übrigen haben ihren Aufnahmeantrag im schriftlichen Verfahren gestellt.

Nachdem sich herausgestellt hatte, daß das Verteilungsverfahren den einzelnen Ländern der Bundesrepublik keine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende gerechte Lösung gebracht hatte und das Problem der Flüchtlinge und Zuwanderer wegen seines unvorstellbaren Ausmaßes nicht mehr in der Länderinstanz gelöst werden konnte, entschloß sich der Bund, das Aufnahmeverfahren in die eigene Zuständigkeit zu übernehmen. So entstand am 22. 8. 1950 das Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet. Die Länder haben im Rahmen dieses Gesetzes nur noch die Verteilung der Flüchtlinge und Zuwanderer vorzunehmen und ihre Unterbringung und Arbeitseinweisung sicherzustellen.

Seit 1949, also seit Bestehen der Bundesrepublik, wurden jährlich bis zu 300 000 Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR als Flüchtlinge oder Zuwanderer registriert. 1955 waren es fast 253 000, 1954 ca. 180 000, 1953 ca. 300 000. Sie müssen im Westen Arbeit und Wohnung erhalten. Diese ungeheure Zahl stellt, wenn man die Wohnungsbau-Kapazität in Betracht zieht, eine außerordentliche Belastung dar. Glücklicherweise ist das Problem der Arbeitsplatzbeschaffung im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufstieg wesentlich leichter zu lösen.

### Das Aufnahmeverfahren

Bei den aus der Zone kommenden Menschen muß man verschiedene Gruppen unterscheiden. Auszugehen ist dabei vom Artikel 11 des Grundgesetzes, der allen Deutschen, also auch den Bewohnern der Zone, Freizügigkeit garantiert. Nach Artikel 11 des Grundgesetzes hat jeder Deutsche das Recht, sich dort niederzulassen, wo für ihn eine Existenzmöglichkeit besteht. Sein persönlicher Wunsch ist allein maßgebend. Die Freizügigkeit kann jedoch für solche Personen eingeschränkt werden, bei denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und durch die der Staat belastet werden könnte.

Das Notaufnahmegesetz gebietet Einschränkung der Freizügigkeit. Es bestimmt, daß Zuwanderer aus Mitteldeutschland einer Aufenthaltserlaubnis bedürfen. Sofern ein fester Arbeitsplatz und eine ausreichende Unterbringung im Bundesgebiet nachgewiesen werden kann, besteht ein Rechtsanspruch auf die Aufenthaltserlaubnis. Sind diese Voraussetzungen jedoch nicht erfüllt, kann die Erlaubnis nur im Wege des Notaufnahmeverfahrens gewährt werden. Sie darf solchen Personen nicht verweigert werden, die aus der Zone oder Ost-Berlin flüchten mußten, um sich einer von ihnen nicht zu vertretenden und durch die dort herrschenden politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen. Der Betreffende muß nachweisen, daß er sich in einer über den Rahmen der allgemeinen politischen Situation hinausgehenden individuellen Bedrohung befunden hat. Wirtschaftliche Gründe bedingen allein noch keinen Anspruch auf die Notaufnahme.

Daneben sind die Bestimmungen des Bundesvertriebenengesetzes über die Aufnahme im Wege der Familienzusammenführung für nächste Angehörige maßgebend.



Im Wege des Ermessens können solche Personen, die die vorgenannten Bedingungen nicht erfüllen, bei denen aber die Versagung eine unbillige Härte bedeuten würde, Aufenthaltserlaubnis erhalten. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um alte, kranke oder sozial schwache Menschen, denen Hilfe und Fürsorge gewährt werden muß.

Von all den Flüchtlingen und Zuwanderern sind allein diejenigen hinsichtlich der für Vertriebene und Flüchtlinge maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen anspruchsberechtigt, die den Nachweis der „besonderen Zwangslage“ erbringen können. Ihre Flüchtlingseigenschaft wird durch die Flüchtlingsverwaltungen geprüft. Bei Vorliegen einer echten Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit erhalten sie im allgemeinen den Flüchtlingsausweis C und haben damit Anspruch auf Leistungen aus dem Härtefonds, den das Lastenausgleichsgesetz für diesen Personenkreis vorsieht. Auch bevorzugte Wohnraumzuteilung und Arbeitsplatzbeschaffung können hieraus abgeleitet werden. Bei ehemaligen Beamten kann die Gleichstellung mit den unter das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden verdrängten Beamten vorgenommen werden.

Der Kreis derjenigen Menschen, denen die „besondere Zwangslage“ zuerkannt wird, ist verhältnismäßig klein. Er liegt z. Zt. etwa bei 8—10%. Ein erheblich größerer Teil, nämlich ca. 20—25% der Zonenflüchtlinge, erhält die Aufenthaltserlaubnis, weil bei ihnen die Freizügigkeit nach Artikel 11 des Grundgesetzes keiner Einschränkung unterliegt. Es sind solche, die sich bereits einen Arbeitsplatz und eine ausreichende Wohnung im Bundesgebiet verschafft haben.

Die Jugendlichen, die einer besonderen Fürsorge bedürfen, werden fast ausschließlich aufgenommen. Sie bilden im Durchschnitt fast 25% aller Zuwanderer. Wenn man die Flüchtlinge nach ihrem Herkunftsgebiet beurteilt, so kann man feststellen, daß beinahe 30% als Heimatvertriebene aus den Gebieten hinter der Oder und Neiße stammen, die also zum zweiten Male ihre Heimat verlassen mußten. Unter diesen befinden sich auch zahlreiche Menschen, denen die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg die Ausweisung aus Posen und Westpreußen erbrachten oder die im Zusammenhang mit den Umsiedlungsmaßnahmen in den Jahren 1939/40 aus den außerdeutschen Gebieten in das Wartheland oder nach Westpreußen kamen. Bei ihnen ist die Umsiedlung und Entwurzelung im Verlauf ihres Lebens schon zur tragischen Gewohnheit geworden.

### Die sogenannten Illegalen

Ein besonderes Problem stellen die sogenannten „Illegalen“ dar. Derjenige, dem die Aufenthaltserlaubnis versagt wird, braucht deshalb nicht in die Zone zurückzukehren. Er hält sich „unerlaubt“ im Bundesgebiet auf. Diese Menschen können im Bundesgebiet verbleiben, — wenn sie auch von bestimmten Rechtsansprüchen ausgeschlossen sind. Sie haben keinen Anspruch auf Unterbringung; andererseits werden sie in Arbeit vermittelt und erhalten auch den Personalausweis der Bundesrepublik. Die Fürsorgeunterstützung kann ihnen bei Hilfsbedürftigkeit nicht verweigert werden. Im Falle der Arbeitslosigkeit müssen sie von den Arbeitsämtern unterstützt werden. Sobald sie selbst sich die ausreichende Lebensgrundlage, also Arbeit und Wohnung, verschafft haben, können sie die Aufenthaltserlaubnis beantragen. Diese muß ihnen auf Grund des Artikels 11 des Grundgesetzes gewährt werden.

Schwierig wird der Fall der „Illegalen“ erst bei Arbeitsunfähigkeit oder bei alleinstehenden Frauen mit kleinen Kindern. Da sie zumeist nicht in die Zone

zurückkehren, müssen hier die caritativen Stellen eingreifen und eine Unterbringung in Heimen sicherstellen. Die Länder, in denen sich die Notaufnahmelager befinden — Niedersachsen und Hessen — sind durch die Besonderheit dieses Personenkreises weit über Gebühr belastet; denn die „Abgewiesenen“ bleiben, da ihre Verteilung nicht gelenkt erfolgt, überwiegend in der Nähe der Lager und nehmen somit die Fürsorge-Etats in weitem Maße in Anspruch.

Noch schwieriger liegen die Verhältnisse, die durch derartige Fälle zahlreich entstehen, in Berlin. Die im dortigen Notaufnahmeverfahren abgewiesenen Personen haben keine Möglichkeit, aus Berlin in das Bundesgebiet hinüberzuwechseln, da ihnen hierzu die finanziellen Mittel fehlen. So füllen sie die zwangsweise eingerichteten Lager, müssen unterstützt werden und führen über lange Zeit hinaus ein unbeschreibliches Elendsdasein. Die Bundesregierung hat sich daher entschlossen, der Stadt Berlin bei der Aufbringung dieser Lasten teilweise behilflich zu sein, und übernimmt von Zeit zu Zeit einen Teil der in Berlin verbliebenen „Illegalen“. Da das Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik noch eine weitere Aufnahme von arbeitsfähigen Personen gestattet, ist die Möglichkeit, den Abgewiesenen im Verlauf der Zeit Arbeitsplätze im Westen zu beschaffen, glücklicherweise noch offen. Wäre diese Voraussetzung nicht vorhanden, so könnte sich das Problem der „Illegalen“ wegen der auf ihnen lastenden Not und Verzweiflung zu einer schweren sozialen Gefahr ausweiten.

#### Zur geistigen und seelischen Verfassung der Flüchtlinge

Mit der Flucht ist die Aufgabe der Heimat, der engen verwandtschaftlichen Bindungen, des Berufs und des eigenen Wohnbereichs verbunden. Man darf nicht unterschätzen, wie sehr diese Entwurzelung einen radikalen Einbruch in die geistigen und seelischen Werte bedeutet. Der Mensch, der aus innerer Not heute bereit ist, seine bisherige Umwelt aufzugeben und sich in ein ungewisses Schicksal zu stürzen, muß zwangsläufig alle früheren für ihn vorhandenen ideellen Werte als überholt oder gar als Unwerte ansehen. Das, was er bisher geschaffen hat im Berufsleben, in der Familie, in seiner engsten Umgebung, in Heim und Hof, ist ihm sinnlos geworden. Plötzlich steht er völlig bloß und gänzlich verarmt da. Ein derartiger Schock kann ohne schwere Schädigung der Seele und des Charakters nur von demjenigen überwunden werden, der innerlich stark gefestigt ist. So kann man bei vielen Flüchtlingen eine gewisse Depression, bei anderen Hemmungslosigkeit erkennen.

Alle ideellen Werte, alle kulturellen Gewohnheiten sind unwichtig geworden. Jetzt geht es zunächst nur noch um die materielle Sicherung des zukünftigen Lebens. Der Wettlauf um das tägliche Brot bringt häufig die bisher verdeckten negativen Charaktereigenschaften besonders kraß ans Licht. Der eine erreicht mit Hilfe robuster Rücksichtslosigkeit bald wieder ein gewisses Maß an Wohlstand und bürgerlicher Atmosphäre, — der andere versagt und resigniert, weil es ihm nicht gelingt, Schritt zu halten und weil die staatliche Hilfe einer gelenkten Einordnung zu wenig zum Tragen kommt.

Gerade im Lager treten diese menschlichen Schwächen in besonderem Maße auf. Hieraus erklärt sich auch, daß mancher Flüchtling sich im Ton vergreift, daß er sich, weil er glaubt, zurückgesetzt zu werden, versteift und sofort allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens gegenüber eine Oppositionsstellung bezieht.

Es kommt hinzu, daß die seit über 10 Jahren auf die Menschen in der Zone eingestürzten Eindrücke in ihnen Komplexe geschaffen haben, die mit dem Schritt



über die Grenze nicht einfach hinweggeblasen sind. Drüben herrscht die Norm, die Forderung. Dabei ist der gesamte Lebenslauf reglementiert. Das Soll ist zu erfüllen; der übergroße Anspruch des Staates steht dem geringer geschätzten Anspruch des Individuums auf Bezahlung und den Lebensunterhalt gegenüber. Hat sich somit schon eine sich ständig steigernde Abwehrstellung und die innere Sehnsucht nach Befreiung von der staatlichen Zwangsordnung herausgebildet, so tritt diese Haltung in unangemessener Weise zutage, wenn plötzlich der Widerstand aufhört und die Begriffe einer freizügigeren Lebensordnung gelten. Insbesondere bei solchen Menschen, denen nicht durch Erziehung und Elternhaus oder durch einen festen Glauben ein innerer Halt erwachsen ist, tritt dann häufig ein völliges Versagen ein.

### Die Enttäuschung

Leider fehlt es oft unter der westdeutschen Bevölkerung an dem nötigen Verständnis und dem Taktgefühl gegenüber diesen so schwer verfolgten Menschen. Man will ihnen die Schilderung ihrer Erlebnisse nicht glauben. Man hält, was sie aus ihrer Sicht als grausame Verfolgung betrachten, für übertrieben, — man wendet sich ab. Die Enttäuschung ist umso grausamer, als der Westen bei ihnen als der Bereich galt, in dem Wahrheit und Aufrichtigkeit und Freiheit noch als Werte anerkannt würden. Nun müssen sie bald feststellen, daß man auch hier besser fährt, wenn man sich der Unaufrichtigkeit, der Lüge bedient. Wieviel ehrliche Bereitschaft und freudige Hoffnung auf Mitarbeit und Einordnung in die Lebensauffassung einer „freien Welt“ sind auf diese Weise schon zerstört worden. Hieraus ist zu erklären, daß insbesondere bei den jungen Flüchtlingen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein Gefühl der Verlassenheit einsetzt. Erwiesenermaßen kehren von ihnen 20—25% aus dieser Enttäuschung in die „Zone“ zurück.

Daraus sollten wir unbedingt Konsequenzen ziehen. Den Menschen von drüben kann ohne Hilfe kein Boden bei uns bereitet werden. Aber wir müssen noch viel mehr tun. Gerade die Jungen neigen dazu, Vergleiche zu ziehen. Obwohl sie das kommunistische Regime innerlich ablehnen, empfinden sie die nunmehr an ihnen zur Wirklichkeit gewordene Vereinsamung in der „westlichen Welt“ als Ausdruck der Unzulänglichkeit auch unserer Gesellschaftsordnung.

Wir sollten die bei uns bestehenden schweren Unterlassungssünden mildern oder gar beseitigen. Die Bundesregierung sollte sich nicht scheuen, diese so verhängnisvollen Tatsachen einer genauen Untersuchung zu unterziehen.

Wenn man den Menschen von drüben, die die Bundesrepublik näher kennengelernt haben, die Frage vorlegt, was sie hier im Westen am meisten beeindruckt, so erhält man nicht etwa die von uns oft als selbstverständlich erwartete Antwort: Der Wohlstand, die wirtschaftliche Blüte, die neuen Autos, der glanzvolle Aufbau. Im Gegenteil! Die Antwort lautet: Eure Ignoranz, eure Ahnungslosigkeit gegenüber einem System, das in seiner Grundhaltung auf die Zerstörung aller Lebenswerte gerichtet ist. — Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß wir der Ideologie des Ostens eine tragfähige Geisteshaltung entgegenzusetzen hätten. Unsere in nichts begründete, aber vielfach vorhandene Überheblichkeit gegenüber dem, was sich hinter dem Eisernen Vorhang an materieller, aber auch an geistiger Kraft und Beeinflussung der Menschen entwickelt, kann zur tödlichen Gefahr werden. Darum sind unsere Wiedervereinigungsparolen vorerst ohne Zugkraft, Tragkraft und Glaubwürdigkeit. Sie erwecken in den Bewohnern Mitteldeutschlands keine Hoffnung auf eine baldige Befreiung.

## Das Problem des Expressionismus

Zur Emil-Nolde-Sonderausstellung auf der Biennale in Venedig

ROBERT SCHOLZ

Im patriarchalischen Alter von fast 89 Jahren starb am 13. April der Maler Emil Nolde, der Altmeister des deutschen Expressionismus. Das Beispiel Noldes im besonderen und das des Expressionismus im allgemeinen zeigen, wie ungenügend ein ästhetisches und geistesgeschichtliches Phänomen, wie es der Expressionismus darstellt, durch den Sammelbegriff „Moderne Kunst“ charakterisiert wird. Die Entwicklungslinie des Expressionismus hatte ihren Scheitelpunkt bereits vor dem Ersten Weltkrieg erreicht, und Noldes persönlicher Stil war um das Jahr 1909, als er seine wichtigsten religiösen Bilder wie das „Abendmahl“ und „Pfingsten“ malte, bereits völlig ausgebildet. Zwar erlebte der Expressionismus nach dem Ersten Weltkrieg um 1920 eine zweite Vitalitätsphase, aber es waren neue und andersartige Elemente damals in die ursprüngliche Zielsetzung eingeströmt. Es zeigt sich, daß, wie auch auf allen anderen Gebieten, eine Anknüpfung an die geistige Situation vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr möglich war.

Die inneren Motive des Expressionismus hatten sich gewandelt, ohne daß die Künstler sich selbst darüber hätten Rechenschaft geben können. Es gibt daher zwei durch die Zäsur des Ersten Weltkrieges getrennte und in dieser verschiedenartigen Form später nebeneinander existierende Ausprägungen des Expressionismus, die romantisch-religiöse und die hysterisch-spekulative Form, welche letztere aus dem Taumel und der Hybris eines Nachkriegschaos geboren war. Weil man in ganz unberechtigter Verallgemeinerung immer nur von dem einen Expressionismus spricht, haben sich so zahlreiche und unentwirrbare Irrtümer um den Begriff Expressionismus gebildet. Nur so war es möglich, daß der echte und entwicklungsfähige Wesenskern des Expressionismus in tragischer Weise mißverstanden werden konnte.

Fragen wir zunächst, wann man von einer expressiven Kunsttendenz sprechen darf, da doch das Streben nach Ausdruck mehr oder weniger der Kunst aller Zeiten eignet, da Ausdruck und Bedeutung wie Inhalt und Form zu den integrierenden Bestandteilen jedes Kunstwerks gehören. Als Kunst expressiver Tendenz sind a priori jene Werke charakterisiert, in denen das Streben nach dem Ausdruck der persönlichen Empfindung des Künstlers alle anderen Elemente des Kunstwerkes überwiegt. Expressiv ist die Kunst jener Epochen, in denen ungewöhnliche seelische Spannungen zu höchsten Steigerungen des Gefühls hindrängen. In der expressiven Kunst werden dem Ausdruck subjektiven Empfindens alle anderen Faktoren wie Inhalt, Form und Zweckbestimmung subsummiert.

Man nähert sich dem Verständnis der modernen Form des Expressionismus, wenn man sich seiner künstlerischen und geistigen Herkunft erinnert. Die dynamische Ornamentik der nordischen Frühzeit, die Gotik, mit der ihr zugeordneten mystischen Geistigkeit und alles faustische und romantische Streben späterer Zeiten, der Drang nach geistiger und seelischer Durchleuchtung der Sinnenwelt sind der Nährboden für eine expressive Steigerung der künstlerischen Hervorbringung gewesen.



Man sprach nicht mit Unrecht von der „heimlichen Gotik“ im neuzeitlichen Expressionismus. Es ist ein dem Expressionismus verwandtes Grundgefühl, welches die Welt der plastischen Dämonen und Spukgestalten als Wasserspeier an den Außenseiten der gotischen Kathedralen ansiedelte. Auch die phantastische Bilderwelt eines Hieronymus Bosch und eines Brueghel sind eine Frühform des Expressionismus. Die zum subjektiven Miterleiden auffordernden religiösen Bilder und Plastiken der Gotik bilden den breiten Unterbau für das expressivste aller abendländischen Kunstwerke, für Grünewalds Isenheimer Altar. Er bildet den Inbegriff und die Summe aller Möglichkeiten expressiver Kunst. Die Formen und Farben sind hier aufs äußerste übersteigert. Die Empfindung scheint alle Formen und Maße zu sprengen. Der Farbe ist ein Höchstes an mystischer Symbolik abverlangt. Übersteigerung, das ist eine der Grundvokabeln jeder Form des künstlerischen Expressionismus.

Ein anderes Beispiel vermag eine zweite psychologische Grundtendenz des Expressionismus zu verdeutlichen. Von dem geheimnisvollen griechischen Maler Theotokopuli, der unter dem Namen El Greco im Spanien des 16. Jahrhunderts zu höchstem Ruhm als Maler eigenartiger religiöser Bilder mit merkwürdig ekstatisch gedehnten Figuren gelangte, wird von Zeitgenossen berichtet, daß er sich am Tage oft stundenlang in einen verdunkelten Raum einschloß, um da unbeweglich sitzend zu verharren. Das geschah nicht, wie später die Realisten der Kunstgeschichte glaubten, um der Schonung kranker Augen willen, sondern nach seiner eigenen Aussage suchte er die Ablenkung von allen äußeren Sinnesindrücken, um aus der inneren Vision seine Bilder zu empfangen. Es ist nur recht und billig, daß der moderne Expressionismus in Greco einen seiner großen Vorläufer sieht. Das Schaffen aus „innerer Vision“, das ist die zweite Hauptvokabel des Expressionismus.

Auch in der wechselvollen Geschichte der Ästhetik finden sich analoge philosophische Begriffe für diese Grundprinzipien expressionistischer Kunstanschauung. Der Neuplatoniker Plotin spricht schon im 3. Jahrhundert n. Chr. von dem künstlerischen Prinzip der inneren Vision, und er kommt als erster zu dem Grundbegriff des „Eidos“, was soviel wie „innere Form“ bedeutet. Diese Vorstellung des Kunstwerks als Ausdruck der vom göttlichen Schöpfergeiste erleuchteten künstlerischen Vision war die bedeutungsvollste der abendländischen Ästhetik. In neuerer Zeit waren es die Philosophen Bergson und Croce, welche mit den Begriffen des „Wesenhaften“ und der „Intuition“ als wichtigstem Organ künstlerischer Erkenntnis und Gestaltung den Expressionismus philosophisch und psychologisch vorbereitet haben. Vor allem hat Edmund Husserl in der Phänomenologie dem Begriff des „Eidos“ neues Leben auch für die Kunstphilosophie gegeben, in dem er ihn als das Ergebnis der Wesensschau, der „Ideation“ bezeichnet.

So kann sich der neuzeitliche Expressionismus auf eine geistig lang vorbereitete und weit verzweigte Entwicklung berufen.

Dieses latente Vorhandensein einer expressionistischen Tendenz in der abendländischen und besonders in der Kunst der nordischen Länder kommt etwa um 1880 als ein spezifisch neuzeitlicher Stilausdruck, als Reaktion gegen den Impressionismus und als Abkehr von der Kunst des Oberflächenreizes zum Durchbruch. Es ist ein Neuaufleben des künstlerischen Spiritualismus gegenüber der im Spätimpressionismus zu einer rein sensorischen Funktion herabgesunkenen Kunstanschauung. Schon der Name Expressionismus ist als Kontrastbegriff gebildet.

Es ist daher sehr irreführend, wenn vom deutschen Expressionismus, der als innerer Protest gegen die Weltherrschaft des französischen Impressionismus auftrat, jetzt behauptet wird, daß er als eine Ausstrahlung der Wirkung der französischen nachimpressionistischen Künstlergruppe der „Fauves“, deren Haupt Matisse war, entstanden sei. Wenn man nach einer unmittelbar auslösenden Ursache sucht: der holländische Maler van Gogh hat in gleicher Weise auf die Entwicklung einer revolutionär antinaturalistischen Bewegung in der französischen und deutschen Kunst eingewirkt. Die mit flammender Leidenschaft gestalteten malerischen Symbole einer neuen *unio mystica* van Goghs waren das Signal für den Aufstand der Kunst gegen den Geist des Materialismus und Rationalismus in der belle époque vor dem Ersten Weltkrieg.

Um die geistige Situation des deutschen Expressionismus richtig zu verstehen, ist es notwendig sich zu erinnern, daß seine unmittelbaren Vorläufer Künstler aus den dem Germanischen stammesverwandten Grenzländern, wie der schon genannte Holländer van Gogh, der Schweizer Hodler, der Flame Ensor und der Norweger Munch sind. Wie man heute sieht, waren auch der in Deutschland selbst entstandene und heute erst in seiner tieferen Bedeutung und Auswirkung erkannte Jugendstil und die ebenfalls auf den Ideen des Neuplatonismus fußende Künstlergruppe der englischen Präraffaeliten ein geistiger Vortrupp des Expressionismus. So ist in seinem ganzen geistigen Habitus der Expressionismus eine Manifestation des germanisch-nordischen Weltgefühls. In der romanisch-lateinischen Kunst hat er kaum einen Niederschlag gefunden.

Es ist daher eine Tatsache von schicksalhafter Logik, daß der Expressionismus in Deutschland, obwohl in den Künstlergruppen der „Brücke“ und des „Blauen Reiters“ sich Künstler aus Sachsen, Bayern, West- und Mitteldeutschland zusammengefunden hatten, in einem Künstler des äußersten deutschen Nordens vielleicht seine ausgeprägteste Form finden sollte. Emil Nolde war an der Grenze der deutschen Nordmark, in dem Orte Nolde in Nordschleswig geboren. In ihm mischte sich friesisches Bauernblut mit einer von der Mutterseite ererbten dänischen Bedachtsamkeit. Der Hang zum Phantastischen, Grotesken und oft sogar Skurrilen lassen sich aus den Anlagen eines Volkstums herleiten, in dem die Gabe des zweiten Gesichts, des Spökenkiekens noch lebendig ist. Aber auch das besonders tiefe Verhältnis zur Natur in ihren elementar herben und großartigen Formen, ein Moment das in Noldes Schaffen eine große Rolle spielt, entspricht nordischer Menschenart. Es wird eine immer unentschiedene Frage bleiben, ob die großen Künstlerpersönlichkeiten durch die immanenten schöpferischen Kräfte der Geschichte geformt werden oder der Gang der künstlerischen Entwicklung durch die Art und Kraft der in einer Zeit vorhandenen Talente bestimmt wird. Wo diese innere Verzahnung als unlösbar und gar nicht anders vorstellbar erscheint, da hat eine kunstgeschichtliche Aufgabe ihren echten Repräsentanten gefunden.

Das ist bei Emil Nolde der Fall. Und so erscheint uns der Werdegang und die persönliche Besonderheit seiner Kunst als ein Paradigma des Wollens der expressionistischen Kunst in der Totalität ihrer anonymen geistigen Strömungen. Durch die Herkunft aus einem Stand, einem Land und einer Familie, die noch kaum einen Künstler hervorgebracht hatten, war Noldes Talent unverbraucht und von Konventionen unbelastet. Daneben ist ein zweites Faktum bedeutsam. Aus wirtschaftlichen Gründen war dem Bauernsohn Emil Hansen, der später den Namen Nolde annahm, der Besuch einer Kunstakademie versagt. Er lernte 4 Jahre an der



Flensburger Holzschnitzerschule und war dann in kunsthandwerklichen Betrieben und mehrere Jahre als Lehrer und Musterzeichner an der Kunstgewerbeschule in St. Gallen tätig, bevor ihm erst nach dem 30. Lebensjahr der Absprung zur freien Kunst gelang.

Nolde war somit als Maler Autodidakt wie van Gogh und Cézanne, wie Gauguin und die meisten Kunstrevolutionäre der nachimpressionistischen Epoche. Kein Kanon, keine Vorstellung von der absoluten Gültigkeit irgendwelcher künstlerischen Gesetze und Traditionen stellten sich seinem künstlerischen Subjektivismus hemmend in den Weg. Nur ein von klassischen Traditionen unbelastetes Talent konnte das Programm des Expressionismus in die Tat umsetzen.

In München bei Adolf Hölzel, einem Vorläufer der modernen Kunst, hat der junge Nolde kurz nach der Jahrhundertwende entdeckt, welche suggestiven Kräfte durch ein Schaffen aus der inneren Vorstellung frei werden. Um 1905 stieß er für kürzere Zeit zu dem Kreis der Künstlergruppe der „Brücke“ in Dresden, welche das gleiche künstlerische Prinzip mit einer Tendenz zur dekorativen Steigerung verfolgte. Weder die „Brücke“ noch die Vereinigung des „Blauen Reiters“ in München, noch die Sezession in Berlin konnten Nolde für längere Zeit halten, denn er blieb sein Leben lang künstlerisch ein Einzelgänger. Als er seine frühen religiösen Bilder wie das „Abendmahl“ und das „Pfingstfest“ 1910 in Berlin ausstellen wollte, gab es einen Kunstkandal. Noldes Kampf gegen Max Liebermann und den Impressionismus führte dann dazu, daß seine Bilder refüsiert und er aus der Sezession ausgeschlossen wurde. Das wäre ein obligates Schicksal eines Kunstrevolutionärs im 19. Jahrhundert, schablonenhaft und doch anders, weil mit einer ganz anderen Auswirkung. Nolde gründet keine neue Künstlergruppe, entwickelt keine literarischen Programme und Theorien, sondern er zieht sich in die Heimat zurück und malt dort die Blumen, die um das einfache Bauernhaus wachsen, eingetaucht in eine Glut ungebrochener Farben, er malt die weiten Marschlandschaften mit ihren Flußläufen und ihrer großen Einsamkeit.

Noldes Flucht in die Heimat bedeutete aber keine Resignation, kein Zurück zum Rezept des Impressionismus, sondern die Natur ist für Nolde das Harfeninstrument, auf dessen Saiten seine künstlerisch freie Phantasie ihrer Melodien spielt. Nicht der Gegenstand als ein objektives Gegenüber, sondern das, was er für die Empfindung bedeutet, die innere Spannung des Verhältnisses von Objekt und Subjekt, die Entzweiung, der Kampf und die endliche innere Verschmelzung sind das Thema dieser Bilder Noldes. Es ist das Grundthema der faustischen Seele und ihres Lebensgefühls, — das in ähnlicher Weise schon einmal in der deutschen Romantik, leidenschaftlicher in ihrer Dichtung als in der Malerei erklang. Max Sauerlandt, der Vorkämpfer für die Geltung Noldes, definiert den Expressionismus mit den Worten: „Deutscher Expressionismus, das ist nichts anderes, als die jüngste deutsche Form einer die Wirklichkeit aus den Kräften der Empfindung pathetisch überhöhenden, gewaltsam überbauenden Romantik.“ Dabei bleibt aber ein deutlicher Gegensatz zur Illusionskunst der Romantik gewahrt.

Neben den oft erschreckend neuen Kunstmitteln ist noch ein neues Element da: es fehlt dem Expressionismus die sentimentale Note, die Melancholie und der Weltschmerz der Romantik. Die Grundnote des neuromantischen Expressionismus ist faustischer und, wenn man das mißbrauchte Wort akzeptieren will, heroischer. Die Landschaften Noldes sind die stärksten künstlerischen Manifestationen dieses neuromantischen faustischen Naturerlebens. Stets bilden gewaltige Wolkenmassen



den dramatischen Grundakkord in seinen Marschlandschaften und Meeresbildern. Oswald Spengler hat den tiefen symbolischen Sinn entdeckt, den die Wolken in der abendländischen Landschaftsmalerei besitzen, wenn er darauf hinweist, daß die Antike und die meisten Maler der Renaissance das Wolkenmotiv nicht gekannt oder mit einer gewissen Oberflächlichkeit behandelt haben, während der gotische Norden sehr früh ganz mystische Fernblicke auf und durch Wolkenmassen schafft, Grünewald wie die Niederländer den vollen Zauber der Wolkenwelt bis zum Tragischen steigern. Auf dem Gebiet der Landschaftsmalerei hat sich der Expressionismus Noldes zu abgeklärter Meisterschaft erhoben.

Ein Hauptanliegen der Kunst Noldes ist das Religiöse, und die Darstellung biblischer Motive nimmt in seinem Schaffen einen breiten Raum ein. Der Stil seiner religiösen Bilder bedeutet einen Bruch mit allen traditionellen Vorstellungen, und mit klassischen oder gar klassizistischen Maßstäben wird man dieser Kunst Noldes nicht gerecht. Der epische Gehalt ist in Noldes religiösen Darstellungen auf das Notwendigste zurückgedrängt. Das Inhaltliche ist eingeschmolzen in die suggestive Kraft halluzinatorischer Gesichte. Es wäre falsch, hier von einer religiösen Sinnbildlichkeit zu sprechen, denn im Symbol ist der Inhalt in ein geistiges Zeichen zusammengedrängt, abstrakt geworden. Anders bei Noldes religiösen Bildern. Hier ist der Ausdruck des Gefühls in der Richtung des Sinnlichen und des Farbig-Rauschhaften übersteigert. Aus den dramatischen Spannungen greller Farben und starker Flächenkontraste spricht eine Intensität des Empfindens, welche aus längst verschütteten Schichten der Seele aufsteigt. Die elementare Ungeformtheit dieser Figurenbilder Noldes hat oft etwas erschreckend Barbarisches. Es ist nicht selten das Schicksal des künstlerisch Genialen, seine Last und Tragik, daß es manchmal die Anfänge des Weges, aber nicht das Ziel aufzuweisen vermag.

Zweifellos ist aber Noldes religiöser Expressionismus eines der ernstesten künstlerischen Phänomene der neuen Kunst. Man hat die religiöse Kunst Noldes nur ästhetisch werten wollen. Aber welches Mißverstehen der Funktion der sakralen Kunst im kulturell sozialen Gefüge stellt es dar, wenn man ihr von vornherein das Museum als Ort der Wirksamkeit anweist. Man könnte vielmehr glauben, daß auch auf Nolde das auf Rodin geprägte Wort zutrifft: „Ein Künstler, dem die Zeit die Kathedralen versagt hat.“

Noldes Kunst begnügt sich nicht wie die so mancher Zeitgenossen mit einer Demonstration eines Kunstprogramms, denn er ist ein Maler von elementarer Anlage und Berufung. Deshalb blieb sein Werk auch in Geltung, als der Expressionismus als Richtung sehr bald seinen Elan verlor.

Eine objektive Betrachtung zeigt, daß der Expressionismus aus sich heraus frühzeitig umgebogen und entmachtet wurde. Das geschah, als der russische Maler Kandinsky, der dem „Blauen Reiter“ angehörte, 1912 in seiner Schrift über das „Geistige in der Kunst“ sich gegen das Subjektive im Expressionismus wandte, wobei er den neuen Glauben verkündete, daß „die abstrakt spirituelle, nicht expressionistische Gestaltung eine objektiv-kosmische Seinsordnung sichtbar machen könne“. Die faustisch romantische Grundtendenz, das mehrdimensionale Lebensgefühl des Expressionismus wurde abgelöst durch eine dem östlichen magischen Weltgefühl zugeordnete Eindimensionalität und flächenhafte Symbolik. Von Frankreich her kam eine weitere Überlagerung durch die Ideologie des Kubismus und den in seiner Nachfolge entstehenden abstrakten Formalismus.



Das Werk Noldes enthält Elemente, die den Ansatz für eine Weiterentwicklung geben könnten. Das Wesentlichste ist die Bejahung jenes Dualismus, der die Anerkennung der Wirklichkeit der Natur als eines Gegenüber des eigenen Selbst zur Voraussetzung hat. Kunst im Sinne abendländischen Weltgefühls kann nicht aus einer dimensionslosen punktförmigen Anschauung erwachsen, sie bedarf immer des Gegenübers der Natur. Es ist charakteristisch für Nolde, daß er trotz seines betonten künstlerischen Subjektivismus diese Brücke nie abgebrochen hat. Er bekennt in einem Brief: „In Naturverneinung konnte ich nicht arbeiten. In bejahendem, vertieftem Naturmöglichem nur vermochte ich mich zu finden.“

Das ist, in die schlichte Malersprache übersetzt, auch die Philosophie jenes Plotin, den wir als einen der geistigen Ahnen der expressiven Kunstidee nannten. Wir lesen bei Plotin: „Immer wieder, wenn ich aus dem Leib aufwache in mich selbst, lasse ich das andere hinter mir und trete ein in mein Selbst, sehe ich wunderbar gewaltige Schönheit. Wenn das Sein dann in diese beiden Hälften zerfällt, die geistige und die sinnliche, so ist es gewiß besser für die Seele, im Geistigen zu weilen; — allein es ist eine Notwendigkeit ihres Wesens, auch am Sinnlichen teilzuhaben.“ Der Expressionismus wußte noch, daß ohne diese Verankerung des einen Seelenpols in der sinnlichen Welt die Kunst ihre Funktion als eine Brücke zwischen dem Sinnlichen und Übersinnlichen und damit ihren metaphysischen Charakter einbüßt.

Die zweifellos bedeutendste Leistung des Expressionismus ist die Wiederentdeckung der Farbe als eines seelischen Ausdrucksmittels höchsten Ranges. Wie für Goethe sind für die Expressionisten die Farben „Taten und Leiden des Lichts“. Wie ein Programm dessen, was der frühe Expressionismus erstrebte, hört es sich an, wenn man in der Farbenlehre Goethes liest: „Daß zuletzt auch die Farbe eine mystische Deutung erlaube, läßt sich wohl ahnden. Denn da jedes Schema, worin sich die Farbenmannigfaltigkeit darstellen läßt, solche Urverhältnisse andeutet, die sowohl der menschlichen Anschauung als der Natur angehören, so ist wohl kein Zweifel, daß man sich ihrer Bezüge gleichsam als einer Sprache auch da bedienen könne, wenn man mystische Verknüpfung der sinnlichen mit den übersinnlichen Urverhältnissen ausdrücken will.“

Man möchte glauben, daß eine Weiterentwicklung der im abstrakten Formalismus erstarrten modernen Kunst am ehesten über die Welt der Farben, ihre vom Expressionismus in einem hohen Maße erkannten aber nicht erschöpften Möglichkeiten geschehen könnte.